Antifaschistisches Infoblatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 97 | Winter 2012 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR

Refugees are welcome here?!

Rassismus und Widerstand

WEG DAMIT

Inhalt

AIB 97 4 · 2012

Rubriken

Titel

NS-Szene

Braunzone

Antifa

Gesellschaft

Rassismus

Geschichte

Repression

International

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de
http://aib.nadir.org/pgp.asc
PGP-Fingerprint (Neu ab Dezember 2011, AIB 93):
9A93 A6CE EBBE 6DB5 D1CB 21C4 C5E4 FDA9 E521 4388

Editorial

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen,

Nicht nur im Zuge globaler Krisenerscheinungen des Kapitalismus hat die Agitation gegen Migrationsbewegungen Hochkonjunktur. Seit Jahrzehnten verfestigen sich die Außengrenzen der EU und immer mehr Menschen fallen diesem tödlichen Grenzregime zum Opfer. Doch auch den Menschen, denen Grenzübertritte gelingen, schlägt oftmals eine repressive und rassistische Stimmung entgegen. Polizeigewalt, die Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch Zwangsmittel wie Residenzpflicht und alltäglicher Rassismus der weißen Mehrheitsgesellschaft sind nur einige der damit verbundenen Begeleiterscheinungen. Diese sind jedoch nicht frei von widerständischen Bewegungen, die sich der rassistischen Zurichtung von Gesellschaften erwehren. Genau hierauf wollen wir in der aktuellen Ausgabe unseren Fokus richten.

Seit den Pogromen Anfang der 1990er Jahre sind Hetze gegen ›Asylantenschwemme‹, ›Asylmissbrauch‹ und ›Überfremdung‹ der Schnittpunkt neonazistischer Mobilisierung zur ›normalen‹ Mehrheitsgesellschaft. Dass es gelang bis weit ins bürgerliche Lager eine Stimmung zu erzeugen, die einen gesellschaftlichen Konsens zur Änderung des Grundgesetzes bot, ist einer der größten neonazistischen Erfolge. Dass diese Mobilisierung immer noch erfolgversprechend verläuft, ist in letzter Zeit von Buschkowsky über Sarrazin bis zu Friedrich im bürgerlichen Lager zu sehen und aktuelle Diskussionen in den Medien über ›die Roma‹ oder den als bedrohlich dargestellten Anstieg der Asylanträge, haben Parallelen zu den 1990ern. Der Artikel »Flüchtlinge im Mittelpunkt reaktionärer Politik« geht auf diesen breiten Schnittpunkt bürgerlicher Bedrohungsängste mit neonazistischer Mobilisierung ein. Dass der rassistische Konsens in der Bundesrepublik auch 20 Jahre später für die Aufrechterhaltung deutscher Spezialitäten wie zum Beispiel der Residenzpflicht ausreicht, ist eine Basis, die den Umgang mit aktuellen Flüchtlingsprotesten prägt. Im Interview »Neue Methoden des Protestes« wird eine politische Taktik offensichtlich, die auf Abwarten, innere Konflikte und die Kälte des einbrechenden Winters setzt. Zumindest letzteres wurde durch die Besetzung einer leerstehenden Schule in Berlin vorerst umschifft. Dass die mangelnde Zusammenarbeit zwischen Antira und Antifa nicht zu großer Hoffnung beiträgt, bei einer weiteren Zuspitzung der rassistischen Propaganda, Pogrome effektiv bekämpfen oder verhindern zu können, wird im Artikel »Ein notwendiger Rückblick« thematisiert und anhand der Ereignisse von Hoyerswerda, Mölln und Rostock auf Fehler bei der Mobilisierung eingegangen. Mit den Artikeln »Sondergesetze für Flüchtlinge« und »Rassismus« wird die aktuelle rechtliche Situation von Flüchtlingen und die rassistische Behördenpraxis dargestellt sowie der Frage nachgegangen, was eigentlich unter dem Begriff Rassismus, der beim Versuch einer Definition, sich in eine Vielzahl von Spezifika und Sonderproblemen aufzulösen scheint, sinnvoller Weise zusammengefasst werden sollte.

Kontinuierlich führt die »Initiative Oury Jalloh« den Kampf gegen staatlichen Rassismus weiter. Über einen Spendenaufruf wird versucht, die finanziellen Mittel für einen unabhängigen Brandgutachter aufzubringen, der die Ursache des Feuers am 7. Januar 2005 im Polizeirevier Dessau, bei dem der Asybewerber bei lebendigem Leib verbrannte, eindeutig klären soll. Wir unterstützen diesen Aufruf ausdrücklich.[1]

Im Bereich International versuchen wir uns mit dieser Ausgabe an Neuem und starten die Reihe Antifa International. In ihr wollen wir in Zukunft antifaschistische Aktivitäten aus verschiedenen Ländern vorstellen und dabei möglichst allem, was sich antifaschistisch betätigt und artikuliert eine Plattform bieten. Unser erster Beitrag versucht sich an einem Überblick über die antifaschistische Bewegung in Griechenland.

In der Nacht zum Mittwoch, den 5. Dezember 2012, ist die Gedenktafel zur Erinnerung an die Pogrome in Rostock-Lichtenhagen entfernt worden. Stattdessen wurde ein Schild mit der Parole »Für immer Deutschland!« am Rostocker Rathaus befestigt. Ein Sprecher des Bündnisses »20 Jahre nach den Pogromen – Das Problem heißt Rassismus« dazu: »Seit Jahren hat sich die Stadt Rostock geweigert eine Tafel, zur Erinnerung an das Pogrom, anzubringen. Erst durch massiven Druck und gegen den Willen der lokalen Behörden brachte das Bündnis die Gedenktafel an. Kein Wunder also, dass die Nazis denken ihre Aktion sei anschlussfähig.«

Eine weitere Bemerkung wert ist uns eine aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung: Fast jeder siebte Ostdeutsche weist ein geschlossenes extrem rechtes Weltbild auf, 15,8 Prozent - der höchste Wert, der jemals von der FES ermittelt wurde. Seit 2006 hat sich die Zahl mehr als verdoppelt. Im Westen hingegen sind die Ergebnisse leicht rückläufig, dort ist es etwa jeder Vierzehnte. Besonders bemerkenswert: Im Gegensatz zu früheren Befragungen wiesen die 14- bis 30-Jährigen hinsichtlich ihrer Zustimmung zu rechten Ansichten sogar höhere Werte auf als über 60-Jährige. Eine neue Generation wächst nach... Es gibt viel zu tun - am »rechten Rand«, wie auch in der Mitte der Gesellschaft!

1| Spenden an:
Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V.
Kontonr.: 1233601
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ: 100 205 00
Betreff: Brandgutachten

Mehr Informationen: initiativeouryjalloh.wordpress.com

Razzia bei Pro Köln

[1] Benjamin Brinsa (Bildmitte) bei einer Neonazidemonstraion am 3. Oktober 2006 in Leipzig.

Die Polizei hat Ende Oktober 2012 siebzehn Wohnungen und Büros von Mitgliedern der rechten Partei »Pro Köln« in Köln, Berlin und Leverkusen durchsucht. Darunter waren die Parteizentrale von »Pro Köln« am Heumarkt in Köln und die Anwaltskanzlei von Parteichef Markus Beisicht in Leverkusen. Betroffen war auch der PRO-Deutschland-Vorsitzende Manfred Rouhs in Berlin. Den fünfzehn »Pro Köln«-Mitgliedern, darunter alle fünf Ratsmitglieder der Stadt Köln, wird vorgeworfen, unrechtmäßig Sitzungsgelder in Rechnung gestellt zu haben. Sowohl Fraktionsmitglieder als auch so genannte sachkundige Bürger sollen in hunderten Fällen mit der Stadt Köln Sitzungen abgerechnet haben, die nie durchgeführt wurden. »Ermittelt wird in einem Wirtschaftsverfahren«, bestätigte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Der entstandene Schaden soll rund 100.000 Euro hoch sein. Um den Verdacht des banden- und erwerbsmäßigen Betruges zu bestätigen wurden Abrechnungen, schriftliche Unterlagen, Datenträger und Computeranlagen sichergestellt. ■

[2] Auch der PRO-Deutschland-Vorsitzende Manfred Rouhs war von den Durchsuchungen betroffen.

Rechter MMA-Kämpfer auf Erfolgskurs

Am 2. November 2012 besiegte der Leipziger Benjamin Brinsa den Italiener Simone Tessari in einem dreimal fünf Minuten dauernden Wettkampf im Mixed-Martial-Arts (MMA) einstimmig nach Punkten. Bemerkenswert an dieser unspektakulär klingenden Sportnotiz sind die Vita Brinsas sowie der Austragungsort des Wettkampfes, Abu Dhabi. Der 23-jährige Mittelgewichtskämpfer des »La-Familia-Fightclub«-Teams (Halle/Saale) war noch im Frühjahr diesen Jahres kurzfristig von der größten deutschen MMA-Veranstaltung »Respect.FC« ausgeschlossen worden, nachdem ihm Verbindungen in die sächsische Neonazi-Szene nachgewiesen wurden. So ließ sich Brinsa im Sommer 2010 gemeinsam mit Thomas Persdorf als Geschäftsführer der »A&B Service UG« ins Handelsregister eintragen. Persdorf, umtriebiger Neonazi-Unternehmer und u. a. der Fortführung von »Blood & Honour« beschuldigt gewesen, war zu diesem Zeitpunkt auch Geschäftsführer des Neonazi-Versands Front Records. »A&B Service« fungierte zeitweise als Impressum der Homepage der »Aryan Brotherhood«. Zudem war Brinsas Hooligan-Gruppe »Scenario Leipzig« gemeinsam mit diversen Neonazis, ebenfalls Mitglieder der Gruppe, an Fußballausschreitungen beteiligt. Bilder zeigen ihn hinter einem Transparent mit der Aufschrift »Ultras Lok – Nationaler Widerstand«. Für »Respect.FC«-Veranstalter Ben Helm war das genug: Gegenüber der taz machte er deutlich, dass er »absolut keinen Bock auf Nazis [habe], weder im Ring noch im Publikum« (taz, 08.03.2012). Das einflussreiche deutschsprachige Kampfsport-Portal »Groundandpound« begrüßte die Entscheidung Helms damals, zitierte aber auch Brinsa mit den Worten »Ich bin kein Nazi«. Angesichts der vorliegenden Fakten eine absurde Behauptung.

Zwar gibt es immer wieder Neonazis im Kampfsport, jedoch spielen diese aus sportlicher Sicht im MMA aktuell kaum eine relevante Rolle. Die Szene erlebt seit Jahren einen kommerziellen Aufschwung und ist hierzulande um ein sauberes Image bemüht um Sponsoren und breitere Publikumsschichten anzusprechen.

Mit Brinsas Engagement bei »Abu Dhabi Warriors« betritt nun erstmals ein deutscher Sportler aus dem Millieu neonazistischer Hooligans erfolgreich die internationale Bühne des MMA. »Groundandpound« verlor schnell die Distanz und berichtete erst »eine neue Tür geht auf« für das »Nachwuchstalent« um nach dem Kampf erfreut zu titeln »Brinsa gewinnt in Abu Dhabi [...]«. Die vorgeworfenen Verbindungen in die Neonaziszene kamen nur noch peripher als »Internetkampagne« vor und verschwanden dann gänzlich aus der Berichterstattung. Auch darüber hinaus gab es in der deutschsprachigen MMA-Szene keine wahrnehmbare kritische Auseinandersetzung mehr mit der Person Brinsa. Zu groß scheint der Wunsch »einen unbescholtenen Deutschen« international siegen zu sehen. ■

Erfurter NPD-Chef war V-Mann

Kai-Uwe Trinkaus war jahrelang einer der Spitzenfunktionäre der Thüringer NPD und spionierte gezielt Antifaschist_innen aus. Später trat er der DVU bei und wurde deren Thüringer Landesvorsitzender. Vor wenigen Wochen outete er sich gegenüber dem MDR THÜRINGEN als V-Mann des Thüringer Verfassungsschutzes. Dieser bestätigte, was nicht mehr zu leugnen war: Trinkaus habe sich selbst angeboten und sei von Mai 2006 bis September 2007 V-Mann im Bereich Rechtsextremismus gewesen. Trinkaus gab hingegen an, unter dem Decknamen »Ares« fast fünf Jahre lang Informationen aus der rechten Szene und der NPD geliefert zu haben, bis er 2010 vom Thüringer VS abgeschaltet worden sei.

Trinkaus war bis zu einem parteiinternen Machtkampf neben dem früheren NPD-Landeschef Frank Schwerdt und seinem damaligen Landesgeschäftsführer Patrick Wieschke einer der führenden NPD-Funktionäre in Thüringen. (Vgl. AIB 79) Er war während seiner Spitzeltätigkeit ein Motor der Neonazi-Partei, eröffnete ein NPD-Bürgerbüro in Erfurt, gab die Zeitung »Bürgerstimme« heraus und gründete oder unterwanderte zahlreiche Vereine. (Vgl. AIB 78) Im Sommer 2007 schleuste er seinen Kameraden Andy F. als Spitzel in die Linksfraktion des Thüringer Landtages ein. Andy F. war als Praktikant in einem sogenannten Mentoren-Programm der Fraktion tätig und arbeitete dabei für einen Abgeordneten. Auch bei den Thüringer Jusos war der Neonazi-Spitzel zeitweilig Gastmitglied. Trinkaus berichtete dem MDR, dass sein V-Mann-Führer ihn bei dieser Aktion bestärkt habe. »Es gab da im Vorfeld der ganzen Aktion ein Brainstorming darüber, was man so machen könnte«, berichtete Trinkaus. Er gab zu, vertrauliche Behördenunterlagen über Antifaschist_innen von seinem V-Mann-Führer bekommen zu haben. Im Juni 2007 waren Antifaschist_innen gegen einen bekannten Neonazi-Treffpunkt in Erfurt vorgegangen. Die Polizei nahm damals einige Antifaschist_innen als potentielle Tatverdächtige fest. Im Oktober 2007 tauchten die Namen und Adressen von elf dieser Festgenommenen auf der Internetseite der Erfurter NPD auf. »Ich habe gesagt, die Namen hätte ich schon gerne, und zwei Tage später hatte ich sie.« erklärte Trinkaus dem MDR. Als er die Liste von seinem V-Mann-Führer bekommen habe, hätte ihm dieser noch gesagt: »Was Sie daraus machen, ist Ihre Sache.« Für seinen Spitzeljob beim VS wurde Trinkaus gut bezahlt. Er hätte über mehrere Jahre monatlich rund 1.000 Euro erhalten, die er u.a. in seine Vereine und in die Arbeit des Erfurter NPD-Kreisverbandes gesteckt habe. In Thüringen wurden bereits mehrere führende Neonazi-Kader als gut bezahlte V-Männer bekannt. So erhielt Tino Brandt vom Thüringer Heimatschutz rund 200.000 DM für Spitzeldienste, die er in die politische Arbeit investiert haben soll. Der V-Mann Thomas Dienel von der »Deutsch Nationalen Partei« und der NPD konnte durch seinen VS-Lohn von 25.000 DM u.a. eine Kampagne gegen einen antifaschistischen Gewerkschafter finanzieren. (Vgl. AIB 94) Der Schatzmeister der »Deutschen Partei« (DP) in Thüringen erhielt bis 2003 als V-Mann mehrere Zehntausend Euro. Der Geraer Blood & Honour-Sektionsleiter und -Bundeskassenwart Marcel Degner bekam unter der Codierung »Quelle 2100, Deckname Hagel« eine fünf bis sechsstellige Summe. Im September 2012 wurde bekannt, dass alle »Treffberichte« mit dem V-Mannführer aus seiner Verfassungsschutzakte verschwunden sind. Inzwischen räumte der Thüringer Verfassungsschutz ein, mindestens 16.200 EUR in knapp 15 Monaten an Kai-Uwe Trinkaus gezahlt zu haben. Dokumentiert seien 41 Treffen mit seinem V-Mannführer »Lutz«. Obwohl Thüringens Innenminister Jörg Geibert beteuert, dass seine V-Manntätigkeit keinen Einfluss auf ein NPD-Verbotsverfahren hätte, weil Trinkaus im Jahr 2007 abgeschaltet worden sei und nur Informationen ab 2008 darin einfließen würden, gibt das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz zu, dass noch im Frühjahr 2008 ein »Nachsorgetreffen« mit Trinkaus stattgefunden hat. Grund seiner Abschaltung sei nach Thüringer VS-Angaben unter anderem gewesen, dass er im Jahr 2009 versucht habe, Kontakt zu zwei anderen Verfassungsschutzbehörden aufzunehmen. Einen letzten Telefonkontakt mit dem Thüringer Inlandsgeheimdienst habe es am 19. Oktober 2012 gegeben. Trinkaus sprach hier von seiner Angst, durch die Aktenübermittlung an die NSU-Untersuchungsausschüsse enttarnt zu werden. Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz bemüht sich nach der Enttarnung um vermeintliche Transparenz und bot den Thüringer Untersuchungsausschussmitgliedern per Pressemitteilung eine »uneingeschränkte Einsichtnahme« in die V-Mann-Akte von Trinkaus an. ■

[1] 1.v.l.: V-Mann Kai Uwe Trinkaus beim Nahkampftraining mit Erfurter Neonazis im Herbst 200. Sein Übungspartner in Schwarz: Der Spitzel Andy F., den er in die Linksfraktion des Thüringer Landtages entsandte.

[2] Die Eröffnung des NPD-Bürgerbüros in Erfurt: 1.v.l. der heutige Schatzmeister der NPD-Thüringen, Hendrik Heller, 2.v.l. V-Mann Kai-Uwe Trinkaus, 3.v.l. Patrick Paul von den »Freien Kräften Erfurt«, 4.v.L. Landesvorsitzender Patrick Wieschke

[1]

[2]

Flüchtlinge im Mittelpunkt reaktionärer Politik

Bernard Schmid

Dass Menschen wandern, dass sie auch mehr oder minder weit von ihrem Geburtsort entfernt ihr Glück suchen – das ist so alt wie die Menschheit selbst. Und zwar buchstäblich. Während der ersten Eiszeit vor rund einer Million Jahren wanderten die Vorfahren des modernen Homo sapiens – damals war gerade einmal das Stadium des Homo habilis erreicht – vom östlichen Afrika aus in Richtung Asien und Europa. Dies war möglich geworden, weil während der Vereisung der Meerspiegel um rund 100 Meter gesunken war. Es soll uns also niemand erzählen, es handele sich ausschließlich um eine moderne Erscheinung, die etwa darauf zurückzuführen sei, dass übertriebene Sozialsysteme in den reicheren Ländern Menschen anderswo unsinnige Glücksvorstellungen vorgaukeln (so die rechte Variante). Oder nur darauf, dass es einen zeitgenössischen Kapitalismus gebe, ohne den keine »Menschenmassen« zu Arbeitsplätzen sich »wälzen« würden (so die mal irgendwie »links«, mal rechts vorgetragene Variante). Nichts davon ist wahr.

Und dennoch entsteht heute etwas Neues. Denn die Menschheitsgeschichte bleibt nicht stehen, und Wanderungsbewegungen tragen dazu bei, dass neue Facetten menschlichen Zusammenlebens auftauchen.

Den Eindruck, dass etwas Neues entsteht, konnte man in jener Nacht im Juli 2012 in Athen haben. Es ist bereits gegen zwei Uhr morgens, als das »Antirassistische Festival« zu Ende geht, das in diesem großen Park stattgefunden hat, dessen Eigentümer – unerwartet für den auswärtigen Besucher – die Armee ist. Die Konzertbühnen (auf denen sich kurdische Gesangsgruppen oder griechische Opernsängerinnen produzierten) haben sich geleert, die Schlangen an den Essständen gehen zu Ende. Große Teile des Parks beginnen sich zu leeren, nur im vorderen Teil sitzen Leute an langen Tischen und diskutieren noch ewig lange. Tief drinnen im Park aber pulsiert das Leben. Afrikanische Migranten haben ihre Trommeln ausgepackt. Die Flüchtlinge aus Afghanistan, die wie viele über Griechenland in die EU einzureisen versuchen, sind zahlreich unter den Umstehenden. Und dann fangen sie an, ihre T-Shirts auszuziehen und zu afrikanischen Rhythmen zu tanzen, während die Afrikaner immer schneller auf ihre Trommelfelle schlagen. Die Afghanen schlagen eigene Takte vor. Dazwischen junge Griechinnen, Besucher aus Paris und anderswo, Hochschullehrer und Buchverleger. Kein Veranstalter von Kulturevents könnte sich eine solche Performance ausdenken.

Nicht alle Menschen im alternden, um seinen (relativen oder absoluten) Reichtum bangenden Europa können sich für solche Vorboten eines neuen Abschnitts in der Menschheitsgeschichte begeistern. Einigen treibt es die Angst in die Glieder, und sie ziehen sich furchtsam hinter ihre Grenzzäune – und hinter die Fernseher in ihren Eigenheimen zurück. Andere gehen hin und verfechten ganz offensiv die Idee, dass es »so nicht geht«. Als die tunesische Polizeistaatsdiktatur unter General-Präsident Zine el-Abidine Ben Ali im Januar 2011 stürzte und die für ihre Brutalität bekannte Polizei sich für kurze Zeit in ihre Schlupfwinkel zurückzog, kam für wenige Wochen ein Außenposten des europäischen Grenzregimes, ein Grenzwächter ins Wanken. Rund 35.000 meist junge Tunesier schafften es bis April 2011, nach Italien und von dort aus beispielsweise nach Frankreich zu gelangen. Eine Katastrophe, eiferten dort viele Politikerinnen und Politiker. Einige gingen das »Problem« ganz offensiv an: Die extrem rechte Parteivorsitzende Marine Le Pen (Front National) packte ihren Koffer, flog am 14. März 2011 auf die Insel Lampedusa, wo die Auswanderer meist ankommen – an der Seite des extrem rechten italienischen Europaparlamentariers Mario Borghezio (Lega Nord) – und baute sich vor den jungen Emigranten auf. Nein nein, sie empfinde keinen Hass und keine Angst, sagte sie zu den Tunesiern. Auch sie habe »ein Herz«. Aber sie müssten doch einsehen, dass sie den Leuten verwehren müsse, einfach so nach Europa einzureisen: »Wenn ich in einem Boot sitze und Sie mit einsteigen wollen, dann kann ich Mitgefühl für Sie empfinden – aber bevor wir beide un-

tergehen, fordere ich Sie zum Aussteigen auf.«

Diese laut eigener Auffassung harte-aber-herzhafte Art, im direkten Umgang (in Wirklichkeit aber vor allem an die zahlreich mitreisenden Fernsehkameras gerichtet) den Menschen das Stoppschild an den Außengrenzen der EU zu zeigen, ist nicht jedermanns und jederfraus Sache. Die meisten Politikmachenden ziehen es vor, über anonyme Apparate zu agieren: Das »Schengen-Informationssystem« etwa, um zu wissen, wer als unerwünscht eingespeichert ist, oder die EU-Grenzschutzagentur Frontex, eine für die Bewachung und den Schutz der Außengrenzen zuständige EU-Behörde mit zentralem Sitz in Warschau. Zum Teil gewolltes und zum Teil ungewolltes, aber objektives Ergebnis all dieser Bemühungen ist es, dass Menschen immer stärker ihr Leben gefährden, um – auf oft brüchigen Booten über das Mittelmeer schippernd, bei starker Strömung durch den Grenzfluss Evros zwischen der Türkei und Griechenland schwimmend, oder unter Beschuss durch marokkanische und/oder spanische Polizisten an den Grenzzäunen rund um die Enklaven Ceuta & Melilla rüttelnd – in die Festung EU zu gelangen.

Dagegen rühren sich diverse Widerstände, in unterschiedlichen Ecken dieses Kontinents und dieser Welt. Aus vierzehn Staaten kamen sie, die rund sechzig Aktivistinnen und Aktivisten, die im März 2012 in Istanbul zusammentrafen, um über Strategien gegenüber dem repressiven EU-Grenzregime zu beraten. Sie kamen aus Bamako, der Hauptstadt des westafrikanischen Mali (wo seit mehreren Jahren die Association Malienne des expulsés – die Malische Vereinigung für die Abgeschobenen – eine wertvolle Arbeit für die Aufnahme der auf erzwungene Weise in ihr Herkunftsland »Zurückgeschafften« aufgenommen hat). Sie kamen aus Tanger in Marokko – in Sichtweite des europäischen Kontinents gelegen – oder aus Kopenhagen. Oder aus Uzhogorod im Westen der Ukraine, unweit der slowakischen Grenze, welche seit 2004 zur neuen EU-Außengrenze geworden ist. Sie vereinbarten gemeinsame Absprachen, verbesserten Informationsaustausch und eine Kommunikation über die Folgen des EU-Grenzregimes für die betroffenen Menschen. Und sie erstellten zusammen eine Karte, die (zwischendurch an verschiedenen Orten, in Deutschland etwa durch die Zeitschrift ak) veröffentlichte Transborder Map 2012, auf welcher die »Reibungspunkte« des Grenzregimes aufgezeichnet sind.

Auch innerhalb der EU bestehen seit Jahren bekannte und unbekannte Kämpfe, Widerstandsbewegungen und auch einige Erfolge. Eine der länderübergreifend bekannteren Bewegung ist jene der Sans Papiers (d.h. undokumentierten Einwanderer, EinwandererInnen ohne Aufenthaltstitel) in Frankreich, die in ihrer heutigen Form am 18. März 1996 mit Kirchenbesetzungen in Paris begann. Damals konnte sie sich schnell auf eine fast überraschend breite UnterstützerInnenbewegung stützen: Führende französische Gewerkschaften wie die CGT etwa vollzogen in diesem Kontext im Laufe des Frühjahrs 1996 einen Positionswechsel. Hatte die CGT (d.h. der noch heute stärkste französische Gewerkschaftsdachverband) bis gegen Ende des 20. Jahrhunderts mit der französischen kommunistischen Partei verbunden, heute etwas orientierungslos) bis dahin seit der »Ölkrise« von →

→ 1973/74 permanent einen »Stopp der Zuwanderung« gefordert, um »lohndrückerische Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt« zu verhindern, warf sie diese Position nun zum ersten Mal seit über zwanzig Jahren über Bord. Angesichts der immer weiter aufklaffenden internationalen Ungleichheiten, und weil man unmöglich das gesamte Land mit Stacheldraht umgeben kann, sei es schlicht unrealistisch, Migration verhindern zu wollen. Besser sei es deswegen, um die vielbeschworene Dumpingkonkurrenz um Arbeitsplätze zu verhindern, für gleiche Rechte aller Arbeitenden – ob französischer oder migrantischer Herkunft, in »legaler« oder »illegaler« Aufenthaltssituation aus Sicht des Staates – zu kämpfen.

Dies waren in Teilen der französischen Gewerkschaftsbewegung neue Töne. Abgeschwächt wurde die Unterstützungsfront für die Sans Papiers-Kämpfe erst durch den Antritt der damaligen sozialdemokratischen Regierung der Jahre 1997 bis 2002, da diese – statt der geforderten »kollektiven Legalisierung« der in Frankreich lebenden EinwandererInnen, aber auch statt der bis dahin durch die Rechtsregierung praktizierten, fast pauschalen Ablehnungspolitik – »Einzelfallprüfungen« und »konditionierte Legalisierungen nach einem Kriterienkatalog« einführte. Ein Teil der UnterstützerInnen postulierte, dies sei besser als nichts (was aus Sicht der betroffenen Menschen im Falle der Erreichung eines Aufenthaltsstatus zutraf, aber als politische Position nicht haltbar war), während andere auf einer kollektiven Forderung für alle Betroffenen beharrten, dabei aber zunehmend isoliert wurden. Auch heute ist die Situation wieder ähnlich. In den letzten Jahren hatten auch rechte französische Regierungen mehrfach sehr begrenzte »Legalisierungsoperationen« durchgeführt. Die neueste »Legalisierungskampagne«, nach einem (jedenfalls gegenüber früheren sozialdemokratischen Regierungen ziemlich restriktiven) Kriterienkatalog, begann am 3. Dezember 2012.

Dennoch ist die Bewegung rund um die Sans Papiers nicht eingeschlafen, obwohl sie heute in Frankreich – was die soziale und politische Unterstürzung aus der Gesellschaft heraus betrifft – erheblich schwächer ist als vor allem während ihrer Hochphase in den Jahren 1996 und 1997. Durch Streikbewegungen (zwei massive Streikwellen »undokumentierter« Lohnabhängiger fanden 2008 und 2009 statt), Besetzungen wie jüngst die des Abgeordnetenbüros von Innenminister Manuel Valls oder Happeningaktionen halten sich die für ihre Rechte kämpfenden EinwandererInnen im Gedächtnis der Öffentlichkeit. Und ihre Kollektive erreichen, wenn sie punktuell genügend Druck ausüben, immer wieder auch »Legalisierungs«versprechen für eine bestimmte Anzahl von Menschen. Unterdessen haben die Sans Papiers immer stärker begonnen, sich auch international zu vernetzen. Vom 2. Juni bis zum 2. Juli 2012 marschierten sie zu Fuß durch sieben Länder Europas und überquerten dabei fünfzehn Grenzen. Überall wurden sie durch örtliche UnterstützerInnengruppen aufgenommen, warben für ihre Anliegen und schafften es, dass die lokale Presse von ihnen sprach. Den Auftakt machten sie in Paris, den ersten Zwischenstopp legten sie in Hénin-Beaumont in Nordostfrankreich ein – im Wahlkreis von Marine Le Pen, wo sie nach ihrer Ankunft zusammen mit 6.000 Menschen demonstrierten. Nach Aufenthalten in Belgien, in den Niederlanden, erneut in Belgien – und zwar symbolträchtig in Schengen, wo 1985 der erste Vertrag über eine gemeinsame Kontrolle der Außengrenzen mehrerer europäischen Staaten unterzeichnet wurde –, Süddeutsch-

[1] Ankunft des Refugee-Protest-Marsches am 4. Oktober 2012 in Potsdam.

land, der Schweiz und in Italien kamen die MarschiererInnen Anfang Juli am Rhein an. Mit einem Demonstrationszug über die Rheinbrücke zwischen dem deutschen Kehl und dem französischen Strasbourg beendeten sie ihren einmonatigen Marsch.

Inzwischen sind die Aktivitäten solcher Gruppen aber auch grenzübergreifend koordiniert. Denn es ist zu einem wichtigen Thema der Proteste geworden, was eigentlich mit den zuvor geleisteten Sozialabgaben – etwa Beiträgen zu Kranken-, Arbeitlosen- und Rentenversicherung – und Steuern von aufgegriffenen und abgeschobenen »illegalen« Arbeitskräften geschieht. Denn die Menschen können ja, einmal abgeschoben, in aller Regel keine Gegenleistungen dafür in Anspruch nehmen. Bislang »verfielen« diese Summen bzw. wurden von den französischen Sozialsystemen einfach einbehalten: Pech für die Betroffenen! Doch seit etwa drei Jahren richtet sich eine zielgerichtete, systematische Kampagne gegen diesen »Diebstahl von Beitragszahlungen«. Sie findet mit Unterstützungen u.a. von mehreren Gewerkschaften unter den Beschäftigten französischer Finanzämter statt. Zusammen mit zuvor Abgeschobenen, die etwa in Mali mit der (oben erwähnten) AME zusammenarbeiten, werden Musterklagen vorbereitet. Zugleich fanden, unter dem Druck der an der Kampagne teilnehmenden Gewerkschaften und/oder infolge von Besetzungen etwa von Gebäuden der Sozialversicherungskassen, Gespräche und Verhandlungsrunden mit den zuständigen Pariser Ministerien statt. Anscheinend ist man dort sogar bereit, über eine Form von Entschädigungsregelungen nachzudenken. Gleichzeitig hebt eine solche Kampagne vielen Menschen die schlichte Tatsache ins Gedächtnis, dass die Betroffenen (Sans Papiers, Abgeschobene) oftmals eben viel mehr ins System einzahlen, als dass sie von ihm »profitieren« würden...

Ein wichtiger Aspekt ist die internationale Koordination mit Menschen in den Staaten, die Ausreiseländer – wie Mali – oder Zwischenstationen bei der Migration darstellen. Dazu gehören für Menschen, die etwa aus Afghanistan, Iran oder Irak sowie Syrien fliehen, Länder wie Griechenland, aber auch Serbien. Dort fand am 6. und 7. Oktober 2012 ein Festival gegen das EU-Grenzregime (die Außengrenze der Union verläuft an der Nordseite Serbiens in Richtung Ungarn) statt, das von antiautoritären Kreisen organisiert worden war. Wichtige »Stationsländer« sind aber besonders auch die Staaten Nordafrikas, die früher selbst überwiegend Auswanderungsländer waren und inzwischen selbst zum Teil zu Durchgangs-, zum Teil auch zu Einwanderungsländern für Menschen aus dem subsaharischen Afrika wurden. Im Maghreb wächst inzwischen ebenfalls die Diskussions- und Kritikbereitschaft in den Gesellschaften, was den Umgang der jeweiligen Staaten – ihrerseits unter massivem Druck seitens der EU stehend – mit den Migranten betrifft. Anlässlich von Foren am 13. Juli 2012 im tunesischen Monastir[1] oder am 06. und 07. Oktober 2012 im marokkanischen Oujda[2] wurde die Migrationspolitik in diesem Zusammenhang ausführlich thematisiert. Eine erneute Gelegenheit dazu wird das Weltsozialforum von Ende März 2013 in Tunis bilden, das erstmals in einem arabischsprachigen Land stattfindet, inmitten des Kontextes von »Arabischem Frühling« und Ringen um Grenzregimes und Rechte der Migranten auf beiden Seiten des Mittelmeers. ■

1| Vgl. dazu vom Verf. dieser Zeilen: http://www.edition-assemblage.de/widerstand-gegen-den-umgang-mit-migrantinnen-und-migranten/ (Anm.: Das Weltsozialforum, das hier noch für den 23. bis 28. März 2013 angekündigt wird, ist inzwischen um wenige Tage verschoben und auf den 26. bis 30. März angesetzt worden.)

2| Vgl. dazu http://www.trend.infopartisan.net/trd1012/t311012.html und http://www.trend.infopartisan.net/trd1112/t111112.html

Neue Methoden des Protestes

Interview mit einem Refugee-Aktivisten

Firoz Safi ist 19 Jahre alt und stammt aus der ostafghanischen Stadt Dschalalabad, nahe der Grenze zu Pakistan. Seine Eltern wurden von den Taliban ermordet. Ob seine älteren Geschwister, ein Bruder und vier Schwestern, noch leben, weiß er nicht, er kann keinen Kontakt zu ihnen herstellen. Firoz ist seit 2010 auf der Flucht und kam über Pakistan, Iran, Türkei, Griechenland, Italien und Frankreich nach Deutschland. Dort wurde er im Herbst 2011 in die Gemeinschaftsunterkunft im fränkischen Aub südlich von Würzburg gebracht. Aub war eine der Städte, in denen im Frühjahr die bis heute anhaltende Protestwelle von Flüchtlingen ihren Anfang nahm.

Interview: Christian Jakob

C.J.: Der laufende, von Euch begonnene Zyklus von Flüchtlingsprotesten ist stärker, als alle vorherigen Protestwellen von Asylbewerber_innen in Deutschland. Wie kommt das?

Firoz Safi: Wir wissen, dass es vorher nichts Vergleichbares gegeben hat. Unsere Methoden waren aber auch andere. Wir haben öffentlich die Residenzpflicht gebrochen und sind 600 Kilometer zu Fuß gelaufen. Wir haben mehrere Hungerstreiks gemacht und am Ende haben wir hier, direkt im Zentrum der Hauptstadt, unsere Zelte aufgebaut, ohne dafür eine Genehmigung zu haben. In der ganzen Welt haben Leute von uns gehört, wir haben viel Unterstützung bekommen.

Die früheren Proteste waren also nicht radikal genug?
Ja. Waren sie nicht.

Warum ist es nun anders?
Vielleicht sind die Lebensbedingungen schlechter geworden, es hat sich immer mehr aufgestaut. Es gab Suizide in den Heimen. Auch wir konnten die Lage dort nicht länger aushalten. Also haben wir angefangen uns zu wehren.

Wie war denn die Lage in deinem Heim?
Ich lebte mit vier Leuten in einem Zimmer. Wir bekamen abgepackte Essenspakete, durften nicht arbeiten, den Landkreis nicht verlassen. Das fühlt sich an, als ob Deutschland uns als Kriminelle betrachtet, die kontrolliert werden müssen. Müssen wir aber nicht.

Das konntet Ihr der Regierung neulich selbst sagen: Nach sieben Monaten Protest hat die Staatsministerin für Integration ein Treffen zwischen euch und den führenden Innenpolitikern der CDU und anderer Parteien vermittelt.
Ja, das gab es auch noch nie. Wir haben die Politiker mit unseren Aktionen gezwungen mit uns zu reden.

Warum wolltet ihr das überhaupt?
Sie machen die Gesetze. Also müssen sie sie auch ändern.

Habt ihr vorher geglaubt, dass ihr Zugeständnisse bekommen werdet?
Ja. Die Residenzpflicht ist unmenschlich. Wir haben unseren Kampf angefangen mit der Überzeugung, dass wir ihn gewinnen können.

Was genau wollt ihr?
Wir wollen die gleichen Rechte, wie alle anderen auch.

Das kann viel heißen.
Schau' auf die Straße: Alle, die da herumlaufen, sollen das Gleiche dürfen. Und wir auch. Das wollen wir.

Das Treffen ist allerdings nicht sonderlich gut gelaufen. Was haben euch die Abgeordneten genau gesagt?
Sie haben gesagt, dass es keinen Abschiebestopp geben wird. Wir sollen dankbar sein, dass wir Schutz und Essen bekommen. Sie haben gesagt, dass sie für Verbesserungen in den Lagern sorgen werden, aber dass wir auch in Zukunft kein Geld bekommen werden, weil wir das benutzen würden, um unsere Familien nachzuholen. Aber solange ich so lebe wie jetzt, werde ich meine Familie hier ganz bestimmt nicht hinholen. Wir sind hier keine Touristen.

Wart ihr enttäuscht?
Natürlich waren wir enttäuscht. Sie haben unsere Forderungen ignoriert.

Die Residenzpflicht existiert nur in Deutschland. Was glaubt ihr, warum es dieses Gesetz gibt?
Wir können uns das nur so erklären, dass wir nicht als Menschen betrachtet werden und man uns deswegen keine Bewegungsfreiheit geben muss.

Eure Proteste haben so viel Anziehungskraft entfaltet, dass Ihr nun viele Unterstützer_innen habt, die vorher nichts mit dem Thema zu tun hatten. Die antirassistische Bewegung hat einen enormen Schub bekommen. Hattet ihr mit so viel Unterstützung gerechnet?
Wir haben vor acht Monaten mit zwölf Flüchtlingen und drei Unterstützern angefangen. Heute sind wir viel mehr. Das haben wir erwartet von den Deutschen. Es gibt überall gute Leute. Sie verstehen, was wir tun und deswegen helfen sie uns.

An euren Protestformen gab es aber auch Kritik. Kirchen und Wohlfahrtsverbände, Grüne und auch Linksradikale fanden es nicht angemessen, dass ihr euch den Mund zugenäht habt. Solche Methoden seien das letzte Mittel des Protests in Diktaturen, war ihr Argument. In Deutschland sei die Lage nicht so, dass man sich selbst verletzen muss, um gehört zu werden.
Sich den Mund zunähen und in Hungerstreik zu treten sind auch hier angemessene Mittel.

Ihr seht also keine Unterschiede zum Leben in einer Diktatur?
Es hat Züge einer Diktatur, wenn andere für mich bestimmen was ich essen oder wohin ich gehen soll. Das ist Fremdbestimmung. Ich bin aus meiner Heimat geflohen, weil ich die Fremdbestimmung dort nicht aushalten wollte. Also werde ich es hier auch nicht hinnehmen.

Was hast du in Afghanistan getan?
Mein Vater war Bauer, ich habe ihm geholfen. Ich war nie in der Schule.

Du warst nie politisch aktiv?
Nein. Ich habe auch nie irgendwelche Aktivitäten gesehen, an denen ich mich hätte beteiligen können.

Wenn du keine Erfahrung mit politischen Protestaktionen hast – hattest du am Anfang keine Angst, bestraft oder abgeschoben zu werden?
Nein. Ich war mir sicher, dass es mein Recht ist zu protestieren.

Wie lange hast du gestreikt?
Ich bin in diesem Jahr dreimal im Hungerstreik gewesen. Zweimal in Aub, 15 und acht Tage, und dann in Berlin 15 Tage.

Was hast du in dieser Zeit zu dir genommen?
Wasser und Saft.

Einige Tage nachdem euer Marsch in Berlin angekommen ist, hat sich eine Gruppe vom Camp am Kreuzberger Oranienplatz abgespalten, zu der auch du gehörst. Warum?
Am Oranienplatz gibt es eine Küche und es gibt Familien mit Kindern. Das ist kein Ort an dem man einen Hungerstreik machen kann. Wir wollten aber auf diese Weise unseren Protest verstärken. Dazu wollten wir auch einen politisch bedeutsameren Ort – wie eben das Brandenburger Tor.

Ein Teil der Flüchtlinge hat gesagt, dass ihr diesen Hungerstreik ohne konkrete Forderungen und ohne Ausstiegsszenario begonnen habt und wollte deshalb nicht mitmachen. Darüber gab es heftigen Streit und aus der räumlichen Teilung wurde eine Spaltung.
Nein. Wir sind nur räumlich geteilt. Aber die Proteste am Brandenburger Tor und am Oranienplatz sind weiterhin eins.

Es gab also keine Konflikte?
Nein.

Das schildern andere Beteiligte aber anders.
Wir können nichts dagegen tun, dass solche Gerüchte gestreut werden. Wir können diesen Leuten nicht den Mund verbieten. Was sie sagen, ist trotzdem nicht wahr.

Während eures zweiten Hungerstreiks auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor hat die Polizei immer wieder Schlafsäcke und Isomatten weggenommen. Ihr habt aber trotz eisiger Kälte mit einer Unterbrechung weitergemacht. Nun habt ihr den Streik am 2. Dezember beendet. Warum?
Die Lage ist sehr schwierig geworden.

Zwei Tage davor hat die Polizei euren Wärmebus abgeschleppt und kaputt gemacht. War das ein Grund?
Wir haben uns entschieden, den Protest mit anderen Mitteln fortzuführen.

Seitdem Ihr die Proteste im Frühjahr begonnen habt, ist es euch gelungen, die Aktionen immer weiter zu intensivieren. Dadurch wuchs die Aufmerksamkeit und die Zahl der Unterstützer_innen. Nun ist der Winter da, die Bedingungen werden immer härter. Wie wollt ihr euch selbst, die Unterstützer_innen und die öffentliche Aufmerksamkeit halten?
Wir müssen uns neue Methoden des Protests ausdenken, zum Teil haben wir dies bereits getan. Auf jeden Fall ist aber eines klar: Wir werden unter keinen Umständen aufgeben.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

Ein notwendiger Rückblick

Zur Rolle von Antifa und Antira in den frühen Jahren des vereinigten Deutschlands

Zwanzig Jahre liegt das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen inzwischen zurück. Und die Frage nach der Rolle von Antifaschist_innen und Antirassist_innen in diesen frühen Jahren des vereinigten Deutschlands angesichts von rassistischen und nationalistischen Mobilisierungen ist derzeit aktueller denn je: Denn wer in diesen Tagen die Hetze von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) gegen Roma-Flüchtlinge aus Serbien und Montenegro verfolgt hat, der und die kann sich nur zurückversetzt fühlen in die Wochen und Monate, die zum Pogrom von Rostock-Lichtenhagen zwischen dem 23. und 26. August 1992 geführt haben. Dabei bedient sich Friedrich der klassischen Instrumente rassistischer Mobilmachungen: Aus einer kleinen Gruppe von knapp 7.000 Flüchtlingen in diesem Jahr wird eine »Flut von offensichtlich unbegründeten Anträgen«. Entsprechend heißt es in einem Brief Friedrichs an die EU Kommission, die Flüchtlinge würden »unsere ohnehin schon angespannten Aufnahmesysteme belasten«.[1]

Die Reaktionen der extremen Rechten wirken wie synchronisiert: In Wolgast (Mecklenburg-Vorpommern) mobilisieren Anwohner_innen, Freie Kameradschaften und NPD seit Wochen gemeinsam gegen eine im Sommer neu eröffnete Unterkunft für rund 200 Flüchtlinge mitten in einem als sozialer Brennpunkt bekannten Plattenbau-Viertel der Stadt. Die neonazistischen Parolen von »Asylschwemme« und »Asylmissbrauch« sind kaum zu unterscheiden von einschlägigen Statements von Politiker_innen aus der sogenannten demokratischen Mitte.

Ausgangspunkt: Das Pogrom von Hoyerswerda im August 1991

Wie es zu dem Pogrom kam, ist schnell erzählt. Am 17. September 1991 griffen mindestens acht Neonaziskinheads auf dem Marktplatz von Hoyerswerda zunächst einige vietnamesische Händler_innen an. Die Betroffenen wehrten sich und flüchteten dann in ein Vertragsarbeiter_innenwohnheim in der Albert-Schweitzer-Straße. Hier lebten rund 120 ehemalige Vertragsarbeiter_innen aus Mosambik und Vietnam.

Die Neonaziskinheads trauten sich zwar nicht in das Vertragsarbeiter_innenwohnheim hinein, sie organisierten aber ziemlich schnell immer mehr »Kameraden«, sodass sich innerhalb weniger Stunden drei bis vier Dutzend junge Neonazis Parolen grölend und Steine schmeißend vor dem Wohnheim versammelten. Da es mindestens zwei Stunden dauern sollte, bis sich die ersten PolizeibeamtInnen vor Ort blicken ließen, begannen die Vertragsarbeiter_innen zu ihrem Schutz, Müllcontainer auf die Straße zu schieben und gingen mit Knüppeln bewaffnet gegen die Neonazis vor. Die sächsische Polizei brachte sie später mehrheitlich direkt nach Berlin und Frankfurt am Main, von wo sie nach Mosambik zurückkehrten.

Ermutigt durch ihren Erfolg richteten die rassistischen Angreifer ab dem 19. September 1991 dann ihre Attacken gegen das Flüchtlingswohnheim in der Thomas-Münzer-Straße, in dem seit dem Frühsommer 1991 rund 240 Flüchtlinge wohnen mussten. Sie waren aus den alten Bundesländern nach Sachsen zwangsumverteilt worden und schon in den Wochen zuvor immer wieder bei ihren wenigen Ausflügen in die Stadt von marodierenden Neonazigruppen angegriffen worden. Sie wurden genau so wenig geschützt wie die Vertragsarbeiter_innen und am 21. September 1991 mit Bussen unter SEK-Begleitung in Barackenheime im Umland verteilt. Die meisten von ihnen flüchteten entweder in Gruppen oder individuell nach Berlin und Niedersachsen weiter.

Fatale Bilanz

Der Staat bzw. seine Exekutivorgane hatten sich aus gleich mehreren Kernaufgaben – dem Schutz von schutzlosen Minderheiten sowie der Verfolgung von Straftaten – komplett zurückgezogen. Insgesamt gab es 82 vorläufige Festnahmen in diesen fünf Tagen, woraus lediglich vier Verurteilungen resultierten. Die Signalwirkung von Hoyerswerda war fatal. Neonazis feierten Hoyerswerda öffentlich als »erste ausländerfreie Stadt« und schnell wetteiferten bundesweit Nachahmer – Neonazis, rassistische Gelegenheitstäter und politisch rechts sozialisierte Jugendliche. In Hoyerswerda und darüber hinaus sorgte die Kapitulation von Polizei und Justiz für ein enormes Selbstbewusstsein in der Neonazis-

zene, das bis heute ungebrochen anhält.

Die Rolle von unabhängigen Antifas und Antira-Aktivist_innen

Nach den ersten Berichten über die beginnende Pogromstimmung in Hoyerswerda vor dem Heim der Vertragsarbeiter_innen, fuhr am Ende der Woche ein erster Konvoi autonomer Antifaschist_innen und Antira-Aktivist_innen gemeinsam mit bürgerlichen und kirchlichen Antirassismus- und Flüchtlingsunterstützungsgruppen nach Hoyerswerda. Konfrontationen mit dem rassistischen Mob fanden nicht statt. Und genau darin lag eine Schwäche der gesamten Mobilisierung. Auch viele unabhängige Antifa- und Antira-Aktivist_innen gaben sich zu diesem Zeitpunkt noch der Illusion hin, dass die Exekutive tatsächlich im Sinne der Angegriffenen handeln würde. Im Antifaschistischen Infoblatt Nr. 41/1997 heißt es in der Rückschau sechs Jahre nach dem Pogrom: »Auch wir sind damals davon ausgegangen, dass die Staatsgewalt dem rassistischen Mob Einhalt gebieten würde – zumindest wenn eine Öffentlichkeit in Form von bürgerlichen Medien und humanitären Gruppen diese Forderung aufstellt. Erst als es zu spät war – nachdem sächsische SEK-Busse abends am 21. September 1991 die Flüchtlinge aus Hoyerswerda weggekarrt hatten – setzen sich Antifas und Antiras wieder in Bewegung, um die Flüchtlinge querbeet in sächsischen Dschungelheimen zu suchen.«

In diese Zeit fällt auch die zunehmende Spaltung von unabhängigen, linksradikalen Antifa- und Antira-Gruppen: Während erstere sich Wochenende für Wochenende vor allem beim Schutz von Flüchtlingsheimen und linken Zentren, Hausprojekten und besetzten Häusern und Treffpunkten insbesondere – aber nicht nur – in den neuen Bundesländern verausgabten, versuchten unabhängige Antirastrukturen in dieser Zeit vor allem die Zwangsverteilungen von Flüchtlingen in die ehemalige DDR ganz praktisch zu verhindern und die Betroffenen zu unterstützen.

Warum das Erinnern so wichtig ist

An die Fehler und die Niederlage der autonomen Antifa- und Antirabewegung der frühen 1990er Jahre zu erinnern, ist vor allem angesichts der aktuellen rassistischen Mobilisierungen dringend notwendig. Denn die zentrale Lehre aus Hoyerswerda und Rostock ist, dass öffentliche Appelle für ein Eingreifen von Polizei und anderen Exekutivorganen zugunsten von bedrohten Flüchtlingen immer dann völlig wirkungslos bleiben, wenn Pogrome oder pogromartige Situationen gerade ins politische Konzept passen. Das bedeutet aber auch, gemeinsam mit verlässlichen Bündnispartner_innen darauf vorbereitet zu sein, im entscheidenden Moment das Richtige zu tun und nicht darauf zu hoffen, dass es andere tun werden oder dass »die Öffentlichkeit« schon rechtzeitig aufschreien wird. Wer die Situation in Wolgast und anderen Orten in diesen Tagen erlebt hat, weiß, dass praktische antifaschistische und antirassistische Solidarität notwendiger denn je ist. ■

ZUM NACH- UND WEITERLESEN:

AIB 95, Sommer 2012: Das Pogrom von Rostock – Reaktionen, Rückblicke, Reflexionen
AIB 92, Herbst 2011: Hoyerswerda – Ein Pogrom und seine Folgen

1| »Balkan-Asylbewerber sollen weniger Geld bekommen«, Welt online 25.10.2012

Sondergesetze für Flüchtlinge

Das deutsche Ausländerrecht ist – wie so vieles – nur aus seiner Historie vollständig zu verstehen. Seinen Ursprung hat es in der Ausländerpolizeiverordnung von 1938. Änderungen gab es dann durch die Ausländergesetz 1960 und 1990 sowie das Aufenthaltsgesetz 2005. Das System ist jedoch geblieben: Das Ausländerrecht ist besonderes Polizeirecht, also Gefahrenabwehrrecht, wobei die Gefahr freilich die Ausländer_innen sind.

Rechtsanwalt Volker Gerloff

Der klassische Gang der Dinge für einen Flüchtling ist dieser: Nach der Ankunft in Deutschland meldet er oder sie sich in einer Aufnahmestelle für Asylbewerber_innen und wird auf ein Bundesland verteilt. Dort kommt er oder sie für 6 Wochen – max. 3 Monate – in eine Erstaufnahmeeinrichtung. Danach erfolgt eine Verteilung innerhalb des Bundeslandes in eine Gemeinschaftsunterkunft, die von den Betroffenen zutreffender als Lager bezeichnet wird. Grundsätzlich gilt ein Arbeitsverbot. Es besteht lediglich ein Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Außerdem gilt die Residenzpflicht – ein Verlassen des zugewiesenen Landkreises ist nur mit Erlaubnis durch die Ausländerbehörde möglich. Irgendwann entscheidet dann das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) über den Asylantrag. Ist die Entscheidung positiv, folgt der Aufenthaltstitel. Ist die Entscheidung negativ, folgt die Duldung. Die Duldung bedeutet eine registrierte Illegalität. Das Arbeitsverbot und die Lagerunterbringung bestehen grundsätzlich weiter. Auch die Abhängigkeit vom AsylbLG bleibt bestehen. Nur die Residenzpflicht erweitert sich vom Landkreis auf das zugewiesene Bundesland.

Die Lagerunterbringung ist ein wesentlicher Baustein der Repression gegen Flüchtlinge. Die Lager gelten baurechtlich nicht als Wohnbebauung und können daher oft mitten im Wald oder in Industriegebieten angesiedelt werden. Oft sind es baufällige alte Gebäude, die weder renoviert noch saniert werden, wo es nicht selten nur kaltes Wasser gibt, quantitativ und qualitativ unzureichende sanitäre Anlagen und sehr beengte Zimmer. Letztlich werden haftähnliche Zustände geschaffen, die auf Dauer die psychische und physische Gesundheit der Insass_innen auf eine harte Probe stellen. Dabei haben die jeweiligen Behörden hier ein Ermessen und könnten die Flüchtlinge also auch anders – z.B. in Wohnungen – unterbringen. Hier spielen aber auch, nicht einfach zu durchschauende, Verflechtungen zwischen den Landkreisen und privaten Betreibern der Lager eine Rolle. Wo Profite gemacht werden, waren Veränderungen schon immer schwer durchsetzbar.

Ein weiterer Baustein der Repression ist die Residenzpflicht. Wer ein zugewiesenes Gebiet verlassen möchte, braucht eine Erlaubnis der Ausländerbehörde. Für Asylbewerber_innen wird dies damit begründet, dass das Asylverfahren durch die ständige Erreichbarkeit gesichert werden muss. Das für das Asylverfahren zuständige BAMF kontaktiert die Betroffenen aber meist gar nicht oder per Post. Es ist mir kein Fall bekannt, in dem die Residenzpflicht irgendeinen Einfluss auf das Asylverfahren gehabt hätte, es gar gesichert oder beschleunigt hätte. Bei Geduldeten wird die Residenzpflicht damit begründet, dass sie nicht besser gestellt sein sollen, als Asylbewerber_innen.

Wer ein zugewiesenes Gebiet verlässt, begeht beim ersten Mal eine Ordnungswidrigkeit, bei allen weiteren Verstößen ist eine Straftat gegeben. Dabei hat es zum großen Teil die Ausländerbehörde in der Hand, die Betroffenen in die Strafbarkeit zu treiben. Viele Ausländerbehörden vergeben Erlaubnisse zum Verlassen der Residenz nur sehr restriktiv. Es entstehen auch so absurde Konstruktionen, dass sich der oder die Betroffene bspw. vom Unterbringungsort Senftenberg ohne Erlaubnis bis in das weit entfernte Neuruppin begeben darf, das nahe gelegene Hoyerswerda aber liegt bereits im »verbotenen Bereich«. Betroffen von der Residenzpflicht sind in der Regel auch nur Flüchtlinge, die für einen Polizeibeamten wie Flüchtlinge aussehen. Weiße Flüchtlinge werden kaum von der Residenz-

pflicht tangiert. Die Polizei macht gezielt Jagd auf nicht-weiße Personen, vor allem auf Bahnhöfen.

Auch das AsylbLG ist Bestandteil der Repression. Hier bietet sich der Behörde ein Instrumentarium an Sachleistungen, Gutscheinen und Sanktionen. Sachleistungen können soweit gehen, dass der oder die Betroffene sämtliche Leistungen (inklusive Ernährung) in Naturalien erhält. Auch damit wird ein Sich-Entfernen vom Lager unmöglich gemacht, da es nur dort etwas zu essen gibt. Die Bewilligung von Gutscheinen statt Bargeld ist für die Landkreise zwar teuer, wird aber nach wie vor von einigen aufrechterhalten. Diese Gutscheine gelten nur am Ort des Lagers, nur in bestimmten Geschäften und es gibt in der Regel kein Bargeld als Wechselgeld. Wirkt der oder die Geduldete bspw. an seiner oder ihrer Passbeschaffung (und damit der Abschiebung) nicht mit, werden die Leistungen oft drastisch gesenkt. Am 18. Juli 2012 hat das Bundesverfassungsgericht das AsylbLG weitgehend für verfassungswidrig erklärt und damit für eine spürbare Erleichterung gesorgt. Die Sozialämter sind jedoch bemüht, so viel wie möglich vom AsylbLG »zu retten«. Insbesondere die verfassungswidrigen Leistungskürzungen wegen fehlender Mitwirkung bei der Passbeschaffung werden zum Großteil weiter angewendet.

Geht ein_e Betroffene_r gegen Missstände vor, greifen weitere Repressionen. Bei Geduldeten werden dann bspw. die Duldungen für immer kürzere Zeiträume verlängert, so dass der oder die Betroffene im Extremfall wöchentlich bei der Ausländerbehörde zur Verlängerung der Duldung vorsprechen muss. Gelegentlich werden Betroffene auch gedrängt Erklärungen zu unterschreiben, dass die Rechtsmittel, die ein_e Rechtsanwält_in eingelegt hat, zurückgenommen werden. Das Sozialamt setzt meist die Daumenschrauben bei weiteren Kürzungen der Leistungen an.

Hier versagen Demokratie und Rechtsstaat. Ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie ist die Gewaltenteilung. Die Behörden halten aber die bestehenden Gesetze kaum ein oder wenden sie willkürlich zum Nachteil der Betroffenen an. Der Zugang zu den Gerichten ist durch diverse Sondergesetze erschwert und die Gerichte selbst sehen ihre Rolle nicht selten als Verteidigerin der Behördenpraxis. Eine Richterin am Amtsgericht Eisenhüttenstadt lässt die rechtsstaatliche Maske vollends fallen. Nachdem sie sich regelmäßig in ihren Urteilen über das »Heer der Illegalen« und die unzumutbare Zunahme der Zahl der »Asyltouristen«, die nach Deutschland kommen um hier Straftaten zu begehen, auslässt, folgt die Erkenntnis: »Dies führt dazu, dass es in diesen Ballungsgebieten immer mehr zu Spannungen kommt, die sich dann in der Regel durch weitere Straftaten entladen.« Wie anders soll das verstanden werden, als dass es nur logisch sei, dass sich das »deutsche Volk« gegen die unzumutbare Zuwanderung erheben wird?

Die rassistischen Sondergesetze müssen ersatzlos abgeschafft werden. Rassismus ist aber nach wie vor ein fester Bestandteil der deutschen Gesellschaft. Es gibt also noch viel zu tun! ■

Rassismus[1]

Susan Arndt

Der Sexualforscher und Publizist Magnus Hirschfeld verwendete als erster den Begriff Rassismus für eine Lehre, die an die Existenz menschlicher ›Rassen‹ glaubt. In seinem 1933/34 geschriebenen und 1938 veröffentlichten Werk Racism wollte er die nationalsozialistische »Rassen«-Ideologie widerlegen. In ein breiteres öffentliches Bewusstsein drangen Begriffe wie Rassismus und Genozid in den 1950er Jahren. »Rassentheorien« waren aber nicht erst vom Nationalsozialismus erfunden worden und fanden mit ihm auch kein Ende. Die Ideologie des Rassismus setzt mit der Erfindung menschlicher »Rassen« ein.

Es war ein paneuropäisches Projekt, das seine Anfänge nahm, als Europa Millionen Menschen auf der ganzen Welt enteignete, versklavte und ermordete und dies dadurch zu rechtfertigen suchte, dass es diese Menschen als nicht-weiß charakterisierte – als so anders, dass es berechtigt erschien, gegenüber Hunderten Gesellschaften auf der ganzen Welt Prinzipien wie Humanismus und Aufklärung, Freiheit und Demokratie, Gerechtigkeit und Gleichheit zuwiderzuhandeln. Was für ein infamer Euphemismus, der im Angesicht dieser barbarischen Gewalt den Mythos von der »Bürde des weißen Mannes« erfand, die Welt zivilisieren zu müssen, und der jeden Lynchmord als Akt der »Zivilisierung« deklarierte. Hierin zeigt sich aber, dass es dem Rassismus im Kern darum geht, die weiße »Rasse« mitsamt dem Christentum, das als dem Weißsein inhärent verstanden wird, als vermeintlich naturgegebene Norm(alität) hinzustellen, um eigene Ansprüche auf Herrschaft, Macht und Privilegien zu legitimieren und zu sichern. Dabei produziert der Rassismus Wissen, das sich ebenso facettenreich wie wirkmächtig in Glaubensgrundsätze, (Sprach)Handlungen und identitäre Muster einschrieb und sich – und zwar unabhängig davon, ob Weiße dies anerkennen oder nicht – die Welt durch adäquate Strukturen passförmig gemacht hat, um sie zu beherrschen.

Im Zentrum der Ideologie des Rassismus steht die Erfindung von körperlichen Unterschieden. Die britische Ethnologin Mary Douglas betont, jedes Sehen des menschlichen Körpers besitze eine soziale Dimension.[2] Das bedeutet, ohne das Verlangen, soziale Hierarchien und Grenzen herzustellen, bestünde nicht das Interesse, körperliche Grenzen zu erfinden. Auch die Erfindung von »Rassen« bedurfte Grenzziehungen mit Hilfe vermeintlich naturgegebener körperlicher Unterschiede. Dazu wurden aus einer Vielzahl möglicher körperlicher Merkmale einzelne (z.B. »Hautfarbe«) herausgenommen und zu Bündeln geschnürt, die vermeintlich naturgegebene Antithesen repräsentieren und angeblich relevante Unterscheidungsmerkmale bilden. Welche Kriterien angelegt werden, um körperliche Unterschiede zu zementieren, folgt keineswegs reiner Willkür. Vielmehr ist die betreffende Logik einem ökonomischen und politischen Machtstreben verpflichtet. Entscheidend ist zudem, dass die so gewählten Unterschiede (und die diesbezüglichen Kriterien) als »natürlich gegebene« Marker der Differenz erklärt werden, wodurch negiert wird, dass sie menschengemacht und historisch geworden sind. Diesen vermeintlich statischen und objektiven körperlichen Unterscheidungsmerkmalen werden dann bestimmte soziale, kulturelle und religiöse Eigenschaften und Verhaltensmuster zugeschrieben. Die auf diese Weise hergestellten Unterschiede werden, wie der Schriftsteller und Rassismusforscher Albert Memmi ausführt, verallgemeinert, verabsolutiert, hierarchisiert und als naturgegeben deklariert.[3]

Es ist wahr. Es handelt sich um ein globales Phänomen, dass eine Kultur eine andere – auch unter Instrumentalisierung von körperlichen Unterschieden – diskriminiert. Doch der Rassismus nimmt darin eine Sonderrolle ein. Kein anderes System der Unterdrückung einer Kultur durch eine andere hat strukturell wie diskursiv eine solch tiefgreifende wie global weitreichende Agenda erschaffen wie der Rassismus. Rassismus ist eine in Europa historisch gewachsene Ideologie und Machtstruktur und in meiner Definition gleichbedeutend mit »white supremacy«. Sie besteht auch über den Kolonialismus hinaus als Machtsystem fort und hat sich von jeher als und im Orientalismus, Antisemitismus, Afrikanismus und Antiziganismus ausdifferenziert. So lassen sich verschiedene Formen von Rassismus unterscheiden, die aber eine gemeinsame strukturelle und diskursive Schnittmenge aufweisen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, bei Rassismus zu konkretisieren, wer von wem vor dem Hintergrund welcher historischen und gegenwärtigen Prozesse als »Rasse« erfunden und rassistisch bewertet wurde bzw. wird.

1| Überarbeiteter Artikel aus: Arndt, Susan. Die 101 wichtigsten Fragen: Rassismus. München: C.H. Beck 2011.
2| Vgl.:Douglas, Mary. Natural Symbols. New York: Pantheon Books, 1970: 170.
3| Memmi, Albert. Rassismus. Frankfurt/M.: Verlag 1987 (Erstveröffentlichung auf Französisch 1982): 164–178.
4| Vgl.: »C 'est très exactement la réalité de la race.Cela n'existe pas. Cela produit pourtantdes morts.« Collette Guillaumin.Sexe, Race at pratique dupouvoir. Paris, Côté-femmes (1992): 7.
5| Shankar Raman, The Racial Turn: ›Race‹, Postkolonialität, Literaturwissenschaft, in: Einführung in die Literaturwissenschafthg. von MiltosPechlivanos, Stefan Rieger, Wolfgang Struck und Michael Weitz, Stuttgart 1995, S. 241–255, hier 255. Vgl. auch: Arndt, Susan. »Weißsein – zur Genese eines Konzepts. Von der griechischen Antike zum postkolonialen ›racial turn‹.« in: Jan Standke, Thomas Düllo (Hrsg.): Theorie und Praxis der Kulturwissenschaften. Culture Discourse History. Band 1. Berlin: Logos Verlag, 2008: 95–129.
6| Morrison, Toni.Play-

»Rassen gibt es nicht«[4], schreibt die feministische Soziologin Collette Guillaumin, »und doch töten sie«. Denn der Glaube, dass es »Rassen« gebe, der Rassismus also, ist präsent, bis heute. Shankar Raman glaubt daher, dass es notwendig ist, einen Kampf um die Bedeutung von »Rasse« zu führen, um sich diesen Begriff aus anti-rassistischer Sicht anzueignen. Deswegen schlägt der deutsche Literaturwissenschaftler eine doppelte Denkbewegung vor. Von »Rasse« als biologischem Konstrukt führt sie weg und zwar hin zu Rasse als sozialer Position. Er bezeichnet diese Denkbewegung als ›racial turn‹, und sie schließt ein, Rasse als kritische Wissenskategorie zu etablieren.[5]

Für mich beinhaltet der »Racial Turn« auf einer zweiten Ebene zudem einen gewichtigen Perspektivwechsel in der Rassismusforschung. Ihm hat Toni Morrison 1992 mit ihrem Buch »Playing in the Dark« Gehör verschafft.

Die afroamerikanische Nobelpreisträgerin weist darauf hin, dass Rassismusanalysen im weißen akademischen Mainstream die Tendenz haben, allein über Schwarze und People of Colour zu sprechen. Dabei entstehe dann schnell der Eindruck, Rassismus sei (allein) eine Angelegenheit von Schwarzen – und Weiße seien diesbezüglich »neutral« so als hätten sie damit nichts zu tun. Insofern es Weiße sind, die Rassismus erfunden haben, hält es Morrison für unverzichtbar, »to examine the impact of notions of racial hierarchy, racial exclusion, and racial vulnerability and availability on nonblacks who held, resisted, explored, or altered these notions.«[6]

Morrison beobachtet, dass es seit einigen Jahrzehnten unter Weißen als generöse und liberale Geste gelte, nicht über ›Rasse‹ zu sprechen. Die Schriftstellerin nennt dieses oft als »colour-blindness« bezeichnete Handeln »evasion«. Wenn Weißsein aber ignoriert oder für das eigene Leben nicht relevant eingestuft wird, werden zugleich auch die sozialen Positionen, Privilegien, Hegemonien und Rhetoriken verleugnet, die daran gebunden sind. Weißsein behält dadurch seinen Status als universaler, »unmarkierter Markierer«[7] und »unsichtbar herrschende Normalität«[8] bei.

Vor diesem Hintergrund ist das Ignorieren von »Hautfarben«, so paradox das klingen mag, auch keine Lösung. Der Rassismus kategorisiert, markiert und positioniert Menschen – u.a. mit Hilfe von »Hautfarben« – als Diskriminierte, Fremdmarkierte und Entmachtete oder eben als Diskriminierende, Markierende und Privilegierte des Rassismus. Das passiert zumeist unabhängig vom individuellen Wollen und losgelöst davon, ob jemand Rassismus befürwortet oder ablehnt. Rassismus existiert und in seinem System stellt Weißsein, wie Ruth Frankenberg betont, eine »soziokulturelle Währungseinheit« dar, die privilegiert.[9] Relativierungen wie Verstärkungen der Macht und Privilegien, die Weißsein in petto hat, ergeben sich daraus, dass sich Weißsein mit anderen Strukturkategorien wie etwa Sexualität, Geschlecht, Nationalität, Bildung, Religion, Mobilität oder Gesundheit verschränkt. Doch diese Relativierungen resultieren nie in einem gänzlichen Verlust von Weißsein. Als systemische Position ist Weißsein keine Weltanschauung, sondern eine Machtposition und als solche ein kollektives Erbe des Rassismus und auch am Werk, wenn Weiße es nicht bemerken (wollen).

Es geht hierbei nicht um Schuldzuschreibungen. Es geht darum, anzuerkennen, dass Rassismus – analog zum Patriarchat im Falle der Geschlechterkonzeptionen – ein komplexes Netzwerk an Strukturen und Wissen hervorgebracht hat, das uns – im globalen Maßstab – sozialisiert und prägt. Dabei ist Wissen in meiner Lesart weder absolut, wahr und unveränderbar, sondern historisch gewachsen, von Macht formiert sowie dynamisch und subjektiv. Und im Zentrum des Wissens, das der Rassismus hervorgebracht hat, steht die falsche Annahme, dass Menschen nach ›Rassen‹ unterteilt werden können und dass dies den ›Hautfarben‹ eingeschrieben sei. Sich Rassismus zu widersetzen heißt nicht zuletzt, dieses Wissen zu verlernen. ■

ing in the Dark.Whiteness and the Literary Imagination.Cambridge, Mass.: Harvard UP 1992: 11
7| Ruth Frankenberg. Frankenberg, Ruth (Hrsg.): Displacing Whiteness. Essays in Social and Cultural Criticism. Durham, London 1997: iv.
8| Wachendorfer, Ursula. »Weiß-Sein in Deutschland. Zur Unsichtbarkeit einer herrschenden Normalität.« In: Arndt, Susan (Hrsg.): AfrikaBilder. Studien zu Rassismus in Deutschland. Münster 2001: 87-101.
9| Vgl.:Ruth Frankenberg. Frankenberg, Ruth (Hrsg.): Displacing Whiteness. Essays in Social and Cultural Criticism. Durham, London 1997: v.

Ku-Klux-Klan

Ableger in Deutschland

Wer sich mit den deutschen Ablegern der rassistischen amerikanischen Terrorgruppe Ku-Klux-Klan (KKK) beschäftigt, kommt nicht an dem Brandenburger Neonazi Carsten Szczepanski aus Königs Wusterhausen vorbei. Langjährigen Leser_innen des AIBs ist er auch als V-Mann »Piato« des Brandenburger Verfassungsschutzes bekannt. Im Zuge der Ermittlungen zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) trat auch der spätere NPD-Funktionär wieder als Hinweisgeber in Sachen NSU-Unterstützung durch Blood & Honour- Strukturen an die Öffentlichkeit. Der Haftgrund des exponierten Neonazis Szczepanski wird in den meisten Berichten über den V-Mann ausgeblendet. Dabei wirft gerade seine Geschichte ein bezeichnendes Licht auf die »Quellen« der Verfassungsschutz-Behörden.

Vom Willen...

Carsten Szczepanski, 1970 geboren, war schon als Jugendlicher in der rechten Szene West-Berlins aktiv. 1989 wohnte er für einige Monate mit dem Führungskader der Neonaziorganisation »Nationalistische Front (NF), Andreas Pohl, zusammen.[1] Im Anschluss zog es ihn in die Brandenburger Neonazi-Skinhead-Hochburg Königs Wusterhausen, wo er u.a. bei Mirko Schröter einzog. Ab etwa 1991 begann sich Szczepanski sich für den Ku-Klux-Klan zu begeistern und nahm Kontakt zum amerikanischem KKK und dessen deutschen Untergliederungen auf. Bald hatte er einen direkten persönlichen Kontakt zum führenden amerikanischen KKK-Funktionär Dennis Mahon aus Oklahoma. Dieser wurde im Mai 2012 wegen eines rassistischen Bombenanschlags in den USA zu 40 Jahren Haft verurteilt.[2] Szczepanski übersetzte dessen KKK-Publikation »White Beret« ins Deutsche und verwendete die Texte für seine deutsche KKK-Zeitschrift »Feuerkreuz«. In der ersten Ausgabe hieß es: »(...) Kämpft für euren Glauben, kämpft für Rasse und Nation, kämpft mit dem Ku-Klux-Klan. Berliner Ritter des Ku-Klux-Klan.« In Deutschland intensivierte er den Kontakt zu Mitgliedern anderer regionaler KKK-Gruppen. So war während eines Gerichtsprozesses von entsprechenden Verbindungen zu Marc K. aus dem Hamburger Raum und zu Dennis W. aus NRW die Rede. Szczepanski produzierte T-Shirts mit KKK-Motiven um sie in der Neonazi-Szene zu verbreiten. Von Dennis Mahon erhielt er einen Vorrat von Aufnahmeanträgen und Satzungen für den amerikanischen Ku-Klux-Klan, die er an deutsche Neonazis weitergab. Szczepanski selbst war offiziell Mitglied des Ku-Klux-Klans in Kansas City und erhielt in Deutschland den sehr hohen KKK-«Dienstrang« eines »Grand Dragon«. Er selbst bezeichnete sich als »Außenstelle der weißen Ritter des amerikanischen Ku-Klux-Klan«. Dennis Mahon besuchte Szczepanski Ende September 1991 in Deutschland. Gemeinsam führten sie als weiße Kapuzenmänner eine Klan-Zeremonie mit Kreuzverbrennung auf einer Waldlichtung in Halbe nahe Königs Wusterhausen durch. Hierzu war auch ein Fernsehteam des Senders RTL-Plus eingeladen worden. Dennis Mahon erteilte während seines Besuches Szczepanski die Vorgabe, in der dritten Ausgabe der Zeitschrift »Feuerkreuz« einen Rundbrief mit Möglichkeiten zum bewaffneten Kampf zu veröffentlichen. Er sollte die Aufforderung enthalten Kleingruppen zu bilden, Waffen zu bunkern und finanzielle Sicherheiten zu schaffen. Aus dem Buch »The poor man's James Bond« sollten Anleitungen zum Bombenbau abgedruckt werden. Ein 1992 geführtes Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft gegen Szczepanski wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung in Form einer terroristischen Teilorganisation des KKK wurde wegen nicht hinreichender Bestätigung eingestellt. Dabei wurden in diesem Zusammenhang in einer von ihm vormals angemieteten Wohnung vier Rohrbomben, chemische Substanzen und eine Zündvorrichtung sichergestellt. An seinem Willen, selbst aktiv zu werden, dürften eigentlich wenig Zweifel bestanden haben. So wurde Szczepanski im Oktober 1993 vom Landgericht Berlin wegen Sachbeschädigung verurteilt, da er einen VW-Bus

[1]

[1] Der amerikanische KKK-Führer Dennis Mahon 1998 bei einem Event der »Aryan Nations« in Tennesse. (Bild: irehr.org)

1| Andreas Pohl war später als Präsident des Chapter Dresden von Gremium MC in der Rocker-Szene involviert. Vgl. AIB 61: »18 meets 28?«

2| Vgl. http://irehr.org/issue-areas/race-racism-and-white-nationalism/item/413-backgrounder-arizona-mail-bomber-dennis-mahon-to-be-sentenced

3| 1995 betreut das neonazistische Internationale Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V. (IHV) die wegen Mordversuchs an dem Nigerianer Steve E. inhaftierten Mirko Schröter und Bertram Schulz. Im selben Fall wurde Brandenburger IHV-Bezirksführer Carsten Szczepanski als einer der Hauptverantwortlichen zu acht Jahren Haft verurteilt. Vgl. http://www.apabiz.de/archiv/material/Profile/IHV.htm

[1] Der deutsche Neonazi und spätere V-Mann Carsten Szczepanski war Mitglied des KKK in Kansas City und an einem rassistischen Mordversuch beteiligt.

[2] Der frühere »Blood & Honour« Aktivist Bernd P. aus Deutschland posiert vor einer Fahne der »MERCIAN White Knights of Ku Klux Klan« (England).

der »Sozialistischen Jugend – Die Falken« angezündet hatte. Carsten Szczepanski stellte die Produktion der Zeitschrift »Feuerkreuz« ein, um nun ein Neonazi-Skinhead-Fanzine namens »United Skins« zu produzieren und zu vertreiben.

...zur Tat

Am 8. Mai 1992 traf sich Carsten Szczepanski mit Mirko Schröter, Bertram Schulz[3], Bruno J., Diana D. und Kerstin H. am Bahnhof in Zeuthen (Brandenburg), um einen Jugendklub aufzusuchen. Schon hier attackierten Szczepanski und Schröter zwei vermeintliche »Linke«. Später traf sich die Gruppe mit weiteren Neonazis in der Kneipe »Waldidyll«, um sich dann erneut am Bahnhof mit etwa 20 weiteren Leuten zu vereinen. Hier stießen auch Kai Müller und Silvio A. zur Gruppe. Mit deren Autos fuhren sie in eine Diskothek nach Storkow, aus der sie aber wieder herausflogen, nachdem Mirko Schröter einen Gast mit einem Bierglas angegriffen hatte. Als nächstes Ziel steuerten sie »Ollis Discothek« in Wendisch-Rietz an, um dort »Ausländer aufzuklatschen«. Hier stießen sie auf den Lehrer Steve E., der erst kurz zuvor von Nigeria nach Deutschland gekommen war und an diesem Abend erstmalig seine Flüchtlingsunterkunft verlassen hatte. Er wurde von den Neonazi-Skinheads um Carsten Szczepanski, Bertram Schulz, Mirko Schröter und Bruno J. unter »White Power«- und »Ku-Klux-Klan«-Rufen umringt und bedroht. Einem herbeigeeilten Ordner der Diskothek wurde erklärt: »Den machen wir kalt, das ist sowieso kein Mensch«. Vor der Kneipe gelang es dem Ordner und einigen Gästen, Steve E. aus der etwa 10-köpfigen Neonazi-Gruppe um Carsten Szczepanski, Mario M., Bruno J., Silvio A. zu befreien und zurück in das Lokal zu bringen. Mirko Schröter hatte bereits eine Gaspistole gezogen, durchgeladen und auf Steve E. gerichtet. Auf der Tanzfläche der Discothek griff Kai Müller Steve E. mit den Worten »Jetzt mach ich den Neger platt« erneut an. Carsten Szczepanski unterbrach daraufhin eine Liebeserklärung, die er gerade Diana D. machte, um sich zu seinem Kameraden zu begeben. Steve E. wurde von Müller aus der Discothek in einen Vorraum gezerrt und zusammengeschlagen. Carsten Szczepanski und andere Neonazis bildeten eine Traube um Gäste und Ordner vom Eingreifen abzuhalten. Durch Szczepanski wurde der Ruf »Ku-Klux-Klan« angestimmt, mit dem Ziel die Gewalttaten gegen Steve E. voranzutreiben. Als dieser bewusstlos von Kai Müller Richtung Ausgang gezogen wurde, umtanzte Szczepanski jubelnd das Geschehen. Diana D. rief vor der Discothek der Neonazi-Meute zu: »Hat denn niemand Benzin, einen Kanister Benzin, anstecken die Kohle, verbrennt das Schwein«. Daraufhin wurde versucht, die Jacke mit einem Feuerzeug anzustecken. Als dies misslang warfen sie Steve E. unter Rufen wie »Ertränken das Schwein« in den Scharmützel See. Als ein Discothek-Ordner das Opfer aus dem Wasser zog, erklärte Müller: »Jetzt ist er eh sowieso schon tot, jetzt brauchst du ihn auch nicht mehr herausziehen«. Steve E. überlebte den rassistischen Mordversuch nur knapp, schwebte tagelang in Lebensgefahr und lag längere Zeit im Koma.

Sechs Jahre später: Terrorplanungen zwischen VS und NPD

März 2000: Carsten Szczepanski ist aus der Haft entlassen worden und lebt weiterhin in Königs Wusterhausen. Er ist Funktionär der Brandenburger NPD geworden, betreibt einen kleinen Szeneladen und lieferte dem Brandenburger Verfassungsschutz seit 1994 als bezahlte Quelle (»Piato«) regelmäßig Informationen.[4] Das hinderte ihn nicht, zusammen mit Nick Greger aus Berlin (Vgl. AIB 95) und Ralf L. (Königs Wusterhausen), Guido W. (Wildau), →

4| Vgl. AIB 51: »Anstandshalber Starker Staat. Schily verbietet Blood & Honour«
5| AIB 58: »Drei V-Männer vor Gericht«
6| Vgl. www.blog.schattenbericht.de/2011/03/christlich-arische-parallelwelten-vor-dem-kadi/
7| Gemeint sind hier möglicherweise die, in schwarzen Roben gekleideten, »Nighthawks«, die Sicherheitsleute des Klans.
8| Vgl. http://193.198.207.6/wiki/file/aryan-nation-2009/msg00097.html
9| Vgl. AIB 96: »Spitzel im NSU Umfeld«
10| Vgl. »Musizierender Kapuzenmann« von Anton Maegerle in bnr.de vom 18.10.2012.
11| Vgl. »Ehemaliger KKK-Chef jetzt im hohen Norden« von Horst Freires in bnr.de vom 22.10.2012.
12| Vgl. AIB 66: »Mississippi Burning vor Gericht«

Christian R. (Berlin-Mahlow), Marco H. (Königs Wusterhausen) sowie Ronny M. (Kaulsdorf) militante Anschläge auf Antifas zu planen.

Nach einer Ordnerbesprechung in Szczepanskis Wohnung wegen einer NPD-Veranstaltung in Brandenburg fand ein entsprechendes Planungstreffen statt. Es wurde eine Zweiteilung vorgenommen. Eine Gruppe um Greger plante den PKW eines Antifaschisten mit einer Rohrbombe zu zerstören. Die andere Gruppe um Szczepanski und Ralf L. wollten ihre Planungen nur im noch kleineren Kreis besprechen und realisieren. Ralf L. versuchte im Mai 2000 von dem Neonazi Frank Lutz (Neu-Zittau), Inhaber des Tattoo Studios Utgard in Berlin-Lichtenberg, eine scharfe Waffe zu erwerben. Die Waffenübergabe durch Jean-Rene B. (Berlin) sowie Frank Lutz an Ralf L. und Daniel G. (Bestensee) wurde von der Polizei überwacht. Nach der Festnahme der Neonazis wurde eine halbautomatische Langwaffe mit Schalldämpfer, abnehmbarer Schulterstütze, Zielfernrohr, Zweibein und 300 Schuss Munition beschlagnahmt. Auch die andere Gruppe flog auf. Im Juni 2000 wurde im Kellerraum von Nick Greger eine funktionstüchtige Rohrbombe und Material zum Bau einer weiteren von der Polizei beschlagnahmt. Große Folgen hatten die polizeilichen Ermittlungsverfahren für Szczepanski nicht, er wurde lediglich wegen illegalem Waffenbesitz zu einer Geldstrafe verurteilt.[5]

[1] Peter Becker stand als Anmelder einer deutschen KKK Homepage vor Gericht. (Bild: Screenshot von bishop-peter-becker.de)

KKK-Gruppe EWKOTBC

Im März 2011 musste sich der damals 58-jährige Berliner Peter Becker vor dem Amtsgericht Berlin-Tiergarten wegen Volksverhetzung, Verwenden von Kennzeichen und Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen verantworten.

Der Angeklagte soll im Jahre 2009 als Verantwortlicher der Internet-Domain whiteknightseuropa.de u.a. ein Keltenkreuz und Bilder, die schwarze Menschen verunglimpften, zur Schau gestellt haben.[6] Bereits im Jahr 2007 hatte Becker die Internetseite über seine Berliner Firmenanschrift der »PBH-Handelsagentur« angemeldet und firmierte dort als »Reverend Imperial Wizard« der KKK Gruppe »European White Knights of the Burning Cross« (EWKOTBC). Becker habe nach eigenen Angaben die »Europäischen Weißen Ritter des brennenden Kreuzes« 2007 nach langjähriger Mitgliedschaft in US-amerikanischen KKK-Gemeinden gegründet. In der Folgezeit sei er in die Führungsebene diverser international agierender rassistischer Glaubensgemeinschaften aufgestiegen. Die Mitgliederzahl seiner KKK-Formation scheint allerdings deutlich unter zehn Personen zu liegen. Als »Imperial Knighthawk«[7] (in etwa: Majestätischer Ritterfalke) dieser Klanformation trat »nobss311_« alias Norbert W. aus Grabow (Mecklenburg-Vorpommern) mit einer eigenen Internetpräsenz an die Öffentlichkeit. Innerhalb der kleinen Szene rassistischer Glaubenskrieger war Becker offenbar umstritten. In den von WikiLeaks im Jahr 2009 veröffentlichten Dokumenten der Aryan Nations (USA) befindet sich auch ein Beschwerdebrief des Berliner »White Reverend« Peter Boche vom 28. November 2008, in welchem er sich jede Verwechslung mit Becker verbietet und verkündet: »This man is!a state informer his Klan is a fake (...)«[8] (Fehler im Original). Becker berichtete im Gegenzug über Boche: »He is a member and priest of the Aryan Nations and a Leader of the Kuklux-klan in Germany and Austria«.

KKK-Gruppe: EWK KKK

Die deutsche Sektion des »European White Knights of the Ku Klux Klan« (EWK KKK) aus Schwäbisch Hall existierte von Oktober 2000 bis Ende 2002 und hatte etwa 20 Mitglieder aus den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Der deutsche EWK KKK wurde im Sommer 2012 im Rahmen der Ermittlungen zur Terrorserie des NSU bekannt. Zwei Polizisten aus Baden-Württemberg hatten von 2001 bis 2002 intensive Kontakte zu den »European White Knights of the Ku Klux Klan – Realm of Germany« gehabt. Im Zusammenhang mit Ermittlungen zum Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter waren diese Kontakte nicht länger zu vertuschen gewesen. Kiesewetter war im April 2007 von den NSU-Mitgliedern Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt in Heilbronn erschossen worden. Die Beamten mit Kontakt zum Ku-Klux-Klan waren Kollegen Kiesewetters gewesen. Besonders pikant: Der Gründer und Anführer des deutschen »European White Knights of the Ku Klux Klan«, Achim Schmid, soll V-Mann des baden-württembergischen Verfasungsschutzes ge-

[1]

[1] Achim Schmid, Gründer einer deutschen KKK-Gruppe, spielte in mehreren RechtsRock Bands mit. Er soll ein V-Mann gewesen sein. (Bild: Screenhot von Bild.de)

wesen sein. Der heute 37-Jährige soll vor zehn Jahren sogar von einem Mitarbeiter des Verfassungsschutzes über eine Polizeiaktion gegen ihn unterrichtet worden sein. Offenbar war er nicht der einzige V-Mann in dieser KKK-Truppe.

Zu den Mitgliedern zählte auch der Leipziger Neonazi Thomas Richter, 1974 geboren, der unter dem Namen »Corelli« V-Mann des Bundeamtes für Verfassungsschutz war.[9] Richters Name fand sich auch auf einer Adressenliste, die 1998 nach dem Abtauchen des NSU in Jena sichergestellt wurde. Ein weiteres bekanntes EWK KKK Mitglied war Michael Schäfer, 1982 geboren, aus Wernigerode. Er wurde später zum Bundesvorsitzenden der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN). Das EWK KKK Mitglied Rene H. aus Eisenach war laut Szene Insidern als Aktivist der B&H-Sektion Thüringen bekannt und soll im Januar 1999 an einem »mitteldeutschen Treffen« von B&H teilgenommen haben. Auch soll er Mitglied der RechtsRock Band »Legion Ost« gewesen sein. Weniger bekannt war Steffen B., 1976 geboren, aus Schwäbisch Hall. Er war zwischen 1997 und 2002 immer wieder bei Treffen und Konzerten der Neonazi-Skinhead-Szene anwesend. Über dessen Bruder, dem Polizeibeamten Jörg B., stießen die Polizisten schließlich zum EWK KKK.

Achim Schmid – RechtsRock, Klan und Country Musik

Der vermutliche V-Mann Achim Schmid, 1975 geboren, aus Konstanz führte unter dem Aliasnamen »Ryan Davis« die Funktion des »Grand Dragon« innerhalb des EWK KKK – Sektion Deutschland aus. Als Gründer der Bands »Wolfsrudel« (1994), »Höllenhunde« (1997) und »Celtic Moon« (1999) war er Jahre lang in der RechtsRock-Szene exponiert in Erscheinung getreten. Als »Liedermacher Achim« tourte er Ende der 1990er Jahre auf Veranstaltungen der NPD und JN durchs Bundesgebiet. Als ein »junge(r) Künstler aus den Reihen der Jungen Nationaldemokraten« fand Achim Schmid auch eine lobende Erwähnung im NPD-Buch »Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei«. Von Oktober 1998 bis Sommer 2000 soll er nach eigenen Angaben der Klan-Gruppe »International Knights of the Ku Klux Klan« angehört haben, bevor er in die Klan-Gruppe »European White Knights of the Ku Klux Klan« wechselte. Nebenbei fand er noch Zeit für neonazistische Internetprojekte. Als Betreiber der Homepage »n-a-f.com /whitepower« ermittelte die Polizei Schwäbisch Hall Ende 2000 gegen ihn wegen Verdachts des Verbreitens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und durchsuchte seine Wohnung. Auch als ein Betreiber des neonazistischen Internetradios »whitepowerradio.de« wurde Schmid bekannt. Die Domain lief über seine Anschrift in Schwäbisch Hall. Unter dieser Anschrift residierte auch das Unternehmen »Rebel Knight Country Shop«, dessen Geschäftsführung Schmids frühere Ehefrau Yvonne oblag.[10] Er selbst betreibt mittlerweile ein schwer durchschaubares Firmengeflecht in Schleswig Holstein (u.a. in Boostedt/Kreis Segeberg und in Neumünster) und ist als Country-Sänger, Produzent und DJ mit dem Spitznamen »The Mississippian« unterwegs.[11] Ob dies eine Anspielung auf den Spielfilm «Mississippi Burning« ist, bleibt erst mal offen. Der Film berichtete 1988 einer breiten Öffentlichkeit über Morde des Ku-Klux-Klan in den USA.[12]

Fazit

Die deutschen KKK-Ableger sind bisher schwach organisierte und isolierte Kleingruppen von geringer Kontinuität. Trotzdem repräsentieren sie einen Personenkreis, der eine Politik rassistisch motivierter Hinrichtungen als vorbildlich empfindet. Schon daher ist eine Beschäftigung mit diesen Gruppierungen unerlässlich. Dass in diesem Milieu offenbar eine hohe Dichte an Spitzeln der Sicherheitsbehörden anzutreffen ist, stellt keinen ausreichenden Schutz für potentielle Opfer da. Dies zeigt die Geschichte des NSU. ■

Internationaler Hass

Das Netzwerk der Hammerskins

Es war eines der größten Neonazi-Events des Jahres 2012: Zwischen 1.200 und 1.500 Neonazis, zwei Drittel von ihnen aus Deutschland, versammelten sich am 3. November in der lothringischen Kleinstadt Toul zum »Hammerfest« der europäischen Hammerskins. Insgesamt sieben Bands spielten auf, fünf aus Deutschland, jeweils eine weitere aus Ungarn und Griechenland.[1] Wegen des Konzertes rückten die Hammerskins einmal mehr in den Fokus der Medien. Doch hinter diesem internationalen Netzwerk steckt mehr als »nur« ein neonazistisches Musik-Business.

Die Konzert-Profis

Ort des »Hammerfestes« 2012 war eine Lagerhalle in einem Industriegebiet von Toul, hundert Kilometer südwestlich von Saarbrücken, die französischen Hammerskins als »Clubhaus« dient. Wenngleich das Konzert ohne Störungen »von außen« stattfand, so konnten das Organisationsteam der Hammerskins Westmark aus Deutschland dieses Mal nicht zufrieden sein. In einer ursprünglich vorgesehenen großen Halle in Volmunster, einem französischen Grenzort nahe des pfälzischen Zweibrücken, wurde das Konzert von den französischen Behörden kurzfristig verhindert. Das Clubhaus in Toul erwies sich als viel zu klein für die Masse. Das Resultat – so berichten Augenzeugen – waren logistische Probleme, murrende Gäste und blanke Nerven, was unter anderem zu einer Schlägerei unter Besuchern führte. Dabei hatte man sich alle Mühe gegeben, auch dieses Konzert störungsfrei durchzuziehen. Offiziell war ein Veranstaltungsort in der Schweiz angekündigt worden und Busunternehmen, die Neonazis aus ganz Deutschland nach Frankreich brachten, geben auf Nachfrage an, ihnen wären teilweise Zielorte außerhalb von Frankreich genannt worden, die erst am Tag des Geschehens korrigiert worden seien. Dass dieses Konzert nicht zu einem »Triumph« der Hammerskins wurde ist auch ein Verdienst der Antifa, der es gelang den Veranstaltungsort in Volmunster zu recherchieren. Denn dieser liegt nur wenige Kilometer von einem Gelände entfernt, welches deutschen Hammerskins als Treffpunkt dient.

Rückzugsraum Frankreich

Frankreich hat sich bislang als Rückzugs- und Veranstaltungsort bewährt. In Eschviller bei Volmunster kauften Mitglieder der Hammerskins Westmark im Jahr 2009 für gerade einmal 1.500 Euro ein 70 Ar großes Freigelände, das seitdem als Konzert- und Partytreffpunkt dient. Anfang Juli 2011 hatten deutsche und französische Hammerskins das »Bonded-By-Blood«-Neonazi-Konzert in Rohrbach-lès-Bitche (Lothringen) mit rund 2.500 BesucherInnen durchgeführt.[2] Im Clubhaus in Toul fanden 2012 mehrere Konzerte statt und im Mai 2012 notierten die französischen Behörden ein Treffen, zu dem Neonazis aus mehreren europäischen Ländern angereist waren – offensichtlich ein »European Officers Meeting« (EOM), ein mehrmals im Jahr tagendes Gremium europäischer Hammerskins. Gegenüber der Öffentlichkeit zeigten sich die französischen Behörden bis vor Kurzem betont desinteressiert. Die Polizei in Toul gab am Abend des 3. Novembers vor, nicht zu wissen wer und was denn die Hammerskins überhaupt seien. Doch immerhin: Die Stadtverwaltung in Toul hat sich mittlerweile in Bewegung gesetzt und sucht nach Möglichkeiten, das Clubhaus der Hammerskins zu schließen.

Struktur und Habitus der Rocker

Der aktuelle Mitgliederstand der deutschen Hammerskins dürfte derzeit zwischen 100 und 150 Vollmitglieder betragen. Nur Vollmitglieder (patchholders)[3] der »Hammerskin-Nation« (HSN) dürfen sich Hammerskins nennen, das Hammerskin-Symbol der zwei gekreuzten Zimmermannshämmer verwenden und sich mit der Grußformel HFFH (Hammerskins Forever – Forever Hammerskins) kenntlich machen.

Die interne Struktur ist bis ins Detail den Rockergruppen abgekupfert. Die regionalen Gruppen, die sogenannten Chapter, erschließen nie mehr

[1]

[1] Auftritt der Hammerskinband »Jungsturm« auf einem NPD-Festival 2008 in Thüringen. Links (mit Mikrophon) der Frontmann Frank Molina.

Potential als sie benötigen. Einerseits genug um ihren Führungsanspruch in einer Region zu reklamieren und das Geschäft zu kontrollieren. Andererseits nicht zu viele, um den elitären Anspruch nicht zu verwässern und den eigenen Laden unter Kontrolle zu behalten. Im Umfeld der Mitglieder bewegt sich ein größerer Kreis von »Hangarounds« und Mitgliedsanwärtern, genannt »Prospects of the Nation« (PotN), die sich unter Labels wie Crew 38 sammeln. Die 38 steht für die Buchstaben C und H, Crossed Hammers. Nach vielen Monaten, manchmal auch Jahren, in denen man sich als Hangaround bewähren und verdingen muss, wird man in den Status des PotN erhoben. Es folgt eine erneute Bewährungszeit, in der man beispielsweise alle Hammerskin-Chapter in Deutschland und den Nachbarländern bereisen und sich dort vorstellen muss. Schließlich bekommt man in einem feierlichen Ritual das »Patch«, den Mitgliedsaufnäher, überreicht und ist damit als vollwertiger »Bruder« in die Hammerskin-Nation aufgenommen. Die Aufnahme der Vollmitglieder ist Sache der circa vierteljährlich an wechselnden Orten tagenden Delegierten-Versammlung der deutschen Hammerskin-Chapter, des »National Officers Meeting« (NOM) oder des europäischen Gremiums EOM.

Derzeit existieren zehn Chapter in Deutschland: Pommern, Bremen, Berlin, Bayern, Franken, Baden, Württemberg sowie die einflussreichen Chapter Westmark, Sachsen und Mecklenburg. Darüber hinaus gibt es einzelne Städte und Regionen, in denen sich kleinere Hammerskin-Gruppen formieren, die aber kein eigenes Chapter unterhalten, sondern dem nächstgelegenen Chapter angeschlossen sind. So zum Beispiel in Bochum, Hamburg oder im hessischen Fulda.

Etliche Mitglieder und PotN der Hammerskins spielen in Neonazibands oder betreiben neonazistische Versände und Labels. So zum Beispiel der Bielefelder Hammerskin Hendrik Stiewe, ein Mitglied der neonazistischen Burschenschaft Normannia-Nibelungen, der das Label Wewelsburg Records unterhält. Als Hammerskinbands gelten unter anderem Confident of Victory (Senftenberg), Deutsch Stolz Treue (Berlin), Rotte Charlotte (Nordrhein-Westfalen), Eternal Bleeding (Altenburg) und Blitzkrieg (Chemnitz). Zur »Hammerskin-Nation« zählen weiterhin die Division Germania um den Hammerskin Andreas Koroschetz (Mönchengladbach), Hetzjagd aus Bremen um die Hammerkins Marc Gaitzsch und Sebastian Allwardt, sowie Jungsturm aus dem Saarland und Rheinland-Pfalz um die Hammerskins Frank Molina und Nico Roth (»Wiesel«).

Dass es sich bei den Hammerskins um eine gewachsene Struktur handelt, zeigen allein die Jubiläen im Jahr 2012. Anfang Oktober feierte die Hammerskin-Nation ihr weltweit 25-jähriges Bestehen mit einem mehrtägigen Konzert in Boise im US-amerikanischen Bundesstaat Idaho, natürlich mit Beteiligung einer deutschen Reisegruppe. Im Jahr 2012 feierten die Hammerskins Mecklenburg ihr 15-jähriges Bestehen, während das älteste deutsche Chapter, die Hammerskins Berlin, bereits auf ihr 20-jähriges Bestehen zurückblicken kann.

1| Sturmwehr (Gelsenkirchen), Moshpit (Altenburg), Division Germania (Mönchengladbach), Blutzeugen (Deutschland), Verzerzerödes (Ungarn), Wolfsfront (Deutschland) und Der Stürmer (Griechenland). Die Bands Verzerzerödes, Wolfsfront und Division Germania gelten szeneintern als Hammerskin-Bands.

2| Mit den Bands »Bound for Glory« (USA), »Division Germania« (Mönchengladbach), »Brutal Attack« (England), »Frakass« (Lyon / Frankreich) und »Jungsturm« (Saarland).

➔

[1]

[2]

Malte Redeker und die Hammerskins Westmark

Die Hammerskins Westmark aus dem Raum Ludwigshafen, Saarland und Südhessen sind die impulsgebende Struktur der deutschen Hammerskins.

Exponierte Vertreter dieses Chapters sind Frank Molina (Saarbrücken) und der Ludwigshafener Malte Redeker. Redeker ist eine Schlüsselfigur im internationalen Netzwerk. Er betreibt das führende deutsche Hammerskin-Unternehmen Gjallarhorn Klangschmiede und ist nach Informationen der Frankfurter Rundschau mittlerweile anscheinend zum Europa-Chef der Hammerskins aufgestiegen.[4] Redeker zählt zu den Aktivisten des neonazistischen Aktionsbüros Rhein-Neckar, dass seit 2003 die Vernetzung der südwestdeutschen Kameradschafts- und NPD-Strukturen betreibt. Die antifaschistische Zeitung LOTTA beschreibt Redeker in ihrer Ausgabe #49 als einen »Macher der Naziskinheadszene. (...) Redeker zeichnet etwas aus, was dem Großteil seiner Szene fremd ist: soziale Kompetenz. Er bringt kraft seiner Autorität die Leute an einen Tisch, moderiert Konflikte und kümmert sich um die, die er väterlich ›seine Jungs‹ nennt.« Seit einiger Zeit bemüht sich Redeker, so LOTTA, in Ludwigshafen »eine Kneipe oder Diskothek zu pachten, um einen weiteren Treffpunkt für die Szene aufzubauen für Veranstaltungen, Konzerte und Kampfsporttrainings.«(sic)

Erst Ende 2011 geriet Redeker im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen das mutmaßliche Umfeld des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in den polizeilichen und medialen Fokus. Er soll, so berichteten Medien, unter anderem Schießtraining deutscher Kameraden im Ausland organisiert haben.

Sven Krüger und die Hammerskins Mecklenburg

Das westliche Mecklenburg ist ein weiterer Kristallisationspunkt deutscher Hammerskins. Im abgelegenen Örtchen Jamel, wo Neonazis aus Kreisen der Hammerskins mehrere Häuser besitzen, und in Grevesmühlen, wo die Hammerskins seit 2010 ein »Thinghaus« unterhalten, bieten sich ihnen enorme Freiräume für Partys, Sommerfeste, Konzerte oder interne Treffen. Angeführt wird das Mecklenburger Chapter vom Schweriner Gunter B. und Sven Krüger (»Obst«) aus Jamel. Bereits im Jahr 2003 hatte die Polizei ein Ermittlungsverfahren wegen Bildung einer bewaffnete Gruppe gegen eine ca. 20-köpfige Neonazigruppe eingeleitet, die in einem Wald bei Jamel Wehrsportübungen durchgeführt hatte. Die Polizei stellte unter anderem Übungshandgranaten sicher. Unter den Teilnehmenden befanden sich Sven Krüger und Benjamin D., heute eine Führungsperson der Berliner Hammerskins.

Später war Sven Krüger Mitglied des NPD-Landesvorstands und als Kommunalpolitiker für die Partei im Kreistag tätig. Dass das Hammerskin-Thinghaus in Grevesmühlen die Bürgerbüros der NPD-Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs und des NPD-Landeschefs Stefan Köster beherbergte, macht die Nähe der NPD zu den Hammerskins in Mecklenburg Vorpommern offenkundig. Mittlerweile sitzt der Bauunternehmer Krüger wegen Hehlerei und illegalem Waffenbesitz in Haft. Er wird von seiner »Hammerskin-Bruderschaft« unter anderem durch den Verkauf einer Rechtsrock-Soli-CD unterstützt.

Thomas Gerlach und die Hammerskins Sachsen

Den Hammerskins Sachsen gilt ein besonderes Augenmerk. Schon in den 1990er Jahren machte sich das Chapter zum Protagonisten des Untergrundkampfes unter dem Label von Combat 18. Sprecher der sächsischen Hammerskins war zu dieser Zeit Mirko Hesse, der später als V-Mann des Verfassungsschutzes enttarnt werden sollte.

Während sich die Ermittlungen im UnterstützerInnen-Umfeld des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) auf die Strukturen von Blood & Honour konzentrieren, gerät zu leicht aus dem Blick, dass mutmaßliche Helfer des untergetauchten Trios Uwe Mundlos, Beate Zschäpe und Uwe Böhnhardt dem Kreis der sächsischen Hammerskins offenkundig sehr nahe standen. So zum Beispiel Michael Probst aus Limbach-Oberfrohna und Andrè Eminger aus Zwickau.

Das heutige Chapter Sachsen wird angeführt von Thomas (»Ace«) Gerlach

3| Als Patch wird ein aufnähbares Hammerskin Emblem bezeichnet.
4| Europas Neonazis feiern sich selbst, Frankfurter Rundschau, 4.11.2012
5| In England, Frankreich, Spanien, Ungarn, Italien, Portugal, Schweiz, Schweden, Luxemburg
6| Acht Chapter existieren in den USA und eins in Australien.
7| In Brasilien, Kanada, Australien, Frankreich, Deutschland, Italien, Moskau, Portugal, Spanien, Schweiz
8| Vgl. AIB Nr. 96: »Soundtrack zum Rassenkrieg«
9| Vgl. http://gamma.noblogs.org/archives/1221, Carina Boos: »Schützt der Verfassungsschutz die Hammerskins?«

(Meuselwitz), Maik Scheffler (Delitzsch), Stefan W. (Schkeuditz) und dem in Cottbus wohnenden Christian K.. Scheffler und Gerlach sind seit Jahren Multiaktivisten der Szene. Während Scheffler für die NPD ins Kommunalparlament einzog und zum Mitglied des Landesvorstandes in Sachsen aufstieg, war Gerlach »Organisationsleiter« des neonazistischen »Kampfbundes Deutscher Sozialisten« (KDS). Beide schufen 2007 das Freie Netz, das nach Vorbild des Aktionsbüros Rhein-Neckar die Aktivitäten regionaler Kameradschaften verknüpft. Zu dieser Zeit zogen Neonazis aus dem Kreis von Gerlach nach Zwickau und bauten dort die Kameradschaft Nationale Sozialisten Zwickau auf, der auch Andrè Eminger angehört haben soll. Im Jahr 2005 wurde ein neonazistisches Forum gehackt, in dem Thomas Gerlach mit dem Passwort »struck-mandy« eingeloggt war. Jene Mandy Struck, damals wohnhaft in Chemnitz, erbrachte über Jahre Unterstützungsleistungen für die untergetauchten Zschäpe, Böhnhardt, Mundlos.

Kommen und Gehen

Tatsächlich: Das Bild der Hammerskins in der deutschen Neonaziszene hat sich gewandelt. Das früher recht abgeschottete und auf elitären Gestus bedachte Netzwerk ist erfahrbarer und zugänglicher geworden. Dadurch, dass Hammerskins mancherorts Personal und Rechtsrock-Unternehmen zerschlagener Blood & Honour-Strukturen übernahmen, bzw. dass Blood & Honour mancherorts keine Konkurrenz mehr stellt, ist das Netzwerk vor allem kommerziell gewachsen.

Die zuweilen engen Verbindungen zwischen Hammerskins und der NPD lassen sich nicht nur anhand der Personen Maik Scheffler und Sven Krüger nachvollziehen. Division Germania-Frontmann Andreas Koroschetz kandidierte zur Bundestagswahl im Wahlkreis Mönchengladbach für die NPD. Das Chapter Württemberg rekrutiert seit Jahren als Prospects vornehmlich Personen aus dem Kreis der Kameradschaften und der Jungen Nationaldemokraten. In Hessen ist es Timo Neubert aus Michelstadt (Odenwaldkreis), der seit 2011 mit der Hammerskin-Symbolik auftritt und von 2009 bis 2012 im hessischen Landesvorstand der Jungen Nationaldemokraten saß. Dies wirft Fragen danach auf, welche Priorität die Zugehörigkeit zur »Hammerskin-Nation« für Einzelne hat: Sind es nun Hammerskins, die sich »nebenbei« bemühen, Strukturen der NPD und der JN zu vereinnahmen und dabei Interessen der Hammerskins verfolgen? Oder sind es Aktivisten von JN und Kameradschaften, die den Anschluss an die Hammerskins als persönlichen Aufstieg in die »Elite«, in die Liga der »ganz Harten«, wahrnehmen, der Partei jedoch weiterhin verbunden sind? Das sich die Zugehörigkeit zur »Bruderschaft« der Hammerskins mit einem politischen Aktionsfeld in der NPD offenbar problemlos verbinden lässt, zeigt die Person Malte Redeker, welche seit vielen Jahren auf Demonstrationen und Kundgebungen der NPD zu finden ist.

Die Hammerskins sind integrationsfähiger geworden, verlieren darüber aber an Bindungskraft. Einige Member und PotN, die sich noch vor kurzer Zeit beispielsweise in ihren Facebook-Profilen mit der Hammerskin- oder Crew 38-Symbolik profilierten, haben die »Bruderschaft« offensichtlich wieder verlassen. Das mag damit zusammenhängen, dass einige den Anforderungen nicht gewachsen waren. Und auch damit, dass mancher enttäuscht festgestellt haben mag, dass die Aktivitäten vieler Chapter vornehmlich auf Musikkommerz ausgerichtet sind, der für die »Macher« umso einträglicher ist, wenn die Hangarounds und die PotN nach den Events unentgeltlich die Toiletten putzen.

Das internationale Netz

In Europa sind neben dem deutschen noch neun weitere Hammerskin-Chapter[5] bekannt, ebenfalls neun bestehen in Übersee[6]. Während die Hammerskins in Ungarn, Luxemburg und →

[1] Unterwegs mit dem »Hammerskin-Mobil«: Britische Hammerskins auf einem Neonazi-Festival 2007. Quelle: MySpace

[2] Malte Redeker (links) aus Ludwigshafen und Thomas Gerlach (Mitte) aus Meuselwitz sind führende Personen der Chapter »Westmark« und Sachsen. Rechts der Cottbusser Hammerskin Christian K.

[3] Sebastian Allwardt aus Bremen (links) und Tony Gentsch aus Toepen (Oberfranken) sind Exponenten der Hammerskin-Chapter in Bremen und Franken.

[4] Das »Thinghaus« des Neonazis Sven Krüger ist Treffpunkt der deutschen Hammerskins.

[1]

[2]

[1] Das Foto des Besuches eines Waffenlagers findet sich im Fotoalbum »Hammerfest Budapest 18.10.08« eines Angehörigen der Hammerskins Westmark. Das »European Hammerfest« ist alljährlich Treffpunkt europäischer Hammerskins und fand im Oktober 2008 in Budapest statt.

[2] Malte Redeker aus Ludwigshafen (im Vordergrund mit dunkler Jacke) ist eine führende Person der deutschen Hammerskins, hier auf einem Neonazi-Aufmarsch 2009.

→ Schweden jeweils lediglich über eine Hand voll Leute verfügen, sind die Schweizer Hammerskins seit vielen Jahren eine führende Kraft der nationalen Neonaziszene. Auch die Chapter in Frankreich, Italien und Portugal haben sich etabliert und die Taktzahl ihrer Aktivitäten in den vergangen Jahren erhöht. Crew 38-Gruppen sind in mindestens zehn Ländern aktiv.[7] Die osteuropäischen Länder stellen einen Sonderfall und wohl auch einen Streitfall in der internationalen »Hammerskin-Nation« dar. So tritt eine russsische Neonazigruppe als Crew 38 Moskau und als Outlaw Hammerskins (OHS) auf, obgleich insbesondere die deutschen Hammerskins vor Jahren schon festlegten, dass es keine Hammerskin-Chapter in osteuropäischen Ländern geben dürfe, deren »slawische« Einwohner_innen als minderwertig erachtet werden. Ein zeitweise existierendes Chapter »Böhmen« musste wieder aufgelöst werden.

Der Hammerskin-Untergrund

Jenseits des Rechtsrock-Business, dass einige deutsche Hammerskins professionell betreiben, war die »Hammerskin-Nation« immer auch Sprachrohr und Kristallisationsort für bewaffneten Kampf und tödliche Gewalt: Schießübungen deutscher Hammerskins u.a. in der Schweiz und in den USA, Waffen, die schon in den 1990er Jahren über Hammerskin-Verbindungslinien von der Schweiz an deutsche Neonazis gelangten, die Wehrsportgruppe um Sven Krüger in Mecklenburg, sowie die Nähe mutmaßlicher NSU-UnterstützerInnen zu Hammerskin-Kreisen sprechen eine deutliche Sprache.

Am 5. August 2012 stürmte der Neonazi Wade Michael Page in Oak Creek in Wisconsin (USA) einen Sikh-Tempel und erschoss in einem rassistischen Blutrausch sechs Menschen, bevor er von der Polizei getötet wurde.[8] Der 40-jährige Page war Mitglied der US-amerikanischen Confederate Hammerskins (CHS). Gerade in der Schweiz und in Italien (s. S. 27) treten Hammerskins seit Jahren überaus gewalttätig auf.

Aus Kreisen der Dortmunder Band Oidoxie wurde 2011 über ein Gespräch berichtet, das deutsche Combat 18-Angehörige mit einer Führungsperson der Hammerskins Westmark geführt hatten. Vorausgegangen waren Machtkämpfe zwischen Combat 18-Anhängern und Hammerskins u.a. in der Schweiz, die zunehmend eskaliert waren und zu einem Hausverbot von Combat 18 auf Hammerskin-Events geführt hätten. In dem Treffen, so berichten die Neonazis, sei es gelungen die Spannungen abzubauen, das Verbot der Konzertbesuche aufzuheben und es sei eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Hammerskins und Combat 18 in Deutschland vereinbart worden.

Hammerskin-Nation und Verfassungsschutz

In den Berichten der Verfassungsschutz-Ämter werden die Hammerskins meist nur beiläufig erwähnt. Beispielsweise weiß das Bundesland Baden-Württemberg über »seine« Chapter Württemberg und Baden gar nichts zu berichten, obgleich vom Chapter Baden alljährlich Konzerte und Treffen organisiert werden.

Dabei dürften auch Strukturen der Hammerskins von Informanten der Verfassungsschutzbehörden mit aufgebaut worden sein. Zwei Fälle aus Sachsen wurden bereits bekannt: Der Gründer der Hammerskins Sachsen (SHS), Mirko Hesse, diente in den 1990er Jahren als Informant des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV). Als Mitglied der Crew 38 gab sich Thomas Richter aus Leipzig in den vergangenen Jahren gegenüber seinem Umfeld zu erkennen. Richter sorgte jüngst für Schlagzeilen, da er früher direkte Kontakte zum späteren NSU-Trio hatte. In dem Zusammenhang kaum noch erstaunlich: Auch Richter soll als Informant »Corelli« vom BfV geführt worden sein.

Das mag erklären, warum die Hammerskins seit Jahren an der langen Leine laufen. Dabei könnten sie schon längst Geschichte sein. Als im September 2000 das Netzwerk Blood & Honour in Deutschland verboten wurde, war ursprünglich geplant gewesen, zeitgleich die Hammerskins zu verbieten. Die Sicherheitsbehörden sträubten sich. Den Hammerskins mangele es an Relavanz, so ein Argument, und das Bundesamt für Verfassungsschutz sah sich außerstande, ein Verbot der Hammerskins in die Wege zu leiten.[9] ■

Die Kultur der Klingen

Neonazi-Mordversuch in Mailand

[1] Informationsstand von »Lealtà-Azione« in Mailand im Feburar 2012.

Björn Resener

Sonntag, der 2. Dezember 2012, am Mailänder Hauptbahnhof: Als Stefano Z. aus der Metro steigt, trifft er auf zwei Neonazis. Der aktive Antifaschist erkennt sie an den Symbolen, die sie an ihrer Kleidung tragen. Es kommt zu Beleidigungen und einem Handgemenge. Plötzlich merkt der 35-jährige, dass er stark blutet. Mindestens einer der Neonaziskinheads hat mehrfach mit einem Messer auf ihn eingestochen. Im Krankenhaus San Paolo wurde der Verletzte sofort operiert. Dort mussten Blutungen gestoppt und Muskelstränge genäht werden. Zum Glück waren keine lebenswichtigen Organe betroffen. Die Ärzte sagten, der Stich in die Schulter hätte nur knapp eine Arterie verfehlt. Gegenüber der Polizei verweigert der Antifaschist jede Aussage. Aber FreundInnen erzählte er, die Messerstecher seien dem Umfeld der »Hammerskins« zuzuordnen. Als Reaktion auf den Mordversuch griffen etwa 100 AntifaschistInnen noch in der selben Nacht den Treffpunkt von »Lealtà-Azione« an.

Wölfe im Wolfspelz

»Lealtà-Azione« ist ein offiziell registrierter Kulturverein. Das Vereinslogo zeigt einen Wolf und das römische Kurzschwert »Gladio«. Ihr Mailänder Büro befindet sich seit 2010 in einem Gebäude in der Viale Brianza. Es gehört der Kommune und wurde dem Verein für 3.300 Euro pro Jahr vermietet. Ein Spottpreis für den 44 m² großen Laden im Zentrum der Stadt. Der Mietvertrag mit der Firma ALER, die den kommunalen Immobilienbestand der Stadt Mailand verwaltet, unterzeichnete Norberto Scordo.

Der heute 37-jährige musste 2008 für sechs Monate in Haft, weil er im selben Jahr an einem gemeinschaftlichen Überfall auf eine Gruppe von Punks beteiligt war. Erstmals wurde er bereits 1992 festgenommen, nachdem er und fünf andere Neonazis zwei BesucherInnen des Sozialen Zentrums »Leoncavallo« mit Hämmern schwer verletzt hatten. Der Journalist Sandro De Riccardis bezeichnete ihn 2008 in der Tageszeitung »Repubblica« als Chef der »Hammerskins«, einer elitären und sektenähnlichen Neonazi-Struktur.

Stefano Del Miglio, der Sprecher von »Lealtà-Azione«, firmierte noch 2009 auf einer Presseerklärung namentlich für die »Hammerskins Italia«. Auch er beteiligte sich in der Vergangenheit an brutalen Übergriffen auf Andersdenkende. Gemeinsam mit Neonazis aus dem »Skinhouse Milano« in Bollate attackierte er im August 2004 eine Gruppe alternativer Jugendlicher im Mailänder Stadtteil Ticinese mit Messern. Sechs Menschen wurden verletzt, einer davon schwer.

Etwas Kreide gefressen

Am Tag nach den Ereignissen am Mailänder Hauptbahnhof erklärte Stefano Del Miglio öffentlich, dass »Lealtà-Azione« nichts mit der Auseinandersetzung zu tun hätte. Kurz darauf stellte sich einer der Täter bei der Polizei. Der 17-jährige behauptet, allein und in Notwehr gehandelt zu haben. Er sympathisiere zwar mit der Rechten, wäre aber nicht organisiert. Trotzdem steht ihm ausgerechnet Antonio Radaelli als Rechtsbeistand zur Seite. Der Anwalt war noch im letzten Jahr als Veranstaltungsreferent von »Lealtà-Azione« in Erscheinung getreten.

Die Kaltblütigkeit, mit der die beiden Neonazis aus dem Umfeld der »Hammerskins« zum Messer griffen, erinnert an den Mord an Davide »Dax« Cesare. Dieser wurde am 16. März 2003 auf die gleiche Weise attackiert und überlebte die Messerstiche nicht. Im März 2013 findet im Gedenken an »Dax« eine antifaschistische Demonstration in Mailand statt, zu der überregional mobilisiert wird. Der Mordversuch in der Metro verdeutlicht, dass das Thema rechte Gewalt auch zehn Jahre nach dem Mord keinesfalls an Aktualität verloren hat. ■

Neonazis beim Fußball

Am Beispiel Braunschweig

Dass es in deutschen Fankurven Neonazis gibt, ist eigentlich keine neue Erkenntnis. Die Tatsache jedoch, dass sie heute in den Stadien deutlich weniger präsent sind als noch in den 1990ern, hat zwischenzeitlich bei nicht wenigen zu der irrigen Annahme geführt, es gäbe hierzulande überhaupt kein nennenswertes Problem mehr mit Neonazis im Fußball. In den letzten Monaten seit Ende der Sommerpause allerdings haben sich die Vorfälle mit eindeutig rechtem bis extrem rechtem Hintergrund derart gehäuft, dass selbst die »Sport Bild« von »Nazi-Angst im deutschen Fussball« spricht.

Jan Tölva

Anders als in der Vergangenheit geriet dabei nicht so sehr der Osten, sondern viel mehr der Westen der Republik ins Blickfeld. Dabei lag mit Aachen, Dortmund und Duisburg der Schwerpunkt vor allem auf Nordrhein-Westfalen – nicht ganz zufällig auch einer der Organisationsschwerpunkte der »Autonomen Nationalisten«, doch Berichte über ein Erstarken extrem rechter Gruppen in den Fankurven kamen auch aus Karlsruhe und von 1860 München. Besonders in den Fokus geriet jedoch die Eintracht aus Braunschweig, nachdem dort Anfang Oktober die Initiative gegen rechte (Hooligan-)Strukturen eine Broschüre namens »kurvenlage« veröffentlicht und in dieser zahlreiche personelle Verflechtungen zwischen Teilen der Braunschweiger Fanszene und regionalen Neonazistrukturen angeprangert hatte.

Für Kenner_innen der Szene ist das jedoch keineswegs überraschend. Rechte Hooliganstrukturen mit personellen Überschneidungen zur organisierten Neonaziszene sind bei der Eintracht seit über 30 Jahren fester Bestandteil der Fanszene, und das östliche Niedersachsen als Ganzes hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten zu einer Region mit auffallend hoher Präsenz von rechten Kameradschaftsstrukturen entwickelt. Selbst ein Sprecher der Polizei sprach in einem Interview mit dem NDR davon, dass fast alles, was in der Broschüre zu lesen war, der Behörde seit langem bekannt sei, ebenso wie die Tatsache, dass es in der Braunschweiger Fanszene etwa 20 bis 30 Angehörige der rechten Szene gäbe. Interessanterweise sprach Eintracht-Geschäftsführer Soeren Oliver Voigt ebenfalls gegenüber dem NDR von lediglich »maximal fünf, sechs, sieben Personen«. Der Verdacht liegt nahe, dass der Verein das Problem entweder unterschätzt oder aber kleinreden will.

Dass es ein Problem gibt, daran kann nach Lektüre der »kurvenlage«-Broschüre kein Zweifel bestehen. Über ein halbes Dutzend Fangruppierungen werden darin genannt und mehr als 20 Personen werden Verbindungen zur Neonaziszene nachgewiesen. Darüber hinaus werden für den Zeitraum seit 2007 mehr als 40 Vorfälle vom Rufen von Neonaziparolen über Einschüchterungsversuche bis hin zu körperlichen Angriffen auf Migrant_innen und Andersdenkende aufgelistet. Die Gruppennamen, die dabei fallen, sind immer wieder dieselben. Wo in der Braunschweiger Kurve das Problem zu suchen ist, lässt sich also eigentlich relativ genau lokalisieren.

Einer der zentralen Akteure ist die Hooligangruppierung »Alte Kameraden«, die bereits seit 1981 existiert. Oft fällt dabei der Name Martin Kiese, der in der Vergangenheit nicht nur als Eintracht-Hooligan, sondern auch als Ortsgruppenführer der neonazistischen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) aufgefallen war. Zum Umfeld der Gruppe soll auch Oliver Malina gehören, der dem Neonazinetzwerk »Honour & Pride« zugerechnet wird. Malina war es nach Angaben der Initiative auch, der am 23. Mai 2009 als Veranstalter eines Rechtsrockkon-

[1]

Oliver Malina mit „Honour & Pride" T-Shirt (Bildmitte) zusammen mit anderen Mitgliedern der Alten Kameraden (Foto: Internet)

Foto: Initiative gegen rechte (Hooligan-) Strukturen

[1] Faksimilie »Kurvenlage«: Der Veranstalter von RechtsRock-Konzerten Oliver Malina posiert mit rechten Hooligans aus Braunschweig.

zertes in Schmedenstedt im Landkreis Peine in Erscheinung trat. Bei dem Konzert, auf dem unter anderem »Section 88« aus England auftraten, wurden auch mehrere Mitglieder der »Alten Kameraden« gesichtet.

Ebenfalls dem rechten Hooliganspektrum zuzurechnen ist die 2007 gegründete Gruppe »Kategorie Braunschweig«. Bei einem Fanmarsch nach dem Aufstieg in die 2. Bundesliga am 15. April 2011 waren es unter anderem Mitglieder dieser Gruppe, die rechte Parolen wie »Hier marschiert der Nationale Widerstand« anstimmten. Ein besonders auffälliges Mitglied der Gruppe ist Fabian Z., dem mehrere Angriffe auf antifaschistische Fußballfans und alternative Jugendliche zur Last gelegt werden. Im Juli 2011 war er zudem im Urlaub auf Mallorca an einem Angriff auf einen aus Nigeria stammenden Kellner im Lokal »Bierkönig« beteiligt, bei dem dieser schwer verletzt wurde. Doch auch andere Mitglieder der Gruppe fallen immer wieder auf – sei es durch das Zeigen des »Hitlergrußes«, Teilnahme an extrem rechten Demonstrationen oder Angriffen auf nicht-rechte Jugendliche.

Bei anderen Gruppen, wie den »Hornburger Jungs« (HJ) oder den »Nord Power Dogs« (NPD), die mittlerweile im Stadion als »Dogs BS« auftreten, ist die Nähe zur extremen Rechten ebenfalls offensichtlich. So saß etwa Thomas Kupferschmidt von den »Hornburger Jungs« zeitweilig für die NPD im Wolfenbütteler Kreistag und beim letzten Heimspiel gegen den FC St. Pauli trugen Mitglieder der »Dogs BS« – wie sie selbst auf ihrem Blog dokumentieren – eindeutig der rechten Szene zuzuordnende Kleidung. Ein Mensch auf dem Foto trägt eine »Thor Steinar«-Mütze, ein anderer einen »Deutschland gegen St. Pauli«-Schal.

Auch anderswo in der Fankurve wurden an diesem Tag Kleidungsstücke mit rechten Symbolen wie zum Beispiel ein Schal mit »Reichskriegsflagge« gesichtet. Wie es dazu kommen konnte, kann sich Karsten König vom »Fanprojekt Braunschweig« allerdings nicht erklären. Eigentlich ist so etwas auch im Braunschweiger Stadion verboten, erklärt er. Um solchen Vorkommnissen in Zukunft besser begegnen zu können, wurde aber bereits im Sommer beschlossen, die Ordner_innen besser zu schulen und auch die Stadionordnung zu überarbeiten. Ob dabei – wie mittlerweile in vielen Stadien üblich – auch die Marke »Thor Steinar« verboten werden soll, ist noch nicht raus. Alles in allem sieht König den Verein jedoch auf einem guten Weg: »Wir haben hier echt fiese Zeiten gehabt, aber spätestens seit der Einrichtung des Fanprojekts 2007 und der Installierung eines hauptamtlichen Fanbeauftragten hat sich einiges getan.«

In der Tat hat sich in Braunschweig Vieles verändert. Es muss dabei aber auch im Blick behalten werden, dass Braunschweig in der Vergangenheit eine der rechtesten und gewaltbereitesten Szenen des Landes hatte. Im Vergleich dazu sind 20 oder 30 Neonazis wirklich verhältnismäßig wenig. Die Frage, die bleibt, ist jedoch, wieso der Verein, dem sehr wohl bewusst ist, dass es hier um eine enorme Gefahr für sein Image geht, diese offenbar nicht in den Griff bekommt. Am fehlenden Willen scheint es nicht zu liegen, an der Bereitschaft eine klare Linie zu ziehen und auch dazu zu stehen schon eher. Wahrscheinlich hat Vorsänger Thilo Götz es im Interview mit dem Fußballmagazin »11 Freunde« unfreiwillig treffend auf den Punkt gebracht: »Wir stören uns nicht daran, solange diese Leute uns nichts tun.« Es ist halt immer leichter Gewalt zu ignorieren, wenn sie sich gegen andere und nicht gegen eine_n selbst richtet. ■

kurvenlage

Initiative gegen rechte (Hooligan-) Strukturen aus Braunschweig: Hintergrundinfos, Aktionen und Online-Version der Broschüre »kurvenlage« unter nonazisbs.blogsport.de

Bestellungen der Print-Broschüre an: nonazisbs@riseup.de

Der »außerordentliche Burschentag« in Stuttgart

Der »außerordentliche Burschentag« in Stuttgart hat die Dominanz des extrem rechten Flügels in der Deutschen Burschenschaft (DB) bestätigt.

Die Kölner Burschenschaft Wartburg zog frühzeitig die Reißleine. Schon bevor die DB zu ihrem »außerordentlichen Burschentag« (22. bis 25. November in Stuttgart) zusammenkam, erklärte sie offiziell ihren Austritt aus dem Verband. Der »außerordentliche Burschentag« war im Sommer eigens anberaumt worden, um den alten Flügelstreit in der DB, der beim regulären Burschentag Anfang Juni zum offenen Eklat geführt hatte, einem neuen Kompromiss zuzuführen. Angesichts diverser Austrittsdrohungen stand nichts Geringeres als die Zukunft des größten burschenschaftlichen Dachverbandes auf dem Spiel. Dennoch beschlossen die Kölner Wartburg-Burschen, sich die Fahrtkosten und die voraussichtlich quälenden Debatten in Stuttgart zu sparen und die vielleicht letzte Schlacht der DB bereits vorab verloren zu geben – der extrem rechte Flügel dominiere den Dachverband vollkommen und lasse dem konservativen Flügel keinen Spielraum mehr. Wie das Ergebnis des Burschentages zeigte, traf ihre Einschätzung der Verhältnisse ohne Einschränkung zu.

Inhaltlicher Kern der Kompromisssuche, die für den »außerordentlichen Burschentag« vorgesehen war, waren Bemühungen, eine Lösung im Streit um die Aufnahme von Männern mit nichtdeutschen Vorfahren herbeizuführen. In der DB galt die deutsche Abstammung stets als unumstößliches Kriterium für die Mitgliedschaft bis vor einigen Jahren eine kleine Minderheit aus dem Konsens auszuscheren begann. Dem »außerordentlichen Burschentag« lag nun ein Kompromisspapier vor, in dem es hieß, in begründeten Einzelfällen dürften »Bewerber nichtdeutscher Abstammung« eventuell doch in eine Burschenschaft eintreten – allerdings nur »bei vollendeter Assimilation an das deutsche Volk«. Die »Feststellung der Vollendung der Assimilation« könne »bei Aufzunehmenden mit Herkunft aus dem abendländisch-europäischen Kulturkreis« der betreffenden Burschenschaft selbst anheim gestellt werden. Bei denjenigen Bewerbern deren Herkunft »zumindest teilweise außerhalb des abendländisch-europäischen Kulturkreises« liege, sei die »Beurteilung deutlich schwieriger« und müsse daher von einem »Aufnahmerat« zentral geprüft werden. Die Kompromiss-Suche in Stuttgart war jedoch vergeblich: Die Entscheidung in der Sache wurde vertagt, es kam stattdessen zu einem simplen Abstimmungs-Showdown zwischen den beiden Flügeln der DB.

Zunächst wurde Norbert Weidner (Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn) vom Posten des Chefredakteurs der Verbandszeitschrift Burschenschaftliche Blätter entbunden. Weidner hatte die ohnehin rechtslastigen Burschenschaftlichen Blätter noch weiter nach rechts gerückt und sich mit zusätzlichen Provokationen exponiert. Schon Ende 2009 hatte er in die Burschenschaftlichen Blätter etwa ein Gespräch mit dem NPD-Funktionär Arne Schimmer (Burschenschaft Dresdensia-Rugia zu Gießen) aufgenommen. Nachdem Weidners Auffassung Schlagzeilen gemacht hatte, der Nazi-Mord am Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer sei »rein juristisch gerechtfertigt« gewesen. Nachdem er dann auch noch einen Beitrag in die Burschenschaftlichen Blätter aufgenommen hatte, in dem »ein gemeinsames Ringen um Antworten« auf Fragen wie diejenige gefordert wurde, ob man die »Abschaffung des Parteienstaates« und die »Herstellung wirklicher Volksherrschaft« befürworten solle, wurde der Bonner Burschenschafter für den konservativen DB-Flügel endgültig zur Unperson. Er wurde mit rund 100 zu 70 Stimmen abgewählt.

War Weidners Abwahl ein Sieg der Konservativen gegen den Rechtsaußen-Flügel der DB? Auf keinen Fall. Die Rechtsaußen besitzen schon seit

Jahren eine strukturelle Mehrheit im Verband und konnten ihre Stellung aufgrund der zunehmenden Austritte konservativer Bünde zuletzt noch weiter stärken. Von den etwa 100 Burschenschaften, die beim »außerordentlichen Burschentag« noch DB-Mitglied waren, sind 43 in der »Burschenschaftlichen Gemeinschaft« organisiert, der Fraktion des extrem rechten Flügels. Die konservative »Initiative Burschenschaftliche Zukunft« bringt es nur auf rund 25 Bünde. Dabei finden sich in der nicht fraktionsgebundenen »Mitte« der DB Burschenschaften wie die Dresdensia-Rugia zu Gießen oder die Rheinfranken Marburg, unter deren Alten Herren sich teils prominente NPD-Funktionäre befinden. Entsprechend war Weidner im Juni noch in seinem Amt bestätigt worden. Dass er in Stuttgart nun abgewählt wurde, war lediglich ein Zugeständnis der extremen Rechten, um den drohenden sofortigen Austritt einiger konservativer Bünde abzuwenden.

Dafür wurde mit der Burschenschaft Teutonia Wien ein Bund zur neuen Vorsitzenden Burschenschaft gewählt, der mit Weidners Raczeks in einer Art Mini-Fraktion (»Ostdeutsches Kartell«) zusammengeschlossen ist. Die Teutonia Wien gilt als eine der rechtesten Burschenschaften überhaupt. In den 1990ern hatte sie Kontakte zur österreichischen Neonaziszene wie etwa zu Gottfried Küssel. Ihr Mitglied Jan Ackermeier (auch in der Burschenschaft Normannia-Nibelungen zu Bielefeld aktiv) wurde im Herbst 2010 von seinem damaligen Arbeitgeber, dem FPÖ-Nationalratsabgeordneten Harald Stefan, aus politischen Gründen gefeuert: Selbst diesem, einem Alten Herrn der Burschenschaft Olympia Wien, ging es zu weit, dass Ackermeier für die »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland« tätig war und in Österreich Neonazi-Treffen organisierte. Die Wiener Teutonia stellt übrigens auch den Pressereferenten der DB – den Verlagsleiter und Redakteur der österreichischen Wochenzeitung »Zur Zeit«, Walter Tributsch.

»Zur Zeit« ist eine Art Pendant zum deutschen Rechtsaußen-Blatt »Junge Freiheit«, aus dessen Autorenstamm mit Michael Paulwitz der künftige Chefredakteur der Burschenschaftlichen Blätter kommt. Paulwitz (Burschenschaft Normannia Heidelberg) ist Landesvorstandsmitglied der »Republikaner« in Baden-Württemberg und hat gemeinsam mit Götz Kubitschek eine Schrift über »Ausländergewalt in Deutschland« verfasst, die in der »Edition Antaios« des »Instituts für Staatspolitik« erschienen ist. Paulwitz wird vielleicht in seiner neuen Funktion auf die eine oder andere Provokation verzichten, die Weidner sich noch leistete; der klare Rechtskurs wird der Verbandszeitschrift jedoch wohl erhalten bleiben. Insofern ist es nur konsequent, dass kurz nach dem »außerordentlichen Burschentag« die Austritte konservativer Bünde weitergingen: Als erste verließen die Burschenschaften Arminia zu Hannover und Hilaritas Stuttgart die DB. Am Ende der Entwicklung wird wohl ein Dachverband stehen, der, sofern er finanziell noch zu halten ist, aus ca. 80 Rechtsaußen-Bünden besteht und politisch nicht mehr auf konservative Burschenschafter in sensiblen Führungspositionen Rücksicht nehmen muss – Burschenschafter wie Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (Münchener Burschenschaft Franco-Bavaria) oder Hans-Peter Uhl (Münchener Burschenschaft Arminia-Rhenania, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfration). ■

[1] Etwa 100 deutsche Neonazis wurden im August 1994 bei einer Aktion zum 7. Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß in Luxembourg-Stadt festgenommen. Im Bild links mit »Kühnengruß«: Der damalige FAP-Aktivist Norbert Weidner wird von luxembourgischen Polizeibeamten zur Abschiebung gebracht.

[2] Burschentag der Deutschen Burschenschaft im Juni 2000 in Eisenach. Norbert Weidner (Mitte) beim Festakt in der Eisenacher Sporthalle.

Antifa heißt (auch) Feminismus!

Interview mit den Herausgeber_innen des Buches »FANTIFA – Feministische Perspektiven antifaschistischer Politiken«

Stellt euch doch kurz einmal vor.
Unser Herausgeber_innenkollektiv besteht aus fünf Menschen: zwei Männern und drei Frauen aus Sachsen, Bremen, Berlin und NRW mit verschiedenen politischen Schwerpunkten. Die einen bewegen sich hauptsächlich in antifaschistischen Zusammenhängen, die anderen überwiegend in feministischen oder antirassistischen; die einen arbeiten eher aktionistisch, die anderen eher publizistisch. Uns alle eint aber das Wissen um die Notwendigkeit antifaschistischer Arbeit sowie einer antisexistischen Perspektive - und die Idee, dazu ein Buch zu veröffentlichen.

Wie kommt es denn dazu, dass ihr euch als gemischtgeschlechtlicher Zusammenhang der Fantifa widmet?
Tatsächlich haben wir uns auch gefragt, ob es eventuell irritierend wirken könnte, wenn wir uns so einem Thema, das sich hauptsächlich mit feministischer autonomer Organisierung beschäftigt, in dieser Konstellation widmen. Wir denken aber, dass Diskussionen um Geschlechterverhältnisse, dass Antisexismus nicht allein Sache derer sein kann, die benachteiligt werden. Wir sind der Ansicht, dass herrschende Geschlechterverhältnisse letztlich nur gemeinsam abgeschafft werden können und sind gleichzeitig der Auffassung, dass gerade männliche Interventionen viel zu selten sind. Wir denken, dass feministische »Separation« ebenso sinnvoll ist wie geschlechterübergreifende Debatten und Auseinandersetzungen. Darum gilt es auch männliche antisexistische Perspektiven zu thematisieren. Deswegen haben wir uns entschlossen, diesen Perspektiven nicht nur ein Kapitel zu widmen, sondern das Buch gemeinsam herauszugeben.

War das für euch die alleinige Motivation oder gab es noch andere Gründe, die zu diesem Projekt geführt haben?
Nein, das war nicht unsere alleinige Motivation. Mit dem Buch verfolgen wir zwei zentrale Stränge. Zum einen ist es uns wichtig, die »eigene« antifaschistische Geschichtsschreibung zu erweitern. Es gibt einige Bücher über die Entstehung und Praxis der autonomen Bewegung. Unter AA/BO können sich viele noch etwas vorstellen und auch über andere Organisierungsansätze lassen sich heute noch viele Texte nachlesen und unter anderem daran die Entstehung und Weiterentwicklung der Antifa-Szene nachvollziehen. Im Zusammenhang mit unseren Debatten über antisexistische Perspektiven in der Antifa sind wir dann auf viele »Leerstellen« gestoßen. Manche von uns erinnerten sich noch an aktive Fantifa-Gruppen aus den 1990er Jahren und wir waren uns schnell einig, dass diesen Gruppen, auch in neueren Publikationen, wenig bis gar keine Aufmerksamkeit geschenkt wird. Das wollten wir mit unserem Projekt ändern. Uns war und ist es dabei wichtig, diese »Leerstelle« antifaschistischer Geschichtsschreibung dabei nicht von außen zu bewerten und Recherchen vorzustellen, sondern gerade die in dieser Szene ehemals oder noch Aktiven selbst zu Wort kommen zu lassen. Das haben wir mit einer Vielzahl an Interviews mit Gruppen bzw. Einzelpersonen aus vielen Regionen der BRD, aber auch mit Aktivist_innen aus Österreich und der Schweiz, umsetzen können. Ergänzt werden diese Einschätzungen durch einige Originaldokumente wie Flugblätter und einer Auswahl an Texten. Natürlich ist unsere Auswahl dabei nicht allumfassend. Wir denken aber schon, dass sie die Möglichkeit bietet, einen Einblick in damals und zu einem großen Anteil auch heute wichtige Debatten zu erhalten. Für heutige Debatten erscheint uns das sehr wichtig, weil wir – nicht erst in unseren Recherchen – den Eindruck gewannen,

dass vieles an der damals formulierten Kritik immer noch Berechtigung hat und noch lange nicht umgesetzt wurde. Den von Fantifa-Gruppen formulierten Anspruch, Feminismus und Antifaschismus gemeinsam zu denken und daraus eine antisexistische Praxis zu entwickeln, wollen wir mit unserem Buch auch in die jetzt aktive Szene tragen.

Was waren denn die Motive zur Gründung von Fantifa-Gruppen und welche inhaltlichen Schwerpunkte wurden in der Arbeit gesetzt?

Die Motive selbst sind von der inhaltlichen Schwerpunktsetzung vieler Fantifa-Gruppen nicht zu trennen bzw. ergeben sich aus diesen. Feministische oder Frauen-Antifa-Gruppen setzten sich auf zwei Ebenen mit Feminismus auseinander. Zum Einen wurde innerhalb von Antifa-Strukturen die Kritik von Frauen an patriarchalem Redeverhalten, Sexismus, Machoverhalten, selbstbezogener Militanz und mangelnder Reflexion der Männer lauter. Zum Anderen wurden vermehrt auch Frauen als (Mit-)Täterinnen im NS und in der gegenwärtigen extremen Rechten in den Fokus gerückt. Gleichzeitig wurde der Blick aber auch auf andere Themen gerichtet und Fantifa-Gruppen verhielten sich bzw. entwickelten Analysen zu Gen- und Reproduktionstechnologien, der Situation von Frauen im Trikont und zu Rassismus. Es ging also auch um die Schnittstellen von verschiedenen Unterdrückungsverhältnissen und um konkrete Unterstützung von (regionalen) Frauenkämpfen, z.B. Aktivitäten für von Schließung betroffener Frauenhäuser. Diese Auseinandersetzungen innerhalb feministischer Zusammenhänge fanden ihren Ausdruck auch auf der Straße und in der Suche nach eigenständigen Organisationsansätzen. Bereits 1985 versuchten Aktivistinnen in Norddeutschland ein eigenes Frauen Antifa-Treffen einzurichten. Doch erst Ende der 1980er/ Anfang der 1990er Jahre gründeten sich in mehreren Städten Frauen-Antifa- oder feministische Antifa-Gruppen, die sich auch bundesweit vernetzten. So fanden zwischen 1990 und 1999 mehr als ein Dutzend bundesweiter Treffen statt und zeitweise existierten, wie im Jahr 1993, bundesweit 25 Gruppen. In dieser Zeit gab es dementsprechend auch auf Antifa-Demos immer häufiger Frauenblöcke oder es wurden gleich eigenständige antifaschistische Frauendemos und -kongresse organisiert.

Feministische Antifa-Gruppen gibt es auch weiterhin. Welche Unterschiede seht ihr zwischen der Fantifa-Bewegung der 1980er/90er Jahre und der heutigen?

Zunächst einmal muss festgestellt werden, dass auch die Fantifa-Bewegung der 1980er/90er Jahre kein abgeschlossenes Projekt war. Speziell in dieser Zeit ist aber wohl die Tatsache, dass über eine bundesweite Vernetzung ein gemeinsamer Ausdruck aller Gruppen gefunden werden konnte. Selbstverständlich gab es jedoch auch innerhalb dessen, je nach regionaler bzw. inhaltlicher Schwerpunktsetzung, unterschiedlichste Aktionsräume. D.h., dass manche einen aktionistischen Schwerpunkt hatten, während andere vorwiegend inhaltliche Auseinandersetzungen geführt haben. Insofern beleuchten wir in unserem Buch auch einige Entwicklungen von Akteurinnen aus der Fantifa-Bewegung. Ein heute noch aktives Beispiel dafür wäre wohl das »Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus«. Hier wurden spezifische Inhalte der Fantifa-Bewegung aufgegriffen, z.B. die Sichtbarmachung extrem rechter Funktionsträgerinnen. Aber auch ein Feminismusverständnis, das Frauen nicht ausschließlich als ›Unterdrückte‹ sondern ebenso als aktiv und verantwortlich Handelnde wahrnahm und diese in Beziehung gesetzt hat zum Spannungsfeld und dem Zusammenspiel unterschiedlicher Dominanzverhältnisse wie Androzentrismus/Sexismus, Rassismen und Nationalismus. Somit konnten Diskussionen aus der Fantifa-Bewegung theoretisch bzw. wissenschaftlich eingeordnet und auch auf anderer Ebene verfestigt werden.

Bezogen auf den gemeinsamen Ausdruck einer Bewegung finden aktuelle feministische Antifa-Gruppen hier tatsächlich sehr veränderte Bedingungen vor. Das Auseinanderdriften unterschiedlicher politischer Positionen fand einen Niederschlag auch in immer weiter ausdifferenzierten Organisierungsansätzen, was einen gemeinsamen Ausdruck über den »eigenen Kreis« hinaus nur noch schwerlich realisieren lässt. Ebenso änderten sich mit dem Einzug queerer Theorien in feministische Diskussionen auch die Debatten in linksradikalen Zusammenhängen. Unter den Voraussetzungen des Konstruktionscharakters von Geschlecht wurde in Frage gestellt, ob sich Feminismus, wie überwiegend auch die Fantifa-Bewegung der 1980er/90er Jahre, weiterhin positiv auf die Kategorie Frau beziehen kann, weil diese dadurch erst geschlechtlich festgeschrieben wird. Diese Unterscheidung ist zweifellos erst einmal nur eine analytische und beschreibt allenfalls Tendenzen. Denn vielerorts gab und gibt es Versuche, Heteronormativismus und Zweigeschlechtlichkeit zurückzuweisen und gleichsam patriarchale Strukturen anzugreifen. Dennoch bewegen sich heutige feministische Antifa-Gruppen viel eher in genau diesem Spannungsfeld und müssen sich innerhalb dessen verorten. ■

Fantifa
Feministische Perspektiven antifaschistischer Politiken
Reihe Antifaschistische Politik [RAP], Band 5
Verlag Edition Assemblage
ca. 200 Seiten,
ca. 12.80 EUR
ISBN 978-3-942885-30-0

Die Jugo-Connection

Linke in (post-)Jugoslawien unterstützen SolidarnOST: Eine neue Soli-Initiative

Ein Beitrag von SolidarnOst

Das ungekürzte Interview findet ihr auf www.antifainfoblatt.de

Jugoslawien – für viele ein Begriff, mit dem sie die Kriege der 1990er assoziieren. Für manche Linke (vor allem die etwas Älteren) ein Land, das es fast geschafft hatte. Der jugoslawische Arbeiterselbstverwaltungssozialismus schien für viele in der bundesrepublikanischen Linken der 1960er und 1970er einer gerechte(re)n Gesellschaft womöglich näher gekommen zu sein, als sonst ein Modell. Es kam aber anders. Die sozialistische jugoslawische Gesellschaft samt ihrer selbstverwalteten Betriebe[1], wie sie vor Ort genannt wurden – erfuhr im Laufe der 1980er Jahre eine wirtschaftliche und politische Krise, von der sie sich nie erholte und die letztlich zum Zusammenbruch Jugoslawiens führte. Die ideologische sowie von persönlichen Machtinteressen geleitete Auseinandersetzung innerhalb der politischen Eliten in den einzelnen der sechs jugoslawischen Teilrepubliken um die Frage, ob Jugoslawien »mehr oder weniger Staat« bräuchte, ging an den (sozialen) Problemen der Menschen gänzlich vorbei und führte zu einer fast vollständigen Handlungsunfähigkeit des Bundes der Kommunisten als führender politischer Kraft. Doch während sich die Politik als unfähig erwies, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den Griff zu bekommen, war der Versuch einzelner politischer Kreise, von diesen Problemen abzulenken, mehr als erfolgreich: Die Ära des Nationalismus begann. Zunächst in Serbien[2], später in allen anderen Teilen Jugoslawiens, nahmen nationalistische Parolen zu, Publikationen nationalistischen und revisionistischen Inhalts wurden veröffentlicht und große Teile der von der Partei kontrollierten Presse griffen die neuen nationalistischen Deutungen auf. Doch um aus einer nicht nationalistischen Mehrheit der Menschen in Jugoslawien NationalistInnen zu machen, reichte das nicht ganz aus. Ein viel größeres Ausmaß an Gewalt war nötig. Die Kriege, die den Zerfall des jugoslawischen Staates besiegelten[3], erreichten indes zwei wesentliche Ziele: Erstens ermöglichten sie eine schnelle Umverteilung der Ressourcen zugunsten der politischen und wirtschaftlichen Eliten und zu Lasten der Bevölkerung. Zweitens lösten die Kriege einen Ausnahmezustand aus, der die jeweilige »ethnische Gruppe« (zumindest vorläufig und scheinbar) homogenisierte. Zu den Folgen (und eben nicht den Ursachen!) der Kriege gehören somit, neben hunderttausenden Ermordeten und Flüchtlingen, einer dramatischen Zerstörung aller Bereiche der Gesellschaft, auch der Nationalismus sowie eine grundlegende Repatriarchalisierung und Retraditionalisierung der Gesellschaft. Der Nationalismus als Massenphänomen wurde dabei genauso wie die neue wirtschaftliche Ordnung – die »freie Marktwirtschaft« – normalisiert und im Laufe der letzten zwanzig Jahre von wenigen in Frage gestellt. Um eben diese Wenigen geht es uns.

1| Vor Ort »Basisorganisationen assoziierter Arbeit« genannt.
2| Im Rahmen des Bundes der Kommunisten Serbiens.
3| Slowenien 1991; Kroatien 1991–1995; Bosnien-Herzegowina 1992–1995; Kosovo 1998–1999.

Was ist SolidarnOST?

SolidarnOST ist die gemeinsame Kampagne einer kleinen Gruppe von Linken, die entweder bereits in der Vergangenheit Kontakt zu verschiedenen postjugoslawischen Aktivist_innen hatten, selbst aus der Region stammen oder aber auch nur an politischen Fragen im ehemaligen Jugoslawien interessiert sind. Auch im Hinblick auf politische Ausrichtung und Interessen der einzelnen Mitglieder ist SolidarnOST recht vielfältig und reicht von Antifaschismus, LGBTIQ-Politik, antirassistische Fußballfanszene, Häuserkampf, Umwelt- und Alternativbewegung über kritische Wissenschaft und darüber hinaus. Während sich die verschiedenen Schwerpunkte in der Auswahl der Veranstaltungsthemen (Geschichtsrevisionismus, queer-feministische Kämpfe, Nationalismus, Zusammenbruch Jugoslawiens, kapitalistische Umgestaltung Jugoslawiens, Antifaschismus, Fußball und Nationalismus, ...) niederschlagen, bildet die gemeinsame Vorstellung von einer kritischen, undogmatischen, emanzipatorischen Bewegungslinken die politische Grundlage der Gruppenarbeit.

Wie sieht unsere Unterstützung aus?

Die grundlegende Idee der Solidaritätsarbeit von SolidarnOST bewegt sich auf drei Ebenen: 1.) Die direkte Unterstützung von Aktivist_innen, Gruppen und Projekten aus Ex-Jugoslawien, 2.) die Information über die politische Situation im ehemaligen Jugoslawien in der bundesrepublika-

nischen Linken und 3.) das Voneinanderlernen, wechselseitiger Austausch und direkte Vernetzung der Aktivist_innen. Dabei sollen die Ebenen nicht getrennt voneinander stehen, sondern ineinander greifen und sich gegenseitig bedingen.

Die direkte Unterstützung soll Gruppen des ehemaligen Jugoslawiens in ihrer politischen Arbeit und Projekten zur Seite stehen. Dies beinhaltet finanzielle und strukturelle Unterstützung. Dazu wurden 2011 und 2012 verschiedene Infoveranstaltungen in Zusammenarbeit mit lokalen Strukturen organisiert sowie anschließende Solidaritäts-Parties durchgeführt. Das so gesammelte Geld wurde beispielsweise einem Projekt übermittelt über welches 3000 CDs mit antifaschistischer Musik und Inhalt verteilt werden.

Daneben versucht SolidarnOST mit verschiedenen Veranstaltungen wie z.B. Podiumsdiskussionen mit Aktivist_innen aus der Region über die einzelnen Probleme oder die allgemeine politische Situation in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens zu informieren. So fand beispielsweise eine Veranstaltung mit Aktivisten aus Zagreb und eine Veranstaltung mit Roma-Aktivist_innen aus Belgrad statt. Die verschiedenen Info-Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen zielen auf die Vermittlung der Situation von vor Ort an eine bundesrepublikanische Linke.

Daneben muss auch der Aspekt des direkten Austausches zwischen Aktivist_innen aus Ex-Jugoslawien und der BRD gesehen werden. Dabei wird Austausch als eine gemeinsame Diskussion und Prozess verstanden, der auf Verstehen und Lernen von politischen Ansätzen, Erfahrungen und Praxen abzielt. SolidarnOST ist im Rahmen dessen auch ansprechbar für Kontakte zu Leuten, die über verschiedene Themen berichten können sowie für direkten Kontakt zu Aktivist_innen aus der Region.

Ferner sucht die Initiative – etwa mit eigenen Protestaktionen – auf Probleme und Aktionen aufmerksam zu machen, die zwar vordergründig in der Region eine wichtige Rolle spielen, gleichzeitig aber als Teil universell verstandener linker Überzeugungen (Antifaschismus, Antisexismus, Antirassismus etc.) auch in der Bundesrepublik von Belang sind. So wurden beispielsweise im Mai 2012 gemeinsame Kundgebungen in Belgrad (vor dem Obersten Gerichtshof) und in Berlin (vor der Botschaft der Republik Serbien) veranstaltet, die sich gegen die Rehabilitierung des Cetnik-Anführers Draza Mihailovic richteten. Dieser wurde wegen Kollaboration mit der deutschen NS-Besatzungsmacht im Zweiten Weltkrieg nach dem Krieg in Jugoslawien verurteilt und liquidiert. Damit wurden in enger Zusammenarbeit mit den Genoss_innen in Belgrad die nationalen Grenzen überwunden und so der Fall internationalisiert.

Ein Blick in die Zukunft

An die vergangene erfolgreiche Arbeit anknüpfend soll diese in Zukunft vertieft werden. Dazu soll die Internetseite beständiger als bisher aktualisiert werden. Zudem soll SolidarnOST auch in der Region Ex-Jugoslawien bekannter werden.

Weitere Veranstaltungen im Rahmen von SolidarnOST sind bereits geplant und werden mit zusätzlichen Informationen auf unserer Seite im Internet angekündigt. Zudem stehen wir natürlich gerne für Info-Veranstaltungen über die Region zur Verfügung.

Auch wenn Solidarität grundsätzlich eine der Voraussetzungen linker Praxis ist, will SolidarnOST über eine allgemeine Zustimmung hinausgehen und insbesondere den Aktivist_innen im ehemaligen Jugoslawien angesichts der prekären Bedingungen, unter denen sie leben und kämpfen müssen, unter die Arme greifen. Um ihnen mit Rat, Tat und »Vorrat« helfen zu können, werden wir uns weiterhin einsetzen und freuen uns dabei über jede Form von Unterstützung. Wer mitmachen möchte, ist daher herzlich eingeladen, sich mit uns in Verbindung zu setzen. ■

Kontakt:
solidarnost@gmx.de

Weitere Infos unter:
http://solidarnost.tk

Rassistisch und verfassungs(schutz)treu

Zur Debatte um »Salafismus in Deutschland«

Hannah Schultes und Sebastian Friedrich

»JUNG und RADIKAL« lautete der Titel einer Fachtagung der Volkshochschule City West, die am 9. November 2012 in Berlin stattfand. Auf dem Programm stand die Auseinandersetzung mit der »rechtsextremen Szene« und »Salafisten«. »Ohne diese Phänomene unzulässig zu vermischen«, schreiben die Veranstalter_innen im Flyer der Tagung, dränge sich die Frage auf, »warum sich Jugendliche eigentlich von radikalen Gruppen und ihren Ideologien angezogen fühlen«. Die »unzulässige Vermischung« war zwar bereits in der Konzeption der Veranstaltung angelegt, bestätigte sich aber auch inhaltlich in Äußerungen der Teilnehmer des Podiumsgesprächs. Darin wurden vermeintliche Gemeinsamkeiten ausgemacht: ein junges Alter und Misserfolg im »normalen« Leben sowie Ähnlichkeiten in der Männlichkeitsorientierung von »deutschen Rechtradikalen und türkischen deutschlandfeindlichen Jugendlichen«. Auf die Analyse von Strukturen und politischen Positionen wurde insgesamt weitgehend verzichtet. So dominierte eine individualisierende und psychologisierende Betrachtungsweise die Verhandlung des NSU. Im Unterschied dazu driftete die Auseinandersetzung mit dem Salafismus immer wieder in eine allgemeine Diskussion über »die muslimischen Jugendlichen« ab.

Die Podiumsdiskussion illustrierte im Kleinen die vorherrschenden Deutungsmuster und antimuslimischen Effekte der Debatte um den Salafismus, die ihren Höhepunkt zwischen April und Juli 2012 erlebte.[1] Auf die bundesweiten Koranverteilungen durch SalafitInnen und Auseinandersetzungen zwischen Pro NRW und AnhängerInnen des Salafismus in Bonn und Solingen reagierten die Sicherheitsbehörden mit Razzien, Vereinsverboten und Abschiebungen. Medial und politisch wurden unter anderem Hartz IV-Kürzungen für SalafitInnen und eine sechsmonatige Vorratsdatenspeicherung befürwortet.

In die Bekämpfung des »Islamismus« als sogenanntem »dritten Extremismus« fließen beträchtliche Summen. Im Rahmen des Bundesprogramms »Initiative Demokratie stärken«, bekannt auch als »Linksextremismustopf«, wurden im vergangenen Jahr von ca. 2,6 Mio. Euro immerhin ungefähr 1,6 Mio. in Projekte mit Islambezug investiert.[2] Zudem beziehen die Sicherheitsbehörden vorsorglich muslimische Verbände mit ein. So existiert eine »Initiative Sicherheitspartnerschaft – Gemeinsam mit Muslimen für Sicherheit«, eine Kooperation von Sicherheitsbehörden und muslimischen Verbänden, die unter anderem im Juni 2011 einen »Präventionsgipfel« veranstaltete. Ein weiteres Projekt ist die »Beratungsstelle Radikalisierung«. Diese sorgte durch eine Plakatkampagne, die in Form von Postkarten auch an einem der NSU-Tatorte, der Keupstraße in Köln, verbreitet wurde, im August 2012 für Kritik und schließlich für den vorläufigen Rückzug von vier Verbänden aus der Kooperation. Die fiktiven Vermisstenanzeigen auf den Plakaten zeigen Fotos junger Menschen und Texte wie folgenden: »Das ist mein Bruder Hassan. Ich vermisse ihn, denn ich erkenne ihn nicht mehr. Er zieht sich immer mehr zurück und wird jeden Tag radikaler. Ich habe Angst ihn ganz zu verlieren – an religiöse Fanatiker und Terrorgruppen.«[3] Diese Projekte verdeutlichen vor allem eines: »Die Muslime« sollen helfen, Radikalisierung zu bekämpfen und wachsam sein – gleichzeitig stehen sie und ihr Umfeld permanent unter Generalverdacht, da, das legt die Kampagne nahe, sich auch ihre Verwandten und Freund_innen unbemerkt radikalisieren könnten. Die Präventionsmaßnahmen unterscheiden sich von den auf weiß-deutsche »Extremisten« bezogenen zudem dahingehend, dass eine Verbindung zum Themenkomplex »Integration« hergestellt wird: So fanden zum Beispiel in Brandenburg in den Jahren 2009 bis 2011 19 Veranstaltungen im Rahmen der Reihe »Sicherheitsdialog – Integration, Radikalisierung und Islamismus« (IRIS) in Zusammenarbeit mit der Landesintegrationsbeauftragten

1| Vgl. dazu ausführlicher Friedrich, Sebastian / Schultes, Hannah 2012: Bedrohung Salafismus? Aktuelle Debatte in Deutschland bedient antimuslimischen Rassismus und nützt dem Verfassungsschutz. Standpunkte Papier der Rosa Luxemburg Stiftung 15/2012 (November 2012). Online: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_15-2012.pdf

2| Deutscher Bundestag: Drucksache 17/5329.

3| Von antimuslimischem Rassismus Betroffene wehrten sich in diesem Zusammenhang gegen den verstärkten Fokus auf »radikale Muslime«, der Rassismus unsichtbar macht: Als Antwort auf die geplante Plakatkampagne entwarfen Mitglieder des Online-Portals »MiGAZIN« ein Gegenplakat. »Das ist Enver _im_ek. Er war das erste Opfer der NSU. Wir vermissen ihn und ha-

statt. Eine Analyse von Materialien des Bundesamtes für Verfassungsschutz offenbart die politische Strategie der »Integration als Extremismusprävention«.[4] Dahinter steht die Idee, mangelnde »Integration« führe zu »Extremismus« – eine Verallgemeinerung des »Extremismus«-Verdachts wird dadurch plausibel.

Vor allem im Kontext der Ausschreitungen in Bonn und Solingen wurden Salafismus und extrem rechte Gruppen in den Medien gleichgesetzt oder zumindest festgestellt, diese seien sich ähnlich. Solche entpolitisierenden Einschätzungen folgen extremismustheoretischen Annahmen und sind zu kritisieren. Herausgestellt werden sollte hingegen, dass die Anwendung der Extremismustheorie höchst unterschiedliche Effekte mit sich bringt. Das verdeutlicht nicht zuletzt der direkte Vergleich mit der extremen Rechten. Die Problematisierung als Rechtsextremismus stärkt den Eindruck, die »demokratische Mitte« sei frei von rassistischen und faschistischen Haltungen. Punktuellen Versuchen, den »Extremismus der Mitte« zu thematisieren, steht die Einschätzung entgegen, es handle sich bei diesen Einstellungen um ein Problem an den »Rändern«. Beim »Islamismus« tritt der gegenteilige Effekt ein.[5] Ein randständiges Phänomen wie der Salafismus entfaltet über die Zuordnung zu einer nach vor allem neorassistischen Kriterien (Religion, »Kultur«) konstruierten Gruppe massive Konsequenzen für ebendiese: Sippenhaftung, Distanzierungszwang und Repression. Es verwundert nicht, dass es angesichts dessen einige Moscheegemeinden eher vermeiden, breite Bündnisse gegen antimuslimischen Rassismus einzugehen, in denen auch Mitglieder von muslimischen Gemeinden aktiv sind, die verdächtig erscheinen könnten. Die Diskussionen um den Salafismus war unweigerlich auch an »die Muslime« adressiert und haben antimuslimischen Rassismus gestärkt. Die Ermöglichung der NSU-Morde durch institutionellen Rassismus, wie er sich in den Ermittlungspraxen und Sicherheitsbehörden zeigt, wurde hingegen durch die Konzentration auf SalafitInnen (kurzfristig) von der Agenda verdrängt.

Der wesentliche Effekt der hohen öffentlichen Aufmerksamkeit für den Salafismus besteht dementsprechend in einer Rehabilitation des Verfassungsschutzes. Dies ergibt sich vor allem aus dem Kontext. Die Anschläge durch einen extrem Rechten in Oslo und Utøya im Juli 2011 wurden in den ersten medialen Reaktionen zwar zunächst als »islamistisch« eingestuft, dann aber in großer Überraschung als extrem rechte Tat außerhalb der »demokratischen Mitte« verortet.[6] Der Täter wurde stellenweise auch als unzurechnungsfähiger »Einzeltäter« betrachtet, allerdings konnte sein antimuslimischer Rassismus nicht ignoriert werden. Seitdem im November 2011 die Morde des NSU aufgedeckt wurden, findet eine Debatte um die Verfehlungen und Vertuschungen des Verfassungsschutzes statt, im Laufe derer auch die Forderung nach dessen Abschaffung immer wieder laut wird. Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier thematisierte im Verfassungsschutzbericht 2011 den beschriebenen Kontext explizit und stellte fest: »[D]as Jahr 2011 war für die Verfassungsschutzbehörden kein gewöhnliches Jahr.« Die Anschläge von Oslo und Utøya zeigten, »wie angreifbar demokratische Systeme selbst durch die Taten von fanatischen Einzeltätern« seien und im Fall des NSU sei »die Arbeitsweise und Zusammenarbeit der betroffenen Behörden ganz grundsätzlich auf den Prüfstand« gestellt. Dies dürfe jedoch »nicht den Blick auf die alltäglichen Herausforderungen durch politischen Extremismus im Lande verstellen«.[7] Die beinahe wöchentlichen Warnungen vor dem Salafismus ab April 2012 bedienten ganz in diesem Sinne altbekannte Bedrohungsszenarien von »islamistischem Terror« und dethematisierten Rassismus. Die Vereinsverbote, Razzien und Abschiebungen stellten gleichzeitig symbolisch die Handlungsfähigkeit der Behörden wieder her. ■

ben Angst, dass Behörden weiteres Beweismaterial geheim halten, vernichten und die Aufklärung bewusst verhindern«, heißt es darunter (Migazin.de, 24.09.2012).

4| Rodatz, Matthias/ Scheuring, Jana 2011: «Integration als Extremismusprävention». Rassistische Effekte der «wehrhaften Demokratie» bei der Konstruktion eines «islamischen Extremismus», in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.): Ordnung. Macht. Extremismus – Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. VS Verlag: Wiesbaden. S. 59–84.

5| Vgl. ebd., S. 166.

6| Wamper, Regina/ Jadtschenko, Ekaterina/Jacobsen, Marc: «Das hat doch nichts mit uns zu tun!» Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien, Münster 2011.

7| Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern: Verfassungsschutzbericht 2011, Schwerin 2012.

Widersprüche inklusive

Thesen für antirassistische Politik(en)

AK Anna Mae

In den letzten Monaten wurde in antirassistischen Zusammenhängen viel über den Ansatz Critical Whiteness diskutiert. Autoritäre Politikformen, Rassismusvorwürfe und weiße Abwehrstrategien waren Gegenstand einer zum großen Teil polemisch geführten Debatte, in der insbesondere das No-Border-Camp in Köln im Juli 2012 im Mittelpunkt stand. Ein Beispiel dafür stellt der Beitrag »Critical Whiteness auf gut deutsch« in der letzten Ausgabe des AIB dar. Es wird ausführlich über die Praxis einer einzelnen Gruppe berichtet, während inhaltliche Aspekte weitgehend ausgeblendet bleiben. Effektiv dient der Beitrag unserer Ansicht[1] nach weniger einer konstruktiven solidarischen Debatte, sondern vielmehr dazu, eine ohnehin schon polarisierte Debatte in destruktiver Weise weiter zuzuspitzen. Im Zuge dieser Zuspitzung fiel uns auf, dass sich Critical Whiteness mehr und mehr zu einem unbestimmten Sammelbegriff entwickelte. Für einige scheint das Konzept die hinreichende Essenz antirassistischer Theorie und Praxis zu beinhalten, für andere dient die Kritik an autoritären Politikstilen von Gruppen und Einzelpersonen, die sich auf Critical Whiteness beziehen, dazu, einen kompletten Ansatz zu diskreditieren.

In rassistisch strukturierten Gesellschaften werden unterschiedlichen (konstruierten) Gruppen unterschiedliche soziale Positionen zugewiesen. Diese Positionen stehen in einem hierarchischen Verhältnis, das heißt: die Unterdrückung der einen ist unabdingbar mit der Privilegierung der anderen verbunden. Um Rassismus zu analysieren und antirassistische Strategien zu entwickeln, reicht es daher nicht aus, den Fokus nur auf die Gruppe der rassistisch Unterdrückten zu richten. Denn Weißsein bzw. Weißdeutsch-Sein[2] wirkt als Norm weiter, gerade weil sie nicht benannt wird, und verleiht seinen Träger_innen u.a. symbolische Macht.

Die Kritische Weißseinsforschung versteht »Weißsein als eine Konstruktion des Rassismus«, die »kollektive Wahrnehmungs, Wissens- und Handlungsmuster« hervorgebracht hat.[3] Weißsein ist kein absolutes Privileg und wirkt sich in Verbindung mit verschiedenen geschlechter-, klassenspezifischen oder anderen Privilegien und Diskriminierungen oftmals auch unterschiedlich aus. Sich selbst im rassistischen Verhältnis als privilegiert zu verorten und andere Positionen gedanklich einzunehmen hat zum Ziel, dass Menschen »vielleicht verstehen können, wie ihre kulturelle Praxis die weiße Vorherrschaft fortschreibt, ohne damit lähmende Schuld oder Abwehr auszulösen« und auf Basis dieses Verstehens die eigenen Praktiken zu verändern.

Wir wollen versuchen, einige der Leerstellen von auf Weißsein bezogenen Analysen und Praxen zu berücksichtigen ebenso wie die weiterhin bestehende Notwendigkeit der Reflexion weiß-deutscher Dominanz in linken Zusammenhängen, und einige kurze Thesen darstellen.

Vielfalt der Strategien

Die Debatte ist auch ein Produkt unterschiedlicher Rassismusanalysen und damit auch unterschiedlicher Strategien Rassismus anzugreifen. Diese realen Differenzen sollten nicht weggeredet werden. Während manchen Gruppen die Abgrenzung von »Identitätspolitik« und Kategoriendenken als grundlegend gilt, wird in anderen Zusammenhängen der Unterschied zwischen einer rein politisch begründeten und einer auf gemeinsamen Rassismuserfahrungen beruhenden Solidarität betont. Die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher praktischer Strategien und Schwerpunkte ist jedoch eine unverkennbare Realität. Die Analyse und Kritik kolonialer Kontinuitäten, Selbstorganisation und Empowerment, anti-identitäre Rassismuskritik, künstlerische Interventionen, Kampagnenarbeit gegen rassistische Gesetze und Institutionen, Unterstützungsnetzwerke, militante Aktionen und Sensibilisierungsarbeit für Alltagsrassismus sind allesamt Teil des weiten Feldes antirassistischer Politiken.

Erfahrungen anerkennen, Sprecher_innenpositionen einbeziehen

Es existieren Gruppen, innerhalb derer People of Color und/oder Migrant_innen Politik machen, und solche, in denen von Rassismus negativ Betroffene und rassistisch Privilegierte zusammen arbeiten ebenso wie weißdeutsch dominierte Gruppen. Diese arbeiten nicht isoliert voneinander, sondern in punktuellen Allianzen und dauerhaften Bündnissen. Vom ersten

1| Wir sind zwei weiß positionierte AktivistInnen, mit und ohne »Migrationshintergrund«, die in wissenschaftlichen und publizistischen Zusammenhängen sowie in Kampagnen und Bündnissen gegen Rassismus arbeiten.

2| Critical Whiteness Studies sind stark durch den US-amerikanischen Kontext geprägt. Wie vielfach angemerkt erfordert eine Übertragung auf deutsche Verhältnisse, die herausragende Rolle, die das Konstrukt des »Deutschsein« für rassistische Ausgrenzung einnimmt, mit zu berücksichtigen und die Prägung durch deutschen Kolonialismus, NS-Ideologie und Kontinuitäten wie zum Beispiel die ausschließliche Definition von Staatsbürgerschaft nach dem »Abstammungsprinzip« bis 2000 einzubeziehen.

3| Arndt, Susan 2009: ›Rassen‹ gibt es nicht,

Tag an von einem Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnis positiv oder negativ betroffen zu sein, produziert allerdings unterschiedliche Erfahrungen. Auch wenn unserer Ansicht nach die Sprecher_innenposition nicht absolutes Kriterium für den gesprochenen Inhalt sein kann, spielt es eine Rolle, aus welcher Position bzw. Perspektive gesprochen wird. Gerade weil Rassismus strukturell ist, wird er auch in linken Strukturen reproduziert. In der Auseinandersetzung damit sollten bestimmte Mechanismen erkannt und unterbrochen werden: Externalisierung von Rassismus, Moralisieren und Individualisierung, der Automatismus von Abwehr und Schuldgefühlen.

Repräsentationsverhältnisse angreifen

Die Arbeit an Repräsentationsverhältnissen innerhalb linker Zusammenhänge ist unabdingbar, um eine politische Praxis zu finden, die strukturellen und symbolischen Ausschlüssen in der Gesamtgesellschaft etwas entgegensetzt und Bevormundung vorbeugt.[5] Eine Veränderung des Repräsentationsverhältnisses setzt voraus, dass Menschen nach ihrer selbst wahrgenommenen Betroffenheit von Rassismus kategorisiert werden. Bezeichnungen wie »weiß« und »Person of Color«, so wurde eingewandt, vereinheitlichten Rassismuserfahrungen und zwängen Menschen, die sich darin nicht wiederfinden, eine Entscheidung zwischen zwei gegensätzlichen Selbstidentifikationen auf. Wenn jedoch eben diese uneindeutigen oder anders benannten Positionen akzeptiert werden, können sie auch zu einem reflektierten Umgang mit Kategorisierungen beitragen, da sie unterschiedliche Erfahrungen und Identitäten sichtbar machen, ohne damit die Frage der Betroffenheit für nichtig zu erklären.

Antirassismus muss auf allen Ebenen intervenieren

Wie alle Unterdrückungsformen bezieht Rassismus seine Wirkmächtigkeit aus seiner gesamtgesellschaftlichen strukturellen Verfasstheit. So ist Rassismus nicht nur, wie häufig in Konzepten der »Ausländerfeindlichkeit« oder der »Fremdenfeindlichkeit« angelegt, ein individuelles Einstellungsproblem einzelner Personen, sondern strukturell verankert: im Alltag, in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Wissenschaft, in den Medien, in Behörden, in Polizei und Justiz, auf dem Wohnungsmarkt usw. Ein Kampf gegen Rassismus muss dementsprechend auf all diesen Ebenen angegangen werden. Bei einer ausschließlichen Fokussierung auf Selbsttransformation besteht die Gefahr, gesamtgesellschaftliche politische Kämpfe zugunsten einer individualisierten und in der Konsequenz herrschaftskonformen Praxis aufzugeben.

Das Ziel ist eine freie Gesellschaft

Politischer Antirassismus und gesellschaftliche Identitäten sind nicht widerspruchsfrei. Dies zeigen Diskussionen um das Verhältnis von Solidarität und Kritik, die Bezugnahme auf erst durch rassistische Zuschreibungen entstandene Gruppen oder die gesetzlich verankerten und gesellschaftlich spürbaren Hierarchien zwischen rassistisch Diskriminierten. Zudem variieren rassistische Verhältnisse zeitlich und örtlich. Die Veränderung rassistischer Verhältnisse durch Diskurse, Ereignisse und Kämpfe produziert neue Kategorien und Formen von Rassismus, deren Analyse Privilegien und Diskriminierung sichtbar macht. Das letztendliche Ziel, Rassismus, ebenso wie Geschlechterverhältnissen, Klassenverhältnissen u.a., die Grundlage zur Hierarchisierung von Menschen zu entziehen und die konstruierten Gruppen zum Verschwinden zu bringen, darf dabei jedoch nicht aus den Augen verloren werden. ■

wohl aber die symbolische Ordnung von Rasse. Der ›Racial Turn‹ als gegennarrativ zur Verleugnung und Hierarchisierung von Rassismus. In: Eggers, Maureen Maisha / Kilomba, Grada / Piesche, Peggy / Arndt, Susan (Hg.): Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung. Münster: Unrast. S. 343

4| hooks, bell 1994: Weißsein in der schwarzen Vorstellungswelt. In: dies.: Black Looks. Popkultur – Medien – Rassismus. Berlin: Orlanda. S. 220

5| Auf Rassismus bezogene Repräsentationsverhältnisse in linken Kontexten meint hier sowohl die quantitative Unterrepräsentation von Menschen, die negativ von Rassismus betroffen sind, als auch die Frage danach, wer in Gruppen welche Rollen einnimmt, zum Beispiel öffentlich spricht.

Von sandj, Dienern und Sklaven

Hannes Bode

Nimmt man den »Nahen Osten« als peripheren Teil des globalen kapitalistischen Zusammenhangs wahr, und betrachtet die dortigen Gesellschaften mit einem ähnlich differenzierten Blick wie die europäischen, treten soziale Beziehungen und Hierarchien, Machtstrukturen und Ideologien in den Blick, während sich zutiefst ideologische Kategorien wie Ethnie, Nation und Religion auflösen. Das zeigt sich auch an einem selten thematisierten und vielen unbekannten Thema – dem Rassismus.

Noch heute gebräuchliche arabische Wörter zur Bezeichnung von Menschen »schwarzer Hautfarbe« sind khadem und 'abed, Diener oder Sklave. Insbesondere nicht-arabische afrikanische refugees werden in der Region für die am schlechtesten bezahlten und am wenigsten anerkannten Arbeiten rekrutiert, was die ihnen entgegenschlagende Verachtung ebenso perpetuiert, wie ihre soziale Lage. In den arabischen Mehrheitsgesellschaften werden sie zur gleichen Zeit als dreckig, faul und arbeitsscheu, als deviant und »anders« apostrophiert – der bekannte wechselseitige Zusammenhang von Diskriminierung und diese legitimierender rassistischer Ideologie. Ein Beispiel ist die Behandlung von vollkommen entrechteten sudanesischen und eritreischen refugees in Ägypten, wo sie in der Öffentlichkeit regelmäßig beleidigt, betatscht, mit Obst, Gemüse oder Steinen beworfen werden, wo sie von den Sicherheitskräften schikaniert und

misshandelt werden, im Sinai manchmal sogar Menschenhändlern und Kidnappern in die Hände fallen oder an der Grenze von Soldaten erschossen und verscharrt werden. Sind sie Mädchen oder Frauen, werden sie häufig auch als zu ge- oder missbrauchendes Sexualobjekt betrachtet.

Ein anderes ist der Refrain vom »nubischen Affen« in einem Lied der berühmten Popsängerin Haifa Wahbe, der lediglich zu Protesten der marginalisierten ägyptischen Nubier führte. Sie sind Nachkommen einer seit langen Zeiten in der Region siedelnden Gruppe, die während der Kolonialzeit, der Herrschaft Nassers, Sadats sowie Mubaraks und bis heute Opfer staatlicher und gesellschaftlicher Diskriminierung ist. Und auch den meisten Irakern gelten diejenigen ihrer im Südirak lebenden Landsleute, die »schwarzer Hautfarbe« sind, als andersartig und nicht ebenbürtig. Die Bedeutung tribaler Kriterien für den sozialen Status innerhalb der Gesellschaft und die dafür zentrale Abstammungsideologie (nasab), sowie die von städtischen arabischen Eliten konstruierte Ideologie des arabischen Nationalismus sind hierbei nicht nur für den Irak, sondern für die gesamte Region zu berücksichtigen.

Die negative Stereotypisierung von »Schwarzen« hat dabei eine lange Tradition. Schon die berühmten persischen und arabischen Autoren des »Mittelalters«, etwa Al Djahiz, Ibn Sina oder später Ibn Khaldun, sahen in »Schwarzen« – deren Hautfarbe sie mit dem heißen afrikanischen Klima erklärten – wilde Tiere und geborene Sklaven von minderer Intelligenz. Auch in zahlreichen religiösen Überlieferungen wird ihre Minderwertigkeit und ihre Bestimmung zur Sklaverei tradiert. Gleiches gilt für den Iran, wo aber vermeintlich zivilisierte »Perser« bzw. »Arier« zugleich auch auf Araber hinabschauen, die sie als Wüstenbewohner und unkultivierte Barbaren bezeichnen.

In Ländern wie dem Libanon, wo afrikanischen und südasiatischen »Fremdarbeitern« übrigens der Zutritt zu Stränden, Pools oder Sportanlagen verwehrt wird, vor allem aber am Golf hat die Ausbeutung von Billiglohnkräften ungeahnte Ausmaße erreicht. Professionelle Agenturen rekrutieren in afrikanischen und südasiatischen Ländern Frauen für Haushaltstätigkeiten und Männer für den boomenden Baumarkt. Die Golfstaaten und die vom dortigen »Turbokapitalismus« profitierenden einheimischen Bevölkerungen führen dabei die Statistik an, KritikerInnen sprechen zu Recht von modernen Formen der Sklaverei. Ein Beispiel: 95% der Arbeitskräfte der Vereinigten Arabischen Emirate kommen aus dem Ausland, jedeR fünfte der fast drei Millionen ArbeitsmigrantInnen arbeitet im Bausektor – verarmte, kaum ausgebildete Männer vor allem aus den ruralen Gebieten Südasiens, die für die Anstellung bei Jobagenten zunächst Kredite aufnehmen müssen und sich damit sofort in Schuldenabhängigkeit befinden. Entzug der Pässe und Lohnbetrug sind ebenso verbreitet wie Missbrauch – viele weibliche Bedienstete werden von den Hausherren zu sexuellen Dienstleistungen genötigt oder vergewaltigt, weigern oder wehren sie sich dagegen oder gegen die schlechte Behandlung allgemein, können sie gebrochen, unbezahlt und verschuldet vor die Tür gesetzt werden. All das sind von der europäischen Linken meist ignorierte Facetten der globalen kapitalistischen Arbeitsteilung.

Der Massenmord im Sudan ist der brutalste Ausdruck arabischen Rassismus. Darfur ist ein Musterbeispiel für den Prozess der »Rassifizierung« (Terkessidis u.a.). Bereits seit der letzten Hälfte des 19. Jh. strömten zahllose Mitglieder südsudanesischer Stämme als billige Soldaten und Arbeitskräfte gen Norden bzw. Osten, was der nubischen bzw. »sudanarabischen« Elite und kolonialen Akteuren zugute kam. Zudem dominierte hier bis in die Neuzeit der Modus der Sklavenwirtschaft – auf die zentrale Bedeutung des über Jahrhunderte prosperierenden afrikanischen und arabischen Sklavenhandels kann hier nur am Rande verwiesen werden. Die Differenzierung zwischen stärker urbanisierten und wirtschaftlich dominanten ethnisch arabischen »Nordsudanesen« auf der einen, und nicht-arabischen schwarzen sandj aus Darfur und den südlichen Gebieten auf der anderen Seite bestimmte seit der Konstruktion »Sudans« durch koloniale Akteure und arabische Eliten als zentrale Unterscheidungs- und Ausgrenzungskategorie die Politik der Zentralmacht im Norden, und führte selbst zum Zerfall der sudanischen islamistischen Bewegung entlang ethnischer Linien. Das ist auch der Hintergrund für die bis heute andauernden Morde und Vertreibungen im Sudan, die seit dem Eindringen von durch Libyen bzw. Gaddafi ausgestatteten arabischen Milizen und Stämmen vor dem Hintergrund der Tschad-Kriege im Kampf um Raum und Ressourcen eskalierten. Der Konflikt verlief entlang ethnischer Linien und war geprägt von rassistischen Strategien ethnischer Säuberung und sexueller Dominanz.

Insbesondere die Behauptungen des arabischen Nationalismus werden angesichts dieser Realitäten als Legitimationsideologie zur Verschleierung realer Ungleichheiten entlarvt. Dass die hierbei wirkmächtigen ethnischen Grenzziehungen quer zu religiösen verlaufen, soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich Überschneidungen ergeben können, und etwa arabischer Nationalismus und Islamismus bisweilen paradoxe Hybride ergeben können. Die Frage nach dem politischen Islam als moderner Krisenbewältigungsideologie und der Rolle ethnoreligiöser Identitäten im Nahen Osten konnte hier aber nicht behandelt werden. ■

Ein starkes Symbol des Bedauerns?

Straßennamen als Medien des Gedenkens an die Opfer von Rassismus und rechter Gewalt

Eine ausführliche Version findet ihr auf: www.antifainfoblatt.de

Es verwundert nicht, dass die Anzahl der Straßen und Plätze in der Bundesrepublik, die Opfern rechter und rassistischer Gewalt gewidmet sind, verschwindend gering ist. Im Frankfurter Stadtteil Bockenheim wurde im Jahr 1998 der Hülya-Platz eingeweiht, benannt nach Hülya Genç, die als 9jähriges Mädchen durch den Brandanschlag in Solingen am 29. Mai 1993 zusammen mit vier weiteren Menschen ums Leben gekommen war. In Kiel und Köln erinnern ein Platz und eine Straße an Bahide Arslan, die zusammen mit Yeliz Arslan und Ayse Yılmaz in den Flammen des am 23. November 1992 von Neonazis angezündeten Hauses in Mölln gestorben ist. In Dresden wurde auf Initiative des Ausländerbeirats dem an Ostern 1991 ermordeten Mosambikaners Jorge Gomondai im Jahr 2007 ein Platz in unmittelbarer Nähe des Tatorts gewidmet. Im April 2012 entschied die Bezirksverordnetenversammlung Kreuzberg-Friedrichshain mit großer Mehrheit, die von einem breiten antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Bündnis erhobene Forderung umzusetzen, die Gabelsbergerstraße nach dem am 21. November 1992 von einem Neonazi erstochenen Silvio Meier zu benennen.

Diese Widmungen, denen bisweilen zähe Auseinandersetzungen vorausgingen, sind zweifellos erfreulich und das Resultat hartnäckigen Engagements. Sie dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass an den allergrößten Teil der mindestens 180 Todesopfer rechter und rassistischer Gewalt in Deutschland seit 1990 weder Gedenktafeln noch Straßennamen oder sonstige Zeichen im öffentlichen Raum erinnern. Auch ein Jahr nach dem zufälligen Bekanntwerden der NSU-Morde und den in diesem Kontext formulierten wohlfeilen Appellen, die Opfer des Nationalsozialistischen Untergrunds sowie die zahlreichen weiteren während der vergangenen Jahre Ermordeten angemessen zu würdigen, hat sich an den Ressentiments und den Widerständen, mit denen sich überall in der Bundesrepublik Gedenkinitiativen konfrontiert sehen, kaum etwas geändert.

In Kassel war bereits vor der Umbenennung der Straßenbahnhaltestelle die Einweihung des »Halitplatzes« keineswegs auf einhellige Zustimmung gestoßen. Seit einigen Jahren wird in Eberswalde darum gerungen, eine Straße nach Amadeu Antonio zu benennen, der in der brandenburgischen Stadt in der Nacht zum 25. November 1990 von einer Gruppe Neonazis erschlagen worden war. In Dresden entzündete sich in diesem Jahr eine heftige Debatte um den Vorschlag, ein Teilstück der am Landgericht gelegenen Florian-Geyer-Straße der am 1. Juli 2009 im Gerichtsaal von einem antimuslimisch eingestellten Täter erstochenen Marwa El-Sherbini zu widmen. Anhand der Kontroversen in Kassel, Eberswalde und Dresden lassen sich wie unter einem Vergrößerungsglas in idealtypischer Weise die Argumentationsmuster darstellen, die für die ablehnenden Haltungen und regelrechten Abwehrstrategien gegenüber antifaschistischen und rassismuskritischen erinnerungskulturellen Initiativen charakteristisch sind.

»Nun ist auch mal gut« – Abwehrreflexe gegen Straßenumbenennungen

Häufig wird die Behauptung angeführt, die Umbenennung von Straßen und Plätzen würde einen unzulässigen Eingriff in eine angeblich organisch gewachsene lokale Geschichtskultur bedeuten, die auch und besonders in einem spezifischen Straßennamenprofil zum Ausdruck komme. Auf die von zahlreichen Dresdner Professoren in einem Offenen Brief vom Januar 2012 unterstützte Initiative, einen Straßenabschnitt in unmittelbarer Nähe des Landgerichts nach Marwa El-Sherbini zu benennen, um auf diese Weise »ein starkes Symbol des Bedauerns in die Stadt und nach außen zu tragen« und zu verhindern, dass »die Person und das Ereignis in Vergessenheit geraten« reagierte Georg Böhme-Korn, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt ablehnend. Als Be-

Foto: Paulae – Wikipedia

gründung verweist er auf eine »gewisse Tradition in der Benennung von Straßen« in der sächsischen Landeshauptstadt. Diese sehe vor, in erster Linie solche Persönlichkeiten im Straßenbild zu ehren, die der Stadt »durch ihre langjährige Tätigkeit für Dresden, zumindest aber in Dresden« verbunden sind. In selteneren Fällen könnten Benennungen auch Menschen gewidmet sein, die sich durch »herausragende Leistungen« ausgezeichnet haben und somit als »universelles Vorbild« fungieren.

Diese Sichtweise enthält freilich eine ziemlich positivistische Vorstellung von »Geschichte«. Denn was als »herausragende Leistung« qualifiziert wird, ist ebenso zeit- und akteursgebunden, wie die angeführte »Tradition«, der die Straßenbenennungspraxis in Dresden angeblich folge. Tatsächlich bilden Straßennamen nicht ein gleichsam übergreifendes und zeitloses Gedächtnis der Stadt ab, sondern geben, wie der Münsteraner Historiker Matthias Frese betont, »zunächst die Erinnerung der herrschenden, Namen gebenden Gruppen, Institutionen und Einrichtungen zu einem bestimmten Zeitpunkt« wieder. In ihnen spiegelt sich der »öffentliche Gebrauch von Geschichte durch Deutungseliten.«[1] Wer durch Straßenbenennungen, Gedenktafeln und Denkmale geehrt wird und auf diesem Wege im öffentlichen Bewusstsein zumindest namentlich präsent bleibt, ist somit vor allem von den politischen Machtkonstellationen abhängig.

Straßennamen als Bestandteil einer vielstimmigen Gedenkkultur

Nicht nur angesichts des hier an wenigen Beispielen skizzierten Amalgams aus einem herrschaftszentrierten positivistischen Geschichtsverständnis, notorisch entpolitisierenden und somit verharmlosenden Deutungen der aus menschenfeindlichen Motiven heraus begangenen Morde, der populistischen Abwehr kritischer Denkanstöße sowie einer weitverbreiteten Schlussstrichmentalität erscheint die Diskussion um künftige Formen und Praktiken des Gedenkens an die Opfer rechter und rassistischer Gewalt notwendiger denn je. Deren Würdigung durch die Widmung von Straßen und Plätzen kann ein wichtiger Aspekt für die in Deutschland noch kaum vorhandene Erinnerungskultur sein.

Die erfolgreiche Initiative für die Silvio-Meier-Straße hat deutlich gemacht, dass nicht nur entschlossene Forderungen, sondern auch breite Bündnisse notwendig sind, um bislang randständig gebliebene und verdrängte Ereignisse und Personen im städtischen Gedächtnis zu verankern. Einbezogen werden sollten von Beginn an die Angehörigen der Opfer, um deren Erfahrungen Gehör zu verschaffen und ein paternalistisches, vereinnahmendes Gedenken möglichst zu verhindern. Abschließend ist freilich davor zu warnen, die erinnerungskulturelle Bedeutung von Straßenbenennungen zu überschätzen. Straßennamen sind zwar im Alltag präsent, erklären aber für sich genommen zunächst wenig. Nicht nur im Hinblick auf die Opfer von Rassismus und rechter Gewalt bedarf es also einer lebendigen Gedenkkultur, die durch Vielstimmigkeit ebenso geprägt sein sollte wie durch ein breites und kreatives Spektrum an Aktionsformen. ■

1| Vgl. Matthias Frese: Straßennamen als Instrument der Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Fragestellungen und Diskussionspunkte, in: Ders. (Hg.): Fragwürdige Ehrungen!? Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur, Münster 2012, S. 9–19, hier S. 9f.

»reclaim and remember«

20 Jahre rassistischer Brandanschlag in Mölln

Jörg Meier und Maike Zimmermann

»Was mein Ziel ist? Mein Ziel ist, dass die Opfer sprechen, sie sollten die Hauptrolle spielen«, sagt Ibrahim Arslan vor dem Kinosaal in Lübeck, und er hustet wieder. Seit dem Brandanschlag hat er den Husten. Am Anfang habe sein Vater Faruk gedacht, er huste »aus Trotz«, erzählt er in dem Film »Nach dem Brand«. Bei unzähligen Ärzten sei er gewesen, am Ende bei einem Psychologen, der ihm gesagt habe, der Husten sei psychosomatisch. Stunden hat er in der Küche des brennenden Hauses in der Mühlenstraße 9 in Mölln ausgeharrt. In der Nacht auf den 23. November 1992 hatten zwei Neonazis das Haus angezündet. Seine Großmutter, die 51-jährige Bahide Arslan, die den damals Siebenjährigen in Decken gewickelt in die Küche gebracht hatte, starb, mit ihr Ibrahims zehnjährige Schwester Yeliz Arslan und seine 14-jährige Cousine Ayse Yilmaz, die den Sommer über aus der Türkei zu Besuch in Deutschland war.

Den Möllner Herbstmarkt gibt es seit ca. 450 Jahren. Rund 40 Neonazi-skinheads sind am Abend des 31. Oktobers 1992 dort, es kommt zu Auseinandersetzungen mit linken Jugendlichen. Für einige Neonazis endet der Abend im Krankenhaus. Am Tag hatte es eine Demonstration gegeben. »Hoyerswerda, Rostock, Mölln? Ohne uns!« stand auf einem der Transparente, unterzeichnet von der Antifa Jugendfront Mölln (AJF). 400 Menschen waren auf der Straße, 30 Neonazis standen am Rand, es wurde gepöbelt und geschubst. »Das war für uns ein Indiz dafür, wie sicher sich die Nazis im öffentlichen Raum fühlen«, sagt Thorsten. 18 Jahre war er damals alt – einer der Älteren. Die AJF hatte sich einige Monate zuvor gegründet.

Seit 30 Jahren wohnt Lore Meimberg in der Nähe von Mölln. Sie und ihr Mann Bernd sind in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) aktiv. »Es zeichnete sich ja ab, dass was passiert. Wir haben beobachtet, dass die Stimmung immer weiter nach rechts ging.« Was Lore und Bernd beobachten, müssen Thorsten und die anderen von der AJF zuweilen direkt erfahren. Immer wieder kommt es in dieser Zeit in Mölln zu Schlägereien zwischen Neonaziskinheads und Antifas.

Die Hamburger Rechtsanwältin Katrin Kirstein vertritt die Familie und ist Teil des Freundeskreises um die Arslans. Im Jahr 2003 fuhren sie erstmals gemeinsam zum Jahrestag der Brandanschläge nach Mölln. »Wir sind keine Unterstützerinnen«, darauf besteht Katrin Kirstein. »Wir sind verbunden über die gemeinsame politische Arbeit, und wenn ich sehe, wie mit

Kameraden, die drei Menschen umbrachten

Lars Christiansen, Auszubildender aus Mölln, fand es witzig, die Hand zum Hitlergruß zu heben. Nach dem Attentat sollen er und Peters die Feuerwehr angerufen haben: »In der Mühlenstraße brennt es. Heil Hitler!«

Michael Peters aus Gudow trat in seinem Dorf gerne mit Führergruß und Skinhead-T-Shirt auf

stern 25

[1] Die beiden u.a. wegen dreifachen Mordes verurteilten rassistschen Brandstifter Lars Christianesen (links) und Michael Peters (rechts). Faksimile »Stern« 1992.

den Arslans umgegangen wurde, dann betrifft das auch mich.« Oft wurde die Familie nicht zu den Vorbereitungen eingeladen, einmal kam der damals amtierende Bürgermeister im Jogginganzug zum Gedenken. Ibrahim Arslan hatte das in einem »Stern«-Interview kritisiert, was den SPD-Bürgermeister Jan Wiegels dazu veranlasst hat, einen Leserbrief zu schreiben. Er habe seine Amtsvorgänger gefragt, ob das stimme, sagt Wiegels, der seit gut zwei Jahren Bürgermeister in der Kleinstadt mit ihren 18.500 EinwohnerInnen ist. Beide hätten gesagt: »Frei erfunden.« So pietätlos wäre keiner. Doch den Jogginganzug haben nicht nur die Arslans gesehen. Aber die haben gegenüber dem »Stern« darauf verzichtet, das zu bezeugen. »Das ist genau das Problem, dass der Familie nicht geglaubt wird.«

»Zum Herbstmarkt kommen auch die älteren Neonazis raus, man trifft sich mit den Jüngeren und betrinkt sich gemeinsam«, erzählt der 21-jährige Benjamin von der Antifa Herzogtum-Lauenburg (AHL). Zwischen den Buden hängen an einigen Häuserwänden kleine Plakate. Mit Kreppband festgeklebt. »Der Till heckt mit dem Nasreddin.« Der Hodscha Nasreddin, erklärt Jan Wiegels, ist in gewissem Sinn ein Pendant zum Möllner Narr Till Eulenspiegel. Zieht man das Kreppband ab, kommt weniger Erfreuliches zum Vorschein: »Nationaler Sozialismus jetzt«. Viele dieser Sprühereien finden sich an einem sonnigen Herbsttag 2012 in der Innenstadt. Jan Wiegels ist verärgert. »Das können wir nur als bewusste Provokation im Vorfeld des 20. Jahrestages der Brandanschläge verstehen«, sagt er. Der Sozialdemokrat lehnt die Neonazis zutiefst ab, aber er fürchtet auch um das Ansehen der Stadt. Er ist der Bürgermeister.

»Braunes Mölln«, so nannte man die Stadt zur Zeit des Nationalsozialismus. Vor 20 Jahren gab es hier die aktivste Neonaziszene im Landkreis Herzogtum-Lauenburg. Auch die beiden Täter kamen von hier, der damals 19-jährige Lars Christiansen und Michael Peters, damals 25 Jahre, aus dem nahe gelegenen Gudow. Beide sind bekannte Neonazis in der Region, Peters war Vizevorsitzender der NPD im Kreis Herzogtum-Lauenburg. Und beide waren sie drei Monate vor den Möllner Morden in Rostock-Lichtenhagen dabei. »Heute sieht man sie nicht mehr, aber sie sind immer noch da«, meint der 27-jährige Erik von der AHL zum Thema Neonazis in Mölln. Auch das hängt mit den Brandanschlägen zusammen. Die älteren Neonazis wurden damals von der türkischen Migrantenszene aufgeschreckt, sagt Thorsten. Die Neonazis wurden »zur Rede gestellt«, erzählt man uns.

Probleme gab es in den letzten Jahren vor allem in Ratzeburg. Anfang 2012 sprühten Neonazis Morddrohungen gegenüber Bürgermeister Rainer Voß, Pröbstin Frauke Eiben und Michael Schröder, Vorsitzender der Linksfraktion im Lauenburger Kreistag. »Schröder töten« stand an seiner Hauswand, »Linke Sau stirb« auf seinem Auto. »Das war das dritte Mal, dass mein Auto betroffen war«, sagt er, und: »Ich war schon immer Antifaschist, einschüchtern lasse ich mich nicht.« Das Thema Antifaschismus liegt Erik und Benjamin am Herzen, das merkt man. Bei Michael Schröder, bei Bernd und Lore Meimberg ist das nicht anders. Und trotzdem geben sie auf eine Frage alle die gleiche Antwort: »Nein, Kontakt zu den türkischen Familien hatten wir eigentlich nicht.«

Bevor die Familie und ihre FreundInnen zum Jahrestag der Anschläge nach Mölln fahren, treffen sie sich bei Arslans zu Hause. Jedes Jahr wieder bedeutet es einen unglaublichen Kraftakt, nach Mölln zu fahren. In diesem Jahr spricht Faruk Arslan erstmals direkt nach dem Bürgermeister – vor dem türkischen Botschafter und dem schleswig-holsteinischen Landtagspräsidenten.

Doch die Gedenkfeier im Möllner Quellenhof verläuft anders als geplant. Nach dem offiziellen Teil, den Ministerpräsident Torsten Albig mit den Worten »Damals brannten nicht nur die Häuser, damals brannten auch unsere Herzen« beendet, übergibt Ibrahim Arlsan Jan Wiegels auf einer Pressekonferenz eine neue Tafel für das Brandhaus, auf der erstmals zu lesen ist, dass es sich um einen rassistischen Anschlag handelt.

Nun steht unter anderem die Gedenkrede von Ibrahim auf dem Programm – kein Grund für Albig und Landtagspräsident Klaus Schlie, der Veranstaltung weiter beizuwohnen. Sie reden von Alltagsrassismus und davon, dass man Zivilcourage zeigen muss, dass alle zusammenstehen müssen gegen rechte Gewalt. Und dann wollen sie nach Hause. Im Eingang stellt sich ihnen Ibrahims Onkel Ahmet Arslan in den Weg. Es wird diskutiert, die hohen Politiker, mit ihrer eigenen Respektlosigkeit konfrontiert, drehen schließlich um und gehen zurück in den Saal.

Als Ibrahim auf die Bühne geht, wird er von Selvet Yilmaz, dem Bruder der ermordeten Ayse Yilmaz, und Ahmet Arlsan begleitet. Beide nehmen sich das Recht zu sprechen und verstecken nicht ihre Wut darüber, dass sie sich jahrzehntelang im Stich gelassen gefühlt haben. »Wenn ich hier rede, dann habe ich mir das selbst erkämpft«, sagt Ibrahim Arlsan schließlich. »Und das ist reclaim and remember«. ■

Dabei gäbe es so viel zu tun...

Auswertung des Antifa-Camp in Dortmund

»Eine Antwort auf den (mörderischen) Neonaziterror? – Auf zum bundesweiten Antifa-Camp in Dortmund!« betitelte das AIB im Sommer 2012 den Artikel, in dem wir unsere Motivation für das Camp darlegten.

Gastbeitrag der Vorbereitungsgruppe

Kurz zusammengefasst bestand die Kampagne darin, im Rahmen des Camps bundesweit über eine strategische Neuorientierung angesichts der NSU-Morde zu sprechen, die auch die Antifa-Bewegung nicht als rassistisch identifiziert hatte. Die antifaschistische Politik sollte inhaltlich wie praktisch um die Themenfelder Soziale Frage, Antimilitarismus und Antirassismus erweitert werden. Vor allem aber sollte das Projekt der militanten Neonazis des Nationalen Widerstands Dortmund (NW DO), eine Homezone in Dortmund-Dorstfeld durchzusetzen, durchbrochen und deren Aufmarsch am 1. September verhindert werden. Das Camp sollte ein »Signal gegen die Dortmunder Zustände« sein. Ein ambitioniertes Vorhaben.

Stattdessen: Signal gegen die Dortmunder Zustände nach SPD-Art

Das »Signal gegen die Dortmunder Zustände« funktionierte in den Wochen vor dem Camp in der regionalen Presse hervorragend: Beinahe täglich fanden sich Artikel, in denen der Charakter und die Sinnhaftigkeit eines antifaschistischen Camps in und für Dortmund diskutiert wurde. Das Campprojekt mit der prägnanten Absicht, direkt in der Homezone der Neonazis, polarisierte erwartungsgemäß. Menschen aus verschiedenen politischen Strömungen und Parteien, die unmittelbar mit den Neonazis in Dorstfeld konfrontiert sind, kontaktierten die Camp-Vorbereitung, um darüber zu reden, wie ein Camp in Dorstfeld realisiert werden könnte. Nicht gerade überraschend wurde deutlich, wie massiv die Führungsspitzen der in Dortmund herrschenden SPD dieses Projekt ablehnte und wie sich dies auf Bündnispartner auswirkte.

Kurz vor Beginn des Camps schien die mediale Schlacht gewonnen: Nach unzähligen Treffen mit Polizei, Politik und zuständigen Ämtern wurde für den 23. August, die Vertragsunterzeichnung für einen Platz direkt bei Dorstfeld vereinbart. Am Morgen verkündete jedoch Rolf Jäger, Innenminister von NRW, unter anderem das Verbot des Nationalen Widerstands Dortmund. Nur wenige Stunden später verkündete der Dortmunder Oberbürgermeister Ulrich Sierau, das Antifa-Camp werde keinen Platz erhalten – was einem faktischen Verbot gleichkam – da »neuesten Polizeierkenntnissen« zufolge gewaltbereite Linksradikale zu erwarten seien und zudem das Camp eine Provokation für die Neonazis sei.

Das NW DO-Verbot wurde regional und auch bundesweit von der Presse gefeiert. Die mediale Stimmung für das Camp brach innerhalb eines Tages zusammen. Die Stimmung danach: Staatsantifa funktioniert. Die Unterteilung in gute Zivilgesellschaft = Mitarbeiter_innen von Beratungsstellen wie Back Up, böse Zivilgesellschaft = Antifa, weil gewaltbereit, ging auf.

Wie reagierten die antifaschistische Bewegung und die radikale Linke? Die meisten waren sowohl von dem Verbot des NW DO als auch des Camps überrascht.

Die medial gebrochene Stimmung setzte sich in einer weitgehenden Null-Reaktion fort: Es wurden zwar viele Solidaritätsbekundungen geschrieben, die gut taten, de facto aber am Kräfteverhältnis vor Ort nichts änderten. Im Gegenteil fuhren Freund_innen angesichts des Desasters in Dortmund trotz im Rahmen des Camps übernommener Aufgaben zur Demonstration nach Rostock-Lichtenhagen, wohl in der Annahme, in Dortmund sei nichts mehr zu reißen.

Und was lief dennoch...

Wie im Artikel im AIB 95 im Vorfeld benannt, war die Auseinandersetzung mit dem Mord an Mehmet Kubasik durch den NSU zentral. Die Fragen, die sich stellten, waren unter anderem, wie die Angehörigen und Freund_innen von Mehmet Kubasik den Mord und die Ermittlungen danach bewertet haben. Wie waren die Schweigemärsche im Mai 2006 in Kassel und im Juni 2006 in Dortmund zustande

gekommen? Wie hat die antifaschistische Bewegung, die einige Tage zuvor die Gedenkdemonstration zu dem ein Jahr zuvor von Sven Kahlin, Mitglied der Skinheadfront Do-Dorstfeld erstochenen Punk Thomas »Schmuddel« Schulz durchgeführt hatte, den Mord wahrgenommen? Im Rahmen des Camps wurde in einem Stadtteilzentrum in der Nordstadt, ca. 500 Meter vom Tatort entfernt, eine Gedenk- und Diskussionsveranstaltung organisiert. Es sollte bewusst keine »Podiumsveranstaltung« sein, sondern ein Austausch der communities. Im Vorfeld wurde Kontakt zur Familie Kubasik wie auch zum alevitischen Kulturverein Dakme aufgenommen, in dem Mehmet Kubasik organisiert war. Mit den Kolleg_innen von Dakme, der alevitischen Jugendorganisation und dem deutsch-kurdischen Verein wurde die Veranstaltung vorbereitet. Es kamen 150 Menschen. Beeindruckend war, wie eindeutig die Familie Kubasik, die Freund_innen von Dakme und andere aus der türkisch-kurdischen community äußerten, dass für sie nur ein rassistisches Tatmotiv in Frage gekommen war und wie belastend und diskriminierend die Befragungen der Ermittlungsbehörden gewesen waren, die nur in Richtung Drogenmafia oder PKK-Sympathisanten fragten. Nachdrücklich erwies sich auch, wie falsch es wäre, homogenisierend von »den Migranten« zu sprechen, da sich beispielsweise die Moscheeverbände in Dortmund nicht am Schweigemarsch beteiligen wollten. Die anwesenden Antifa-Aktivist_innen aus Dortmund und anderen Städten hatten weder den Mord noch den Schweigemarsch überhaupt zur Kenntnis genommen und waren entsprechend geschockt von der sozialen und politischen Diskrepanz, die sich darin ausdrückt. Kutlu Yurtseven, ehemaliger Anwohner aus der Keupstraße, fasste abschließend zusammen: Es sei richtig und wichtig, die antifaschistische Bewegung aufzufordern, sich stärker solidarisch zu zeigen und gegen Rassismus zu kämpfen, man müsse jedoch auch zur Kenntnis nehmen, dass immer dieselben aus der migrantischen community auf antifaschistischen Demonstrationen zu sehen seien. Schließlich müssten wir in der Breite der Gesellschaft Rassismus und Faschismus bekämpfen und dafür die notwendigen Bündnisse suchen und schließen.

Aktionen gegen Neonazis

Mangels Masse waren offensive Aktionen gegen die Neonazis – die trotz Verbot in Dorstfeld auf der Straße waren – schwer möglich. Der antifaschistische Stadtrundgang am 26. August, wurde nach wenigen Metern in Dorstfeld von der Polizei gekesselt, Antifaschist_innen außerhalb des Kessels wurden zum Teil von Neonazis verfolgt. Am selben Morgen jedoch war eine »Outing-Aktion« beim führenden Kader des NW DO, Dennis Giemsch, erfolgreich gelaufen. Bei der antifaschistischen Schnitzeljagd einige Tage später fand das erste offene Flugblattverteilen im Steinauweg in Dorstfeld statt, in dem führende Mitglieder der Skinheadfront wohnen, sowie eine weitere »Outing-Aktion« gegen einen Finanzier des NW DO in Bochum. Die Schnitzeljagd musste bezeichnenderweise wegen eines polizeilichen Großeinsatzes abgebrochen werden.

Bündnispolitik vor Ort – Stand der antifaschistischen Bewegung

Das Vorhaben, Antifa inhaltlich breiter aufzustellen, konnte nur begrenzt umgesetzt werden. Die Fragen, wie man mit dem Verbot praktisch umgeht, fraßen viel Zeit. Bündnispartner, die einzelne Programmpunkte im Rahmen des Camps mitgestaltet hatten, wie Labournet, alte IG Metaller, die gegen die NPD vorgegangen waren, oder der Wehrmachts-Deserteur Peter Giegold waren leider entweder nicht vor Ort, um ihre Solidarität zu bekunden, oder taten dies aus anderen Gründen nur begrenzt. So blieben die einzelnen Themen eher unverbunden nebeneinander stehen.

Foto: redpicture

Der 1. September – der Aufmarsch der Neonazis war ebenso verboten worden wie es auch keine Erlaubnis für die vom Camp angemeldete Demonstration nach Dorstfeld gab – setzte einen traurigen Schlusspunkt: Idee war in Form einer gemeinsamen antifaschistischen Demonstration ein Zeichen gegen Neonaziterror und Camp-Verbot zu setzen und die Notwendigkeit zu unterstreichen, dass nur gemeinsame Organisierung und gemeinsames Handeln gegen Neonazis und Rassismus grundlegende Veränderungen mit sich bringen. Doch die verschiedenen Dortmunder Antinazi-Bündnisse waren dazu nicht willens und so gab es an diesem Tag drei Demonstrationen. Dies ist und bleibt ein großes Ärgernis.

Die zügige Reorganisierung der Dortmunder Neonaziszene in den letzten Wochen zeigt, dass Dortmund nach wie vor zentrales Projekt der militanten Neonaziszene ist. Unsere Fragen, die wir im AIB 95 formuliert haben, sind nicht nur deswegen weiterhin aktuell – es besteht auch nach wie vor die Frage, an welchen Punkten wir sie 2013 praktisch beantworten werden. ■

Deniz K.

Repression made in Bayern

Solidaritätskomitee Freiheit für Deniz

Ein dreiviertel Jahr saß ein junger Antifaschist wegen des Vorwurfs des fünffachen versuchten Totschlags an Polizeibeamt_innen in Nürnberg in Untersuchungshaft. Nach einem viertägigen Prozess, der ein Paradebeispiel für den Belastungseifer der Behörden darstellte, wurde Deniz zu zweieinhalb Jahren Haft wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung, Widerstand und Landfriedensbruch verurteilt. Für die Begleitung des Verfahrens hatte sich ein Kreis von Unterstützer_innen als »Solidaritätskomitee Freiheit für Deniz« zusammengefunden, welches die politische Unterstützungsarbeit organisierte.

Nürnberg und der NSU – Eine fränkische Spezialität

Drei Menschen kostete die Mordserie des NSU in Nürnberg das Leben. Die selbsternannte Stadt der Menschenrechte setzt im Umgang mit den Opfern, deren Hinterbliebenen und den UnterstützerInnen der TäterInnen auf eine für sie altbewährte Taktik: Aussitzen durch Nichts-Tun. Grund genug für antifaschistische Gruppen aus der Region, gegen diese Zustände politisch zu arbeiten. So rief das »Antifaschistische Aktionsbündnis Nürnberg«, ein Zusammenschluss antifaschistischer Gruppen, für den 31. März 2012 zu einer Demonstration unter dem Motto »Nazistrukturen angreifen – Verfassungsschutz abschaffen – Antifa in die Offensive!« auf. Die Route sollte durch die Nürnberger Innenstadt gehen, um größtmögliche Aufmerksamkeit zu erzielen. Dies wurde jedoch vom Nürnberger Ordnungsamt mit der Begründung untersagt, dass dort ebenfalls eine Versammlung von Tierschützer_innen stattfinden sollte. Die Recherche der Anmelder_innen ergab, dass eine Überschneidung der beiden Veranstaltungen sehr unwahrscheinlich wäre. Daraufhin räumten die Beamt_innen des Ordnungsamtes ein, dass nach Einschätzungen der Polizei die beiden Anmelder_innen dem »gewaltbereiten linksextremen Spektrum zuzurechenen« seien und aus anderen Städten Teilnehmer_innen anreisen würden, deren einziges Anliegen sei, Passant_innen anzugreifen und so den öffentlichen Frieden zu gefährden. Wie die Polizei zu diesen Einschätzungen kam, behält sie selbstverständlich für sich. Eine Anfechtung des Beschlusses vor dem Amtsgericht blieb erfolglos.

Der 31. März – Knüppel, Tritte und Pfefferspray

Zur Demonstration versammelten sich etwa 500 Antifaschist_innen in der Nürnberger Südstadt. Als sie sich dem Innenstadtbereich näherte, beschlossen einige Teilnehmer_innen, die Einschränkung der Demonstrationsfreiheit durch die Polizei nicht hinzunehmen und überwanden die Absperrgitter. Die Polizei quittierte dies mit dem Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken. Der Versuch, den Bereich der Innenstadt durch eine Einkaufspassage an den Beamt_innen vorbei zu betreten, wurde mit körperlicher Gewalt beantwortet. Das Ergebniss waren etliche verletzte Antifaschist_innen, von denen einige im Krankenhaus behandelt werden mussten. Einen Monat blieb dies der Eindruck der Demonstration, bis die Ermittlungsbehörden verkündeten: »Junger Mann wegen 3-fachem versuchtem Totschlag auf Demonstration festgenommen.« Genaue Hintergrundinformationen waren spärlich. Einigen Beamt_innen war wohl aufgefallen, dass bei dem Versuch, das Polizeigitter zu überwinden, ein Demonstrant mit einer Fahnenstange versucht haben soll, sie lebensgefährlich zu verletzen. Wer die Demonstrationsauflagen in Bayern kennt, der _die weiß, dass Fahnenstangen u.ä. »den Durchmesser von 2 cm nicht überschreiten dürfen. Fahnenstangen dürfen nur aus Weichholz bestehen.« Im Klartext soll also ein Antifaschist versucht haben, drei gepanzerte und behelmte Polizist_innen mit einer 2 cm dicken Weichholzstange zu töten, um eine Polizeiabsperrung zu überwinden. Verletzungen auf Seiten der Beamt_innen gab es nicht zu beklagen, dies habe »zum Glück die Schutzkleidung der Beamt_innen verhindert.« Auf einer Demonstration in Ludwigsburg wurde wenig später Deniz K. verhaftet und in die JVA Nürnberg überstellt. Die Vorwürfe gegen Deniz wurden noch absurder, als knapp zwei Monate später zwei weitere Beamt_innen auftauchten, die angaben, dass beim zweiten Versuch der Demonstrant_innen, die Innenstadt zu betreten, ihnen ebenfalls jemand mit einer Weichholzstange das Leben nehmen wollte. Die Anklage gegen Deniz wurde umgehend auf 5-fachen versuchten Totschlag erhöht.

Antifaschismus vor Gericht

Anfang November 2012 fand der Prozess gegen Deniz statt. Die vier Prozesstage waren von einem immensen Ermittlungsdruck geprägt. Dass sämtliche Aussagen der »geschädigten« Polizist_innen teilweise auf den Wortlaut gleich klangen, ist für Beobachter_innen von Prozessen gegen Antifaschist_innen sicherlich keine Neuigkeit. Dass die Beamt_innen ihre Absprachen noch nicht einmal verschleierten, ließ einem sprichwörtlich den Mund offen stehen. Verletzt wurde, das konnte durch die Zeug_innenaussagen zu Tage gebracht werden, lediglich ein Beamter. Ob ihm diese Verletzung von Deniz zugefügt worden ist konnte er nicht sagen, jedoch, dass er sich weder Dienstausfall noch ein Attest für die Verletzung quittieren lies. Ein Mitarbeiter des polizeilichen Staatsschutzes stellte vor Gericht einen verblüffenden Sehsinn zur Schau und konnte auf dem qualitativ schlechten Bildmaterial zu jeder Zeit Deniz und dessen angebliche Handlungen (das Stechen mit einer Fahnenstange) ausmachen. Weder die Richter_innen noch die Verteidigung konnten ihm über weite Strecken folgen, lediglich die Staatsanwältin vertraute seinen Einschätzungen blind. Aus farbigen Punkten im Pixel-Haufen bei ca 200-facher Vergrößerung eines Standbildes, welches aus einem YouTube Video aufgenommen worden war, wurde mit absoluter Wahrscheinlichkeit das Innenfutter einer bei Deniz sichergestellten Jacke konstruiert. Dass es sich hierbei wohl eher um Frakturen im Bildmaterial handelte störte den Staatsschützer recht wenig. Auch der leitende Sachbearbeiter der Mordkommision verblüffte: Nachdem am ersten Prozesstag in mühevoller Kleinstarbeit der Anwälte von Deniz herausgearbeitet werden konnte, dass wohl zwei der geschädigten Beamten zur gleichen Zeit im gleichen Raum vernommen worden waren, räumte der Sachbearbeiter dies am zweiten Prozesstag ein. Personalmangel sei der Grund für diese Maßnahme gewesen. Dass die Strafprozessordnung explizit vorsieht, dass Zeug_innen einzeln vernommen werden müssen, sei ihm wohl bekannt, interessiert habe ihn das aber wenig. Um seinen Faux-pax auszugleichen, fertigte er kurzerhand Vernehmungsprotokolle mit unterschiedlichen Zeitstempeln an. Auf die Frage hin, ob er seit dem Ende des letzten Prozesstages mit jemandem über das Geschehen vor Gericht gesprochen habe, räumte er nach einigem Zögern ein, dass er sich mit dem oben schon erwähnten Kollegen vom Staatsschutz am Telefon über die Entwicklungen des Prozesses ausgetauscht hatte. Sowas nennt man schlichtweg eine Absprache unter Zeugen. Die Richter_innen nahmen dies jedoch kommentarlos zur Kenntnis und gingen zur Tagesordnung über. Schließlich stellten die Richter_innen fest, dass für einen der beiden Tatkomplexe keine Identifikation von Deniz möglich sei, drei der fünf versuchten Totschläge und der einzige verletzte Beamte waren somit vom Tisch. Im zweiten Tatkomplex sah es das Gericht als erwiesen an, dass Deniz mit einer abgebrochenen Holzstange versucht habe, Polizeibeamt_innen zu verletzen. Die Anwälte von Deniz forderten dafür vier Wochen Jugendarrest. Die Staatsanwältin sah es jedoch weiterhin als erwiesen an, dass Deniz in Tötungsabsicht gehandelt habe und forderte drei Jahre Haft. Das Gericht urteilte schließlich auf zweieinhalb Jahren Haft wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Landfriedensbruch. Die Prozessbeobachter_innen machten ihrem Unmut durch laute Parolen Luft und wurden vom bayerischen USK gewaltsam geräumt, wobei es zu einer kurzzeitigen Festnahme kam.

Noch lange kein Ende in Sicht

Was bleibt, ist ein bitteres Gefühl. Deniz wurde zu einer unverhältnismäßig hohen Strafe verurteilt, was für seine Freund_innen, die Familie und seine Genoss_innen ein herber Schlag ist. Immerhin blieb durch den politischen Druck, der aufgebaut werden konnte, der Prozess im Fokus der Öffentlichkeit. Durch die sehr gute Arbeit von Deniz's Verteidigung konnte der Vorwurf des versuchten Totschlags als das entlarvt werden, was er war: Plumpe Propaganda zur Kriminalisierung einer unliebsamen politischen Bewegung. Sowohl Deniz's Verteidigung als auch die Staatsanwaltschaft haben eine Revision des Verfahrens beantragt. Deniz sitzt bis heute in Untersuchungshaft. Für die Unterstützer_innen heißt das, erst mal tief Luft zu holen und neue Kraft für die weitere Arbeit zu sammeln. Das Solidaritätskomitee wird sich mit nichts anderem als der Freilassung von Deniz zufrieden geben. ■

Mehr Informationen:
denizk.blogsport.de

Rechte Parteien in Bulgarien

Eine Einführung

Reiko Pinkert und Uwe Stegemann

Während momentan viele auf die erstarkende Rechte in Griechenland schauen, herrscht im Nachbarland Bulgarien Pogromstimmung. Die Regierung des Landes spielt diese seit Jahren herunter, die westliche Öffentlichkeit interessiert sich sowohl für die Opfer rassistischer Gewalt als auch für die Täter_innen nur wenig. Ziel und Opfer des Rassismus sind vor allem Roma. Die Täter_innen sind paramilitärisch organisierte Neonazis, Hooligans oder vermeintlich unbescholtene Bürger_innen. Rassismus, Antiziganismus, Antisemitismus und völkischer Pseudo-Antikapitalismus sind das ideologische Fundament.

Solidarität oder eine Repräsentation der Interessen der Roma im politischen System Bulgariens ist aufgrund des rassistischen und antiziganistischen Konsenses in einem großen Teil der bulgarischen Gesellschaft kaum zu finden. Zivilcourage wird im Zweifel eher bestraft als geehrt, wie man an folgendem Beispiel sehen kann: Der australische Tourist Jock Palfreeman mischte sich im Dezember 2007 ein, als zwei jugendliche Roma von 16 Neonazis zusammengeschlagen wurden. Daraufhin konnten zwar die beiden angegriffenen Roma fliehen, doch wurde nun Jock seinerseits von den Rassisten angegriffen. Im Laufe der weiteren Auseinandersetzung wurde einer der Angreifer schwer verletzt, ein anderer durch einen Messerstich getötet. Seitdem sitzt der mittlerweile 25-jährige Palfreeman in Bulgarien im Gefängnis; verurteilt zu 20 Jahren Haft wegen versuchten Mordes und wegen Mordes. Trotz diverser Zeugenaussagen, dass Jock Palfreeman in Notwehr gehandelt hat, wurde er ohne Strafmilderung verurteilt (vgl. AIB 87). Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit des Urteils sind nicht nur deshalb aufgekommen, weil der Vater des getöteten Neonazis eine sehr einflussreiche Persönlichkeit Bulgariens ist, sondern auch, weil rassistische Übergriffe, vor allem auf Roma, in Bulgarien keine Seltenheit sind und scheinbar eher als Kavaliersdelikte seitens der Strafverfolgungsbehörden behandelt werden. Es muss zudem davon ausgegangen werden, dass Bulgarien entsprechende gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Strukturen bietet, die es nicht abwegig erscheinen lassen, dass das BKA die bulgarischen Polizeibehörden über Interpol um Hilfe bei der Fahndung der seit November 2011 als NSU-Trio bekannten Neonazis gebeten hat. Hintergrund dieses Ersuchens waren Hinweise, wonach sich die Gesuchten seinerzeit in Bulgarien aufhielten bzw. von dort nach Südafrika weiterreisen wollten. Grund genug, einen Blick auf rechte Parteien und Organisationen zu werfen.

Bei den politischen Parteien sind es in der ansonsten zersplitterten extrem rechten und rassistischen Parteienlandschaft z.B. »VMRO-BND« (Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Bulgarische Nationale Bewegung), »Ataka« (Attacke) und der »Bulgarische Nationalbund« (BNS), die nationalistische und rassistische bis hin zu neofaschistischen Positionen offensiv vertreten.

Die von dem früheren Journalisten Volen Siderov geführte Partei »Ataka«, war 2007 neben der französischen »Front National« (FN), der rumänischen »Partidul România Mare« (PRM), dem belgischen »Vlaams Belang« (VB) und der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) sowie zwei italienischen und einem britischen Abgeordneten an der Gründung der extrem rechten und neofaschistischen Fraktion »Identität, Tradition, Souveränität« (ITS) im Europaparlament beteiligt. Anteil am bereits erreichten Wahlerfolg dürfte auch die antisemitische Ausrichtung von »Ataka« haben, die auf ihrer Homepage eine Liste mit 1.500 Namen bekannter bulgarischer Juden unter der Überschrift »Die Juden sind eine von der Pest verseuchte, gefährliche Rasse...«[1] veröffentlichte. Darüber hinaus bedienten sich die Partei und Siderov rassistischer und antiziganistischer Hetze. Roma wurden als »diebische, gewaltbereite und die bulgarische Mehrheitsbevölkerung terrorisierende« Minderheit dargestellt, die angesichts ihrer »überproportionalen Vermehrung« eine Gefahr für den Fortbestand der bulgarischen Nation seien.

Eine Partei, die nicht nur in Bulgarien aktiv, sondern auch mit anderen neonazistischen und rassistischen Parteien und Organisationen in Europa vernetzt ist, ist der 2001 gegründete »Bulgarische Nationalbund« (BNS). Der BNS verbreitet eine antiziganistische, antisemitische und antitürkische Hetze. So polemisierte er 2011: »Die Diebstähle, Vergewaltigungen, Betrügereien und die Morde sind

1| www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/6_europa/Rechte_Parteien.pdf
2| zit. nach: www.tabularasa-jena.de/artikel/artikel_3717/
3| www.woz.ch/die-europaeische-aktion/kommt-in-volkstreuen-kleidern
4| www.europaeische-aktion.org/Artikel/de/Ansprache-von-Prof-Petar-Ivanov-und-Bojan-Rassate_18.html
5| Lukov war bis zu seinem Tod 1943 ein leidenschaftlicher Anhänger des Nationalsozialismus und Führer der ehemaligen »Bulgarischen Nationalen Legionen«. 1935 wurde er zum Kriegsminister ernannt, unterstützte die Achsenmächte und knüpfte enge Kontakte zum Oberbefehlshaber der deutschen Luftwaffe Hermann Göring als auch zu anderen führenden Nazi-Politikern. Auf der bulgarischen Nationalkonferenz im November 1942 wurde beschlossen, Generalfeldmarschall Erwin Rommel und seine »Deutschen Afrikakorps« in Nordafrika zu unterstützen. Dank des erfolgreichen Attentats kommunistischer Partisanen auf General Hristo Lukov im Februar 1943, konnte dieser Einsatz verhindert werden.

an der Tagesordnung, was der anständige und arbeitsame Bulgare seit Jahren erdulden muss.« In einem Interview betonte Partei-Chef Bojan Rassate, »dass wir (...) die Zigeuner nicht als Teil des bulgarischen Volkes betrachten. Von fremder Kultur rede ich bewusst nicht, weil sie keine Kultur haben. (...) Wir können heute nicht daran denken, die Zigeuner einfach umzubringen. Die Zeiten sind andere.« Da passt es auch ins Bild, dass er die Einführung eines »Ariernachweises« forderte.[2]

Rassate steht nicht nur in Kontakt mit der deutschen NPD und der rumänischen extrem rechten »Nua Dreapta«, sondern firmiert auch als »Landesleiter«[3] und »Vertreter« Bulgariens in der 2010 zunächst unter der Bezeichnung »Bund Freies Europa« (BFE) gegründeten »Europäischen Aktion« (EA), einem neuen Organisationsversuch von Schweizer Neonazis unter Führung des bekannten Holocaustleugners Bernhard Schaub. Es verwundert kaum, dass Rassate in seiner Rede auf einem Treffen der EA am 10. September 2011 seine Solidarität mit HolocaustleugnerInnen ausdrückte: »Es wird weiterhin Aufklärungsarbeit geleistet und lebhaft über die Gerichtsfälle der europäischen Märtyrer der Meinungsfreiheit wie Horst Mahler, Ernst Zündel, Sylvia Stolz, Pedro Varela, Wolfgang Fröhlich, Gerd Honsig usw. diskutiert.«[4]

Personell bestehen gute Kontakte zu Neonazis in Deutschland und anderen europäischen Ländern. So nehmen immer wieder auch Vertreter_innen neonazistischer und rassistischer Gruppierungen und Parteien aus Bulgarien am »Fest der Völker« in Jena, an Veranstaltungen zum »Antikriegstag« in Dortmund oder auch den Neonazidemonatrationen in Dresden anlässlich der alliierten Bombardierungen der Stadt teil. Ausdruck dieser Vernetzung sind entsprechende »Gegenbesuche« von Mitgliedern und BeobachterInnen der ENF-Parteien bei jährlich stattfindenden sog. »Gedenkfeiern« bzw. »-märschen«, wie die zu Ehren von Ion Mota und Vasile Marin im Januar in Madrid, anlässlich des jährlichen nationalistischen Imia-Aufmarschs im Januar in Athen[6] oder auch zu Ehren des Faschistenführers Corneliu Codreanu im November in Bukarest.

Ein weiteres Beispiel ist der jährlich seit 2004 im Februar zu Ehren des nationalsozialistischen Generals Hristo Nikolov Lukov[5] stattfindende sog. Lukov-Marsch in Sofia, an dem sich neben »Blood & Honour«, Angehörige des »Nationalen Widerstandes« (»Nazionalna Saprotiva«), des »Bulgarischen Nationalbundes«, Neonazi-Skinheads und Mitglieder der sogenannten Ultras des Fußballvereins Levski Sofia auch Mitglieder extrem rechter Gruppen aus mehreren europäischen Ländern beteiligen. Im Zusammenhang mit dem »Lukov-Marsch« traten auch die Neonazi-Bands »Libertin« aus Dortmund und »Civil Disorder« aus Magdeburg auf.[7]

Während es eine über Ansätze hinausgehende europäische Vernetzung der Neonaziaktivitäten gibt, sieht es auf der Gegenseite düster aus. Wünschenswert wäre mehr gegenseitige Unterstützung, sei sie personell, materiell und/ oder finanziell. Auch ein Erfahrungsaustausch über Möglichkeiten der Bündnisarbeit gegen Neonazidemonstrationen über linksradikale Gruppen hinaus – wie z.B. in Dresden – könnten ein Anfang sein. ■

[1] Bojan Rassate bei einer Veranstaltung der Europäischen Aktion im September 2001 in der Schweiz. Screenshot: www.europaeische-aktion.org

6| | Imia ist eine griechische Insel nahe der türkischen Küste und in der Territoralzugehörigkeit zwischen Griechenland und der Türkei umstritten.

7| Neonazis aus Sachsen-Anhalt hielten im Febuar 2009 ein Schießtraining in Sofia ab. Sie waren hier bei einem Konzert der Band »civil disorder« vgl. AIB 94 »Nur eine Gang von vielen«.

Antifaschistische Praxis in Griechenland

Reihe: Antifa International

In den letzten Monaten schauten alle gebannt nach Griechenland. Die ökonomische Krise brachte nicht nur existenzielle Probleme mit sich, sondern veränderte auch die politische Landschaft des Landes massiv. Wie bereits im AIB 94 zu lesen war, konnten extrem rechte Parteien massiv an Stimmen gewinnen (20,6 Prozent bei den letzten Wahlen). Während gewalttätige und medienwirksame Aktionen von Neonazis, wie Passkontrollen von Migrant_innen oder Essensausgabe an Besitzer_innen eines griechischen Passes, kaum jemanden mehr schocken und die Hetzjagden auf Migrant_innen nicht abreißen, gießt die Regierungspartei mit rassistischer Rhetorik weiter Öl ins Feuer. Auch die Zusammenarbeit von Neonazis, Polizei und Behörden ist kein Geheimnis mehr. Die jüngsten neonazistischen Aktivitäten wurden mittlerweile nicht nur durch große Medienkanäle wie BBC dokumentiert, auch deutsche Zeitungen berichten sehr detailliert, sodass es schwer fallen sollte, die Augen davor zu verschließen. Keine leichte Zeit also, um Antifaschist_in zu sein? Oder vielleicht doch eine Zeit, die eine zerstrittene emanzipatorische Bewegung endlich zusammenwachsen lässt?

Ein Überblick über die Geschichte und aktuelle Lage der griechischen Antifa kann ein Ansatz sein, um diesen Fragen nachzugehen.[1] Antifagruppen in Griechenland haben eine kurze Tradition – Antifaschismus nicht. Aus der Besetzung Griechenlands durch deutsche Faschisten und dem erbitterten Kampf der Partisan_innen resultierte ein antifaschistisches Selbstverständnis linker Gruppen und Parteien[2], das sich im Zuge der Militärdiktatur von 1967–74 und im Widerstand gegen eben diese verstärkte. In den 1980er Jahren gab es Reaktionen auf alles, was auch nur im Entferntesten an faschistische Traditionen oder Symbolik erinnerte; Antifaschismus galt als gesellschaftlicher Konsens.[3] Darüber hinaus fehlte es allerdings an Debatten über latente Formen von Rassismus und Faschismus.

Rechte Gruppierungen machten spätestens in den 1990er Jahren immer wieder von sich reden. Übergriffe auf Migrant_innen und linke Demonstrationen gab es immer wieder, genauso wie eigene neonazistische Kundgebungen und Demonstrationen. Die Szene war aber kurzlebig und die 1992 gegründete faschistische Partei Chrysi Avgi (XA) noch unbedeutend.

Aktivitäten der Neonazis wurden von antiautoritären und anarchistischen Gruppen durch direkte Aktionen beantwortet, die jedoch meist unkoordiniert und situativ waren, allerdings über den reinen Selbstschutz hinausgingen. Es gab zahlreiche antifaschistische Aktionen, jedoch keine explizit antifaschistisch ausgerichtete Bewegung.

Im Jahr 2002 gründete sich die extrem rechte Partei Laikós Orthódoxos Synagermós (LAOS, übersetzt »Orthodoxer Volksalarm«), die über die Jahre zwar stärker wurde, aber als konservative Kraft von der rechten Szene auf der Straße abgekoppelt war, die parallel dazu weiter anwuchs. Diese Entwicklungen wurden dennoch nicht als ernstzunehmende Bedrohung wahrgenommen.

2004 brach sich das rassistische Potential Bahn: Ein Mob wütete nach dem Fußballspiel gegen Albanien durch die Straßen und machte Jagd auf Nichtgriechen. Dieses unvergessene Pogrom öffnete vielen die Augen und war der Beginn einer eigenständigen antifaschistischen Politik, die aus der antiautoritären Bewegung hervorging und sich auch weiterhin als Teil dieser versteht. Die Dezemberrevolte 2008[4] muss als Wendepunkt der sozialen Bewegungen in Griechenland gesehen werden. Zuvor geführte Teilkämpfe gingen in einer großen, emanzipatorischen Bewegung auf. Die Revolte markierte den Beginn eines neuen Kapitels alter und neuer Projekte, die den existierenden politischen Zuständen trotzten. Sie erhielten massiven Zulauf und entwickelten neue Formen der Selbstorganisation in ihren Kämpfen.

Beim Kampf gegen Neonazis und Faschismus ist Antiexousiastiki Kinisi (Alpha Kappa, übersetzt »Antiautori-

1| Dieser Text erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir haben versucht, die relevantesten Strömungen zu dokumentieren.

2| Hervorzuheben ist an dieser Stelle die klar traditionell antifaschistische Kontinuität der KKE, die sich aber mittlerweile in der parlamentarischen Landschaft etabliert hat und mit ihrer stalinistischen Ausrichtung mittlerweile bewegungsfremd geworden ist.

3| Zu erwähnen sind an dieser Stelle die Großdemonstrationen gegen Le Pen 1984 oder 1995 als Antwort auf einen Übergriff von Neonazis auf den Studenten Jannis Stathopoulos und seinen Bruder in Kypselis.

4| Am 6.12.2008 wurde der 15jährige Alexandros Grigoropoulos von einem Polizisten erschossen. Es folgte eine Zustand des Aufstands, der ca. einen Monat lang anhielt und sich von Athen aus über das ganze Land ausbreitete.

5| fmkritis.wordpress.com

6| Die Zeitschrift »Antifa Community« (Download: http://autonomia.gr/autonomia/community/community.html) wendet sich direkt an Jugendliche, ebenso wie die Konzertreihe »Antifa live« (www.antifalive.gr).

7| www.antiracismfascism.org/

8| Die Motorradkorsos

täre Bewegung«) zu erwähnen. Als große außerparlamentarische Organisation positioniert sie sich eindeutig linksradikal und stellt soziale Kämpfe in den Fokus, versteht sich aber auch als Schnittstelle zwischen autonomer Bewegung und bürgerlichen Initiativen. Antifa war und ist zwar nicht Schwerpunktthema dieser Gruppe, aber dennoch Grundkonsens. Informations- und Solidaritätsveranstaltungen zu Themen mit linksradikaler Perspektive sind Teil der Gruppenpolitik.

Wie zuvor bereits erwähnt, reagierte die anarchistische Bewegung bereits vor der Krise auf Neonaziübergriffe und ging gegen Neonazikundgebungen und -veranstaltungen aktiv vor. Als Treffpunkte dieser Bewegung dienen soziale Zentren und besetzte Plätze, die gleichzeitig Schutzräume und Orte des Austauschs sind.

Bereits vor der Besetzung des Syntagma-Platzes im vergangenen Jahr organisierten Anarchist_innen Nachbarschaftsinitiativen und bemühten sich explizit darum, die migrantische Community einzubinden. So kam es nach antisemitischen und rassistischen Über- und Angriffen auf linke Projekte Ende 2010 und im Frühjahr 2011 in Athen mehrfach zu gemeinsamen Aktionen gegen Neonazis.

Erwähnenswert ist außerdem die migrantische Selbstorganisierung. Der Hungerstreik 2011, bei dem 300 Flüchtlinge in mehreren Städten Griechenlands die Nahrungsaufnahme verweigerten, wurde vom Forum Metanaston Kritis[5] (Migrantisches Forum Kreta) initiiert und begleitet. Von der parlamentarischen Linken bis hin zur anarchistischen Bewegung zeigte man sich solidarisch.

Eher neu sind Antifagruppen, die sich explizit mit den Ursachen des (historischen) Faschismus auseinandersetzen und gleichzeitig ihren Fokus auf die Bekämpfung aktueller neofaschistische Entwicklungen legen. Ob, wie in Athen, vermehrt Broschüren an Schulen verteilt werden, weil Neonazis besonders dort versuchen, erlebnisorientierte Jugendliche zu agitieren[6], oder, wie in Volos, ein Sportraum eingerichtet wird, in dem der Selbstschutz trainiert werden kann – Antifaschismus ist vielfältig und findet in Griechenland in beinahe allen linksradikalen Projekten einen Ausdruck. Erfreulich ist, dass es immer mehr Bestrebungen gibt, sich untereinander zu vernetzen. Die jährlich stattfindenden Kongresse der antiautoritären Bewegung, der Communismos- und der AK-Kongress in Thessaloniki, sind gut besucht. Gleichzeitig wird vermehrt über nachhaltige Strategien gegen Neonazis, die über das bloße Reagieren hinaus gehen, diskutiert. Zumindest auf informeller Ebene scheint die Bewegung zusammenzuwachsen.

Im August diesen Jahres organisierten Antasia (Partei links von Syriza), die migrantische Sektion der SEK (Trotzkistische Arbeiter_innenorganisation) und »United we stand«,[7] als Reaktion auf die Ermordung eines Migranten durch Neonazis, eine antifaschistische Demonstration mit mehr als 10.000 Teilnehmer_innen. Sechs Tage später folgte eine von Antifaschist_innen und Anarchist_innen getragene Demonstration mit mehr als 3.000 Teilnehmer_innen. Gleichzeitig mussten vier der 14 Parteibüros, die XA seit ihrem Einzug ins Parlament eröffnet hatte, wieder schließen, weil sie massiven Angriffen ausgesetzt waren, an denen sich auch empörte Bürger_innen beteiligten. Mit den antifaschistischen Motorraddemonstrationen,[8] durch Viertel in denen Neonazis Fuß fassen konnten, wird versucht, die Straßen zurückzuerobern.

Antifa heißt in Griechenland, eindeutiger als jemals zuvor, Angriff. Aber es heißt auch, eine Alternative anzubieten in Form einer starken, sozialen Perspektive. Die vielen neu entstandenen Communities, nicht zuletzt seit den Syntagma-Protesten[9], sind Dreh- und Angelpunkt antifaschistischer Interventionen. ■

haben sich als Demonstrationsform gegen Neonazis etabliert. Sie stoßen in der Bevölkerung einschließlich der migrantischen Community auf positive Resonanz. Der Staat reagierte im Oktober in Athen mit massiver Repression. 19 Antifaschist_innen wurden bis zu 5 Tage inhaftiert und mussten hohe Strafen und Kautionen bezahlen. http://blog.occupiedlondon.org/2012/11/21/a-testimony-from-the-hellhole-at-police-headquarters-in-athens/)

9| Im Juni 2011 wurde der Syntagma-Platz vor dem griechischen Parlament tagelang von hunderttausenden Menschen aufgrund ihrer Unzufriedenheit mit der griechischen Regierung besetzt.

Die europäische »Identitäre Bewegung«

In Deutschland kennt man den Zeitgenossen »Otto Normalverbraucher«, während sein englischsprachiges Pendant eher »John Doe« oder »Joe Citizen« heißt, in den USA auch gerne »Joe Six-Pack«. Doch in Frankreich nennt man ihn, den unbekannten Zeitgenossen, »citoyen Lamba«, unter Anspielung auf einen Buchstaben im altgriechischen Alphabet, welcher auch als mathematisches Zeichen benutzt wird.

Bernard Schmid

Man hätte nicht unbedingt erwartet, dass sich eine rechte Bewegung nach dem Zeichen benennt oder es als Symbol benutzt. Doch dies ist der Fall, wobei das »Lambda« allerdings mit einem besonderen ideologischen Symbolgehalt aufgeladen wird. Auch wenn die Bewegung ihre Ursprünge in Frankreich hat, wird das altgriechische gabelförmige Zeichen nicht im oben genannten Sinne benutzt. Vielmehr soll es auf eine historische Begebenheit im »wirklichen« antiken Griechenland anspielen, die freilich den jungen rechten AktivistInnen eher aus dem Hollywoodfilm »300« als aus historischen Forschungen bekannt sein dürfte.

Es geht um die Schlacht bei den Thermophylen: 300 junge Krieger aus Sparta zogen damals in eine hoffnungslos und verloren geglaubte Schlacht gegen einen übermächtigen Gegner in Gestalt persischer Invasoren. Der o.g. Hollywoodschinken setzt diese in Szene. Die jungen Adressaten der rechten Bewegung sollen sich, unter Bezugnahme auf »damals«, nun ihrerseits als »Helden« im Kampf gegen (nur scheinbar übermächtige) »Invasoren« fühlen können. Letztere verkörpern sich, mensch hätte es beinahe erraten, in Einwanderern – und besonders solche muslimischer Konfessionszugehörigkeit. Das »Lambda« wird dabei in stilisierter Form benutzt: Es wird als eine Art umgekehrtes »V«, dessen Spitze nach oben zeigt, in einen Kreis gestellt.

In deutschsprachigen Ländern machte die Bewegung mit dem »Lambda«, die sich selbst unter Verwendung des Adjektivs »identitär« bezeichnet, erstmals Anfang Oktober 2012 in der Öffentlichkeit von sich reden. Am 29. September fand in Wien ein Tanzworkshop mit afrikanischen und aus Haiti stammenden Menschen, der im Rahmen einer Veranstaltung durch die Wohltätigkeitsvereinigung Caritas im Stadtteil Floridsdorf organisiert worden war, statt. Von den TeilnehmerInnen gänzlich unerwartet, tauchten dort unvermittelt etwa zehn junge Männer auf. Diese trugen weiße Gespenster-, Schweine- und Affenmasken. Letztere waren natürlich als rassistische Anspielung auf Menschen mit schwarzer Hautfarbe gedacht. Als unerwünschte Gäste tanzten sie für kurze Zeit mit. Die übrigen Anwesenden wussten zunächst nicht, wie ihnen geschah. Welche Botschaft dabei vermittelt werden sollte, ergab sich aus der Lektüre der mitgeführten und von den tanzenden Männern in die Höhe gehobenen Schilder: »Zertanzt die Toleranz!« (die Caritas-Veranstaltung stand offiziell im Zeichen der Toleranz), »Multikulti wegbassen« und »Tanz die Reconquista!«. Der letztgenannte Ausdruck bezeichnet die »Rückeroberung« der iberischen Halbinsel durch die Kräfte der katholischen spanischen Monarchie, die im Jahr 1492 endete. Bekanntlich mündete die Reconquista in der Vertreibung oder Ermordung aller in Spanien lebenden Muslime und Juden.

Nach kurzer Zeit war der Spuk vorbei, doch der Zwischenfall erfuhr im Nachhinein große Publizität, vor allem durch die Veröffentlichung von Videos des Auftritts im Internet. Erstmals wurde eine breitere Öffentlichkeit dabei, auch über Berichte in österreichische Zeitungen, mit den deutschsprachigen Ablegern der »identitären« Bewegung konfrontiert. Bereits im August hatten deren Wiener Anhänger allerdings Straßenschilder in der Hauptstadt Österreichs mit Aufklebern überpappt, welche die Aufschrift »Istanbul?« trugen. Eine Aktionsform, die durch das französische Original – den Bloc identitaire und

seine verschiedenen Ableger – in den letzten Jahren oft praktiziert wurde. Besonders in den Jahren 2010 und 2011 fanden an verschiedenen Orten in Frankreich Agitprop-Aktionen statt, bei denen mal (im Umland von Bordeaux) EinwohnerInnen frühmorgens durch einen falschen »Ruf des Muezzin« aus den Betten gejagt wurden, und mal (in Nizza) Straßennamen in »Straße der Scharia«, »Straße der Muslimbrüder« und andere vermeintliche Ausdrücke der behaupteten »akuten islamischen Bedrohung« umgewandelt wurden.

Die Kernorganisation Bloc identitaire wurde offiziell im Frühjahr 2003 gegründet. Doch schon im September 2002 entstand die Jugendorganisation unter ihrem damaligen Namen Jeunesses identitaires. Die Organisation übernahm die Nachfolge der Sammelbewegung Unité Radicale, die ungefähr mit der deutschen NPD vergleichbar war, aber aus etwa zehn teilautonomen Untergruppierungen bestand. Unité Radicale wurde am 6. August 2002 verboten, nachdem eines ihrer Mitglieder, der damals 25jährige Maxime Brunerie, am 14. Juli (dem französischen Nationalfeiertag) desselben Jahres aus einem Karabinergewehr auf Staatspräsident Jacques Chirac geschossen hatte.

Am 3. und 4. November 2012 fand in Orange zum zweiten Mal ein europaweiter »Konvent« der Bewegung mit rund 500 Teilnehmenden – gegenüber rund 600 im Oktober 2009 – statt. Mit Ausnahme der italienischen Lega Nord fiel die internationale Beteiligung aber dieses Mal hinter die im Oktober 2009 zurück. So blieben die FPÖ und der belgische Vlaams Belang Orange wohl hauptsächlich aus Rücksicht auf den Front National (die größte Wahlpartei der französischen NeofaschistInnen) als »Bruderpartei« fern. Dagegen waren diese Parteien drei Jahre zuvor präsent, ebenso wie der schweizerische SVP-Abgeordnete Dominique Baetti.

[1] Drei Aktivisten der »Identitären Bewegung Deutschland« tanzen gegen »Multikulti« in der Frankfurter Fußgängerzone.

Anwesend waren dagegen deutsche BeobachterInnen, von den »rechtsintellektuellen« Publikationen Blaue Narzisse und Sezession. Vor allem die Erstgenannte beobachtet die »Identitären« mit viel Interesse und Hoffnung. Am 30. Oktober 2012 kam es unterdessen zu dem ersten öffentlichen Auftritt des Phänomens in Deutschland, auch wenn dieser nur kurz andauerte. Zur Eröffnung der »Interkulturellen Wochen« in der Stadtbibliothek von Frankfurt/Main tauchten drei maskierte Individuen auf, die vor den rund 100 Anwesenden zu Technomusik zu tanzen begannen – wodurch sie die Blicke auf sich zogen – und dabei Schilder zeigten mit der Aufschrift: »Multikulti wegbassen!«

Die Abkürzung, welche die Träger der Geister- und Guy Fawkes-Masken dabei hochhielten – IBD (für »Identitäre Bewegung Deutschland«) – war den AugenzeugInnen dabei gänzlich unbekannt. Sie erschloss sich den BetrachterInnen erst ab dem folgenden Tag, als die Szene in einem Video auf Youtube zu sehen war. Dieses Mal unter dem, den LeserInnen bereits bekannten, Titel »Tanz die Reconquista«.

Seit dem kurzen Auftritt in Frankfurt haben die »Identitären« in verschiedenen deutschen Städten und Regionen Facebook-Seiten eingerichtet, auf denen oft schnell Hunderte von »Fans« zusammenkamen – oft aber durch Rekrutierung aus der klassischen Neonaziszene. Die Berliner Zeitung merkt dazu am 11. November 2012 an, in der deutschen Hauptstadt, wo die entsprechende Seite zu dem Zeitpunkt 250 Facebook-Freunde aufwies, bestünde die Bewegung bislang nur aus »gerade mal drei Aktiven: einem Polizeischüler, einem Abiturienten und Johannes S.(chüller, A.d.R.), einem Blaue Narzisse-Autor«. Abzuwarten bleibt, ob sich an dieser Stelle noch etwas Neues entwickelt, oder ob es sich nur um ein Modephänomen handelt. ■

Claudia Gobisch, Agnieszka Pufelska, Volker Weiß: Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel

VS Verlag Wiesbaden, 2011
ISBN: 978-3-531-17191-3
S. 317; 39,95 EUR

Der vorliegende Sammelband ist das Ergebnis einer Tagung des »Villigster Forschungsforums« im Juni 2009 zum Thema »Europas radikale Rechte und der Zweite Weltkrieg« und stellt eine Zusammenstellung der dort diskutierten Forschungsbeiträge dar. Die wissenschaftlichen Aufsätze sind jedoch keine reinen Einzelanalysen der radikalen Rechten in den jeweiligen Ländern, sondern bieten den Zugang über konkrete, z.T. sehr spezifische Fragestellungen an (»Der zweite Weltkrieg im Geschichtsbild der polnischen Rechten«) oder versuchen grenzübergreifende Analysen (»Brückenschlag: Die antisemitische Verbrüderung der europäischen Rechtsextremen«) bzw. Ländervergleiche (»Taktische Zivilisierung der extremen Rechten in Deutschland und Großbritannien«). Gerade diese Mischung macht den Band so aufschlussreich, weil sich die Autor_innen bemühen, die Vernetzungsfähigkeit der extremen Rechten innerhalb Europas darzustellen bzw. aufzeigen, welches die verbindenden Elemente (Antisemitismus, Antiziganismus und Antiamerikanismus) sind oder warum aus den unterschiedlichen historischen Entwicklungen bzw. Vergangenheitsinterpretationen eine Zusammenarbeit nicht möglich ist. Durch die Zugänge aus den verschiedenen europäischen Ländern erlangt mensch beim Lesen auch einen guten Überblick über Strukturen, Weltbilder und Besonderheiten der extrem rechten Gruppierungen und Gesellschaften der jeweiligen Länder.
Ein gutes Beispiel für die einzelnen Länderuntersuchungen ist der Beitrag von Magdalena Marsovszky, die über den »Holocaust aus der Sicht des Hauses des Terrors in Budapest und die Ethnisierung der Erinnerung in Ungarn« schreibt. Um die Beantwortung ihrer Fragestellung für Menschen, die sich noch nie mit der ungarischen Vergangenheitsbewältigung und Diskursen der örtlichen extremen Rechten beschäftigt haben, überhaupt nachvollziehbar zu machen, stellt sie diese einleitend kompakt dar und zeigt danach überzeugend auf, warum die Ausstellung des Museums »Haus des Terrors« strukturell antisemitisch ist. So sind viele der länderspezifischen Beiträge aufgebaut. Wer sich also auch wissenschaftlich mit der extremen Rechten Europas beschäftigen möchte, dürfte in diesem Buch einige interessante Beiträge finden. Wer allerdings nur rein Interesse halber einen Blick über den bundesdeutschen Tellerrand werfen möchte, könnte unter Umständen enttäuscht sein, da einige (theoretische) Aufsätze schon Sprachbarrieren für Menschen ohne akademischen Hintergrund bieten. ■

Emmanuel Guibert, Alain Keler, Frédéric Lemencier: Reisen zu den Roma

Edition Modern Zürich, 2012, 88 S.; 25,- EUR
ISBN: 978-3-03731-090-8

Der Comic »Reisen zu den Roma« verbindet erlebtes Erzählen, politische Analyse und künstlerische Darstellung zu einem nicht ganz runden, aber lesenswerten Ensemble. Als gezeichneter Cartoon nimmt der Fotograf Keler die Leser_innen mit auf eine Reise durch den Kosovo, Tschechien, Italien und Frankreich und zeigt ausschnitthaft, unter welchen Umständen und Gefahren Roma dort leben müssen. Neben Flüchtlingslagern, Ghettos und staatlichen Repressalien, begegnet der_die Leser_in auch einer Neonazidemonstration in Tschechien im Jahr 2008, der sich gegen die dort lebenden Roma richtete und brennenden Häusern, die in dem selben Kontext zu sehen sind. Neben das Foto des niedergebrannten Hauses einer Familie in Vitkov (Tschechien) stellt Keler die Fotos seiner in Auschwitz ermordeten Großeltern.
Durch die Nennung von Eigenammen real existierender Personen und Organisationen und durch die zahlreichen Fotos werden Authentifizierungsstrategien entwickelt, die jedoch immer wieder durch subjektive und wertende Kommentare des Erzählers und die Zeichnungen Guiberts durchbrochen werden. Es entsteht ein Mosaik aus bewegenden Bildern, persönlichen Erzählungen und sachlichen Kommentaren. Was dieses Mosaik aus Eindrücken nicht vermitteln kann, sind die Aussagen der Roma selbst, die nur durch ausgewählte Einzelpersonen zu Wort kommen, und tiefere Einblicke in die strukturellen Probleme, mit denen Roma überall zu kämpfen haben vermissen lassen. Nur teilweise werden diese durch das Vorwort und die angehängten Informationen nachgeholt. ■

Michael Lausberg:
Die extreme Rechte in Ostdeutschland 1990–1998
Tectum Verlag Marburg, 2012
ISBN: 978-3-8288-2895-7
S. 131; 19,90 EUR

Betrachtungen über die neonazistische Szene der DDR und ihr Erstarken in den 1990er Jahren sind noch lange nicht Gegenstand antifaschistischer Analysen geworden und entsprechend dünn ist daher die aktuelle Publikationsdichte. Mit dem Ende der DDR setzte sich eine neonazistische Szene frei, die durch Gewalttaten den Tod von bisher 182 Menschen zu verantworten hat und Netzwerke und Strukturen ausbildete, die bis heute fortbestehen und in denen sich nicht nur der NSU radikalisierte. Das Buch »Die extreme Rechte in Ostdeutschland 1990–1998« will sich dieser Leerstelle widmen, »die Aktivitäten der extremen Rechten in den fünf neuen Bundesländern« nachzeichnen sowie »Innenansichten« offenlegen und eine entsprechende Analyse liefern. Letztere hätte aktuelle antifaschistische Debatten – gerade im Kontext NSU – bereichern können, doch ist diese nach der Lektüre nur ansatzweise zu finden.
Lausberg verwendet in dem Buch, in Abgrenzung zum staatlichen Extremismuskonstrukt, den Begriff »extreme Rechte« und stellt die Begründung dafür an den Anfang der Publikation. In dem Kapitel »Geschichte der extremen Rechten in der DDR« werden Ansätze dargestellt, die versuchen, das Vorhandensein neonazistischer Aktivitäten »im ersten antifaschistischen Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden« zu erklären. Eine mangelnde Aufarbeitung der Verstrickungen in den NS durch Bezugnahme auf die Faschismusdefinition Dimitroffs, ein staatlich verordneter Antifaschismus dem aber eine tatsächliche gesellschaftliche Basis fehlte sowie eine konstante Fokussierung der SED-Führung auf die »Nation« sind Ansätze, die hier zwar nicht ausführlich, aber zum weiterdenken anregend, eingeführt werden. Die Darstellung der extremen Rechten beschränkt sich allerdings auf einzelne Beispiele neonazistisch und rassistisch motivierter Angriffe, in der Organisationsansätze leider keinen Platz finden. Gerade die ab 1982 einsetzende Vernetzung in den Fußballstadien, aus der für die spätere Entwicklung wichtige neonazistische Gruppen entstanden, hätte hier näher beleuchtet werden müssen. Ähnlich verbleiben die im Anschluss dargestellten Einzelbeispiele neonazistischer Aktivitäten bzw. Entwicklungen in sechs ausgewählten Städten auf dem Niveau einer (unvollständigen) Chronik.
Um das Vorhandensein extrem rechter Einstellungen bei Jugendlichen in Ost und West vergleichen zu können, bezieht sich der Autor auf Studienergebnisse des Deutschen Jugendinstituts. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, dass rassistische Haltungen vermehrt bei Jugendlichen »Modernisierungsverlierern« mit niedrigen Bildungsabschlüssen vorlagen und im Osten stärker ausgeprägt waren als im Westen. Welchen Einfluss dies auf die Herausbildung der extremen Rechten in Ostdeutschland und auf rassistische Gewalttaten hatte, die es nicht nur in diesen Jahren mit einer Vielzahl Toter auch im Westen gab, wird hier nicht weiter in die Analyse einbezogen. Ebendies gilt auch für die Auseinandersetzung mit dem »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt«. Hier wäre ebenfalls die Chance gewesen, nicht nur die angedachten Ziele des Programms zu beschreiben, sondern in eine kritische Reflexion über diese Art Sozialarbeit, die in Negativbeispielen den Aufbau neonazistischer Strukturen zum Teil erst ermöglichte, zu gehen. Stattdessen endet das Buch mit Kurzbeschreibungen der damals in Ostdeutschland aktiven Parteien, einigen Beispielen rassistischer Polizeigewalt und Anmerkungen zum schwachen Umgang der Justiz bei neonazistischen Straftaten. Leider wurde hier die Möglichkeit einer inhaltlich-analytischen Auseinandersetzung mit der damals massiv in Erscheinung getretenen Neonaziszene nicht wahrgenommen. ■

Michael Lausberg
Die extreme Rechte in Ostdeutschland 1990–1998

Abonniert

das Antifaschistische Infoblatt

Abokonditionen

Preise*

- für 5 Ausgaben im Abonnement 17,50 Euro
- für 10 Ausgaben im Abonnement 35,- Euro

Weiterverkauf

- ab 3 Exemplaren je 3,50 Euro
- ab 5 Exemplaren 20% Rabatt
- ab 50 Exemplaren 25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.

Antifaschistisches info Blatt
V-Leute und Aktenvernichter
Die Sicherheitsbehörden und der rechte Terrorismus

AIB 96
V-Leute und Aktenvernichter. Die Sicherheitsbehörden und der rechte Terrorismus; Interview mit Volker Beck; Eine Straße für Silvio Meier

Antifaschistisches info Blatt
Das Pogrom von Rostock

AIB 95
Das Pogrom von Rostock – Reaktionen, Rückblicke, Reflexionen; Das NSU-Unterstützerumfeld; Rechtsruck in Griechenland

Antifaschistisches info Blatt
Refugees are welcome here?!
Rassismus und Widerstand

Impressum

Antifaschistisches Infoblatt
25. Jahrgang
Nummer 97 | 4.2012

Preis 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Absender_in

____
____
____
____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe [ ]
für 5 ○ 10 ○ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle [ ] Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

[ ]

Datum, Unterschrift

Empfänger_innen

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustraße 2a

10961 Berlin